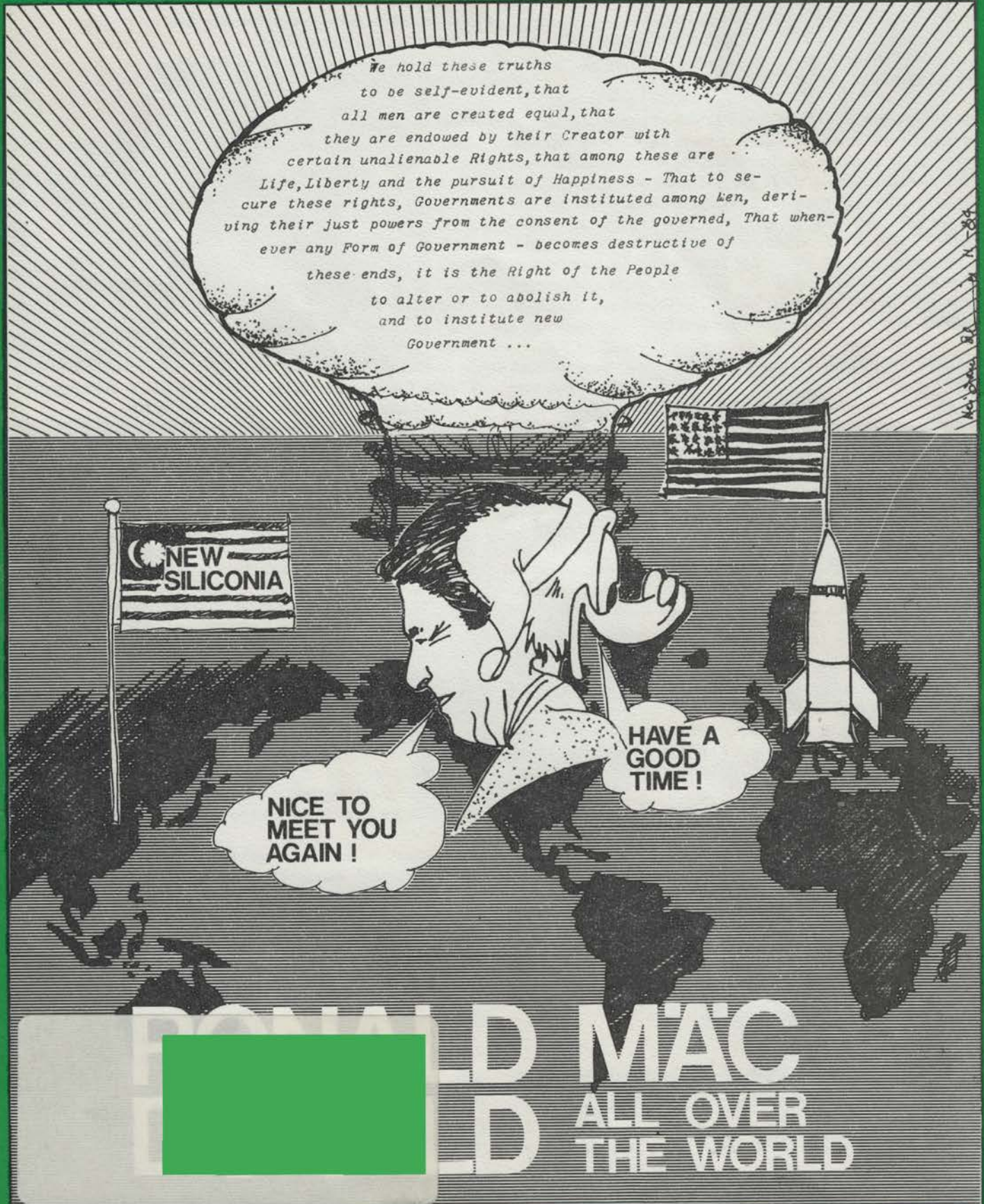


liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik



BÜCHER FÜR DEN FRIEDEN

Leonhard Froese

Deutschlandisierung des Sicherheitsrisikos
oder Deutschland- und Sicherheitspolitik des Ausgleichs
Mit einer Einführung von William Borm
104 Seiten, 11,80 DM, Best.-Nr. 100

Gibt es eine Deutschlandisierung des Sicherheitsrisikos? Gibt es überhaupt ein Sicherheitsrisiko und wenn ja, worin ist es zu erkennen? Und konkret: was beinhaltet es, wenn ein Sicherheitsrisiko deutschlandisiert wird? Da Sicherheit nicht monokausal sein kann aber auch: wie sieht das Beziehungsgeflecht aus, aus dem sie erwächst? Und: Sicherheit ist kein Ergebnis von Tagespolitik, Sicherheit ist vielmehr eine sich ständig ändernde Größe innerhalb eines mit jedem Tag fortschreitenden Geschehens, in dem auch frühere politische Setzungen heute und morgen fortwirken; wie sieht also der historische Prozeß aus, der diesen Buchtitel überhaupt erst möglich gemacht hat?

Leonhard Froese hat Fragen aufgeworfen, die nicht zu endgültigen Antworten führen, die aber der Diskussion bedürfen; Fragen, die verhindern können und sollen, daß die Menschen zu Faustpfänden in dem sicherheitspolitischen Pokerspiel der Supermächte werden, bzw. sie, soweit sie es schon sind, aus diesem Spiel der Entmündigung mit tödlichem Ausgang herausnehmen.

Froese erhebt, so einfach läßt es sich sagen, den moralischen und politischen Anspruch auf Selbstbestimmung (im Gegensatz zur Fremdbestimmung — durchaus im politischen und psychologischen Sinne — durch „Schutz“-mächte); diesem Anspruch menschlicher Lebensqualität dient auch die Buchreihe „edition liberal“, in der die „Deutschlandisierung“ als erster Titel erscheint.

Es steht um die Entwicklung der Freiheitsrechte des Bürgers, um die Rahmenvoraussetzungen für Selbstbestimmung in unserem Land nicht gut. Wohl zahllose Beispiele ließen sich finden, die dies belegen und zeigen würden, daß in nahezu allen Lebensbereichen die restaurativen Kräfte in der Gesellschaft im Vormarsch sind — so auch in der Sicherheitspolitik.

Damit und mit der Verabschiedung (nicht nur der FDP) vom Liberalismus als politischer Gestaltungsleitlinie besteht die Gefahr, Liberalität lediglich noch als historisches Phänomen zu betrachten (oder aber den mit Liberalität gemeinten Sachverhalt so sehr seiner Inhalte zu entledigen, daß das Wort nur noch etwas nicht näher faßbares Positives ausdrückt und in der Regel attributiv verwendet wird).

Die „edition liberal“ und die „liberalen drucksachen“ wollen dem entgegenwirken, sie bieten den liberalen Kräften die Möglichkeiten zur Darstellung und Diskussion.

Deutschland ohne Liberalität und Liberalismus in Gesellschaft und Politik — eine mehr als düstere Perspektive!

Liberaler Drucksachen Verlagsgesellschaft
Steinweg 5
3300 Braunschweig

Johannes Esser (Hrsg.)

Friedensarbeit nach der Raketenstationierung
Grundlagen und Anregungen
ca. 220 Seiten, ca. 19,80 DM, ISBN 3-88 657-047-9
Bei Bestellungen bis zum 30.11.1984: 18,00 DM

Inhalt

- Johannes Esser, Überlegungen zur Friedensarbeit nach der Raketenstationierung
- Rainer Hoehne, Die Unmöglichkeit ärztlicher Hilfeleistung nach dem Atomschlag. Medizinische und gesellschaftspolitische Aspekte
- Hermann Rosemann, Feindbilder
- Hans Jürgen Möller, Dialog oder Belehrung? Anmerkungen zum Verhältnis der Parteien zur Friedensbewegung
- Ulf Pedersen, Zur Friedens- und Sicherheitspolitik der Liberalen Demokraten (LD)
- Erich Küchenhoff, Widerspruch und ziviler Ungehorsam können nicht aufhören!
- Christa Cremer, Zum politischen Bewußtsein und politischen Handeln von Frauen in der Friedensarbeit
- Renate Wurms, Militarisierung durch Zivilschutz
- Johannes Esser, Grundlagen zur Gewalt-Ächtung und Friedensfähigkeit*
- Hans-Peter Nolting, Gewaltfreiheit lernen
- Renate Wurms, „Mitmachen macht Mut . . .?“ Zur Friedensarbeit an Volkshochschulen
- Bea Wildt, Voneinander lernen — miteinander kämpfen! — Bericht aus der Praxis: Eine Schule im Aufbruch der Friedensbewegung
- Waldemar Ruez, Kirchliche Friedensarbeit — Praktische Möglichkeiten
- Eckart Schiele, Wehrerziehung in der DDR als verhinderte Friedenserziehung
- Ralph-Günther Vogel, Hinweise auf Medien und Arbeitsschwerpunkte für die praktische Friedensarbeit

Raketen-Aufrüstung, weltweite Waffenproduktion, gesellschaftliche Militarisierung und dogmatische Sicherheitspolitik richten sich gegen den Menschen. Diese lebensgefährlichen Entwicklungen erzeugen in ihrer vielfältigen Friedlosigkeit eine *Zivilisation des Todes*.

Perspektivlosigkeit, materielles und soziales Elend und die Zerstörung und Vernichtung von unverzichtbaren Lebensräumen aber sind in einer Demokratie nicht wortlos hinzunehmen.

Kritik, Widerspruch und Protest ermöglichen eine bewährte Praxis der sozialen und solidarischen Lebensverwirklichung gegen anwachsende Gewalttätigkeiten des Unfriedens.

Friedensarbeit hat hierbei die Aufgabe der Bewußtseinsbildung und der Aufarbeitung für gewaltfreie und politische Lebenseinstellungen zu bewerkstelligen, damit menschliche und gesellschaftliche Zukunft weiter entwickelt werden kann. Frieden versteht sich hierbei als eine besondere Lebenskultur, mit der sich zentrale Überlebensprobleme, Grund- und Lebensrechte ausbauen und sichern lassen.

Agentur Pedersen
Steinweg 5
3300 Braunschweig

Annäherung an Amerika

Nicht erst seit dem erneuten Wahlsieg Ronald Reagans ist es für die Europäer (über-) lebenswichtig, sich mit den USA mehr als nur polemisch oder herablassend zu befassen. Michael Staack, Roland Appel und Christian Walther beleuchten einige Aspekte der vielgestaltigen Wirklichkeit der Vereinigten Staaten von Amerika.

Michael Staack kommentiert den Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen und untersucht in einem zweiten Beitrag die zunehmende Interessendivergenz zwischen Europa und den USA.



Seiten 2, 8
Roland Appel analysiert innenpolitisches System und Selbstverständnis in „God's old country“.

Seite 3
Christian Walther stellt Monopolisierung und Zentralisierung im fast ausschließlich kommerziellen US-Medienwesen fest, aber er findet auch manches, was nachahmenswert ist. Seite 13

Kennzeichen: maschinenlesbar

Trotz anhaltender Proteste der Datenschutzbeauftragten wird von der Bundesregierung die Einführung des maschinenlesbaren Autokennzeichens vorbereitet. Id-Mitherausgeber Norbert Mann beschreibt, welche Freiheitsgefahren sich hinter dem Kürzel ZEVIS (zentrales Verkehrsinformationssystem) verbergen: Der gläserne Autofahrer wird Realität.

Seite 16

Freiheitsmangel

Die Praxis der Berufsverbote wird seit einiger Zeit wieder verschärft. Einer von vielen Betroffenen ist der Lehrer Klaus Lipps (im Bild mit Tochter Daniela), der sich seit zehn Jahren gegen seine Entlassung aus dem Schuldienst wehrt. Die liberalen drucksachen sprachen mit Lipps, dem einzig seine DKP-Mitgliedschaft vorgeworfen wird, über Methoden und Ziele der Berufsverbote und Möglichkeiten der Gegenwehr.

Seite 18



Friedenspfennig

In einer Rede vor dem Vierten Krefelder Forum hat Id-Mitherausgeber William Borm zu grundsätzlichen Aufgaben der Friedensbewegung Stellung genommen und konkrete Arbeitsvorschläge entwickelt. Eine seiner Anregungen: Ein „Friedenspfennig“ soll die notwendigen finanziellen Mittel erbringen, um den Ausbau der Infrastruktur im Friedensbereich zu ermöglichen.

Seite 19

Grün-liberale Kleinarbeit

Heiner Jüttner, stellvertretender Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen Liberalen Demokraten, ist im September auf einer offenen grünen Liste in den Aachener Stadtrat gewählt worden. Die liberalen drucksachen fragten ihn nach seinen Erfahrungen in einem grün-liberalen Bündnis, dem Stellenwert parlamentarischer Arbeit und den Zukunftsaussichten der Liberalen Demokraten.

Seite 22



Titelbild: Gestaltet von Heidrun Schmitt

Kommentar: Michael Staack zum Wahlsieg Ronald Reagans Seite 2

Mythos: Roland Appel untersucht das US-amerikanische Selbstverständnis Seite 3

Abkehr: Die USA verlagern den Schwerpunkt ihrer Außenpolitik weg von Europa Seite 8

Spannung: Das Verhältnis der Berliner zu ihren „Schutzmächten“ Seite 10

Kommerz: Licht und Schatten im amerikanischen Medienmarkt Seite 13

Im Gespräch: Klaus Lipps über die Praxis der Berufsverbote Seite 18

Perspektive: William Borm nennt Aufgaben der Friedensbewegung Seite 19

Interview: Heiner Jüttner zur Zusammenarbeit zwischen Liberalen und Grünen Seite 22

nach-drucksachen: Günter Verheugen fordert mehr Liberalität von der SPD Seite 24

Verständigung: Geschichte und Gegenwart der internationalen „Jugenddiplomatie“, Teil 2 Seite 26

Rubriken

Impressum	Seite 2
bundestags-drucksachen	Seite 5
nachrichtlich	Seite 6
Von Tag zu Tag	Seite 12
Meine Meinung	Seite 16
Deutsch für Inländer	Seite 28
buch-drucksachen	Seite 29
brief-drucksachen	Seite 30
Personen & Parteien	Seite 31
der-die-das letzte	Seite 32

Herausgeberbeirat

William Borm, Berlin/Bonn; Martin Budich, Bochum; Ingeborg Drewitz, Berlin; Sybille Engel, München; Leonhard Froese, Marburg; Friedrich Hölscher, Leinfelden-Echterdingen; Karl Holl, Bremen; Ulrich Klug, Köln; Hanspeter Knirsch, Bochum; Egmont R. Koch, Bremen; Jürgen Koppelin, Bad Bramstedt; Jürgen Kunze, Berlin; Werner Lutz, Lehrte; Norbert Mann, Bonn; Helmut Ridder, Gießen; Theo Schiller, Marburg; Thomas Schmid, Berlin; Helga Schuchardt, Hamburg; Christoph Strässer, Münster.

Redaktion

Roland Appel, Wolfgang Froese (verantwortlich), Michael Kleff, Helmut W. Lindner, Heidrun Schmitt

Redaktionsanschrift

Neusser Straße 200, 5000 Köln 60

Bonner Büro

Reuterstraße 44, 5300 Bonn 1
Tel.: (0228) 210952

Berliner Redaktion

Michael Staack, Christian Walther

Ständige Mitarbeiter

Thomas Hetzer, Marianne Hochgeschurz, Harald Jansen, Reinhard Lütkemeyer, Dieter Noth, Volker Perthes

Anzeigen

Anfragen und Aufträge an den Verlag

Preise

Einzelheft DM 5,-, Abonnement über 1/4 Jahr DM 15,-, 1/2 Jahr DM 30,-, 1 Jahr DM 60,-. Für Schüler, Studenten, Zivil- und Wehrdienstleistende, Arbeitslose und Sozialrentner: Abonnement über 1/4 Jahr DM 10,50, 1/2 Jahr DM 21,-, 1 Jahr DM 42,-. Förderabonnement: 1/2 Jahr DM 45,-, 1 Jahr DM 90,-. Im Preis ist die gesetzliche Mehrwertsteuer enthalten.

Verlag

Libérale Drucksachen Verlagsgesellschaft mbH, Steinweg 5, 3300 Braunschweig
Geschäftsführer: Ulf Pedersen
Tel.: (0531) 40294/5

Herstellung

Agentur für wissenschaftliche Literatur
Ulf Pedersen GmbH, Braunschweig
Brekler Druckerei Manfred Siegel
Brekler über Bredstedt

Fotonachweis

dpa, H.M. Krüger, Michael Kleff, V. Perthes, privat

KURSWECHSEL NICHT ABSEHBAR

Die Mehrheit der Wähler der Vereinigten Staaten von Amerika hat sich am 6. November für politische Kontinuität entschieden. Ronald Reagan wurde ein-drucksvoll in seinem Amt bestätigt, weil er dieser Mehrheit jene Stimmung der selbstbewußten Zuversicht zurückgegeben hat, die nach Kennedy kein anderer Präsident erfolgreich zu vermitteln wußte. Dennoch: auch in den USA wird sehr genau zwischen Schein und Wirklichkeit unterschieden. Deshalb vor allem wurde aus dem persönlichen Vertrauensbeweis für den populären Ronald Reagan kein parlamentarischer Erdrutschsieg der Republikaner im Kongreß. Um seine Politik dort durchzusetzen, bedarf er auch künftig des Kompromisses mit den Demokraten. Damit sind gewisse Sicherungen gegen die versprochene Vollendung der „konservativen Revolution“ gleichermaßen institutionell geschaffen. Doch diese Beschränkungen reichen nicht aus, gerade auf dem Feld der Außenpolitik.

Wird Reagan in seiner zweiten Amtsperiode ein Präsident des Friedens, wird aus dem Fürsprecher konfrontativen Überlegenheitsstrebens nun ein Pragmatiker, arbeitend für Rüstungsbegrenzung und Verständigung? Auch vor vier Jahren proklamierte Reagan die Friedenssicherung als sein Ziel und die Abschaffung der Atomwaffen als dafür geeignetes Mittel. Seither redete er oft über Verhandlungen und den guten Willen seiner Administration. Stets aber beharrte er darauf, einseitig die Bedingungen für Verhandlungsverlauf und mögliche Vertragsergebnisse festzulegen. Der Wille zum Kompromiß war nicht vorhanden. Die Sowjetunion wurde — und wird — nicht als politisch und militärisch gleichberechtigte Weltführungsmacht behandelt, sondern als ein im Grunde illegitimes Regime. Solange Reagans Vorhaben einer gegen geltende Rüstungskontrollabkommen verstoßenden Aufrüstung im Weltall zielstrebig weiterverfolgt wird, erscheint jede verbale Friedensdeklaration als vernebelnder Lug und Trug. Die Wiederaufnahme bilateraler Gespräche, etwa auf Außenministerebene, reicht bei weitem nicht aus. Diese Administration muß die Ernsthaftigkeit ihres Wollens durch Taten beweisen. Erst dann

sollte ihren Worten Glauben geschenkt werden — oder auch nicht.

Ronald Reagan ist das Sprachrohr seiner ihn beratenden Umgebung. Nicht auf seine persönlichen Absichten kommt es daher an, soweit diese überhaupt existieren, sondern auf die Zusammensetzung des Umfelds, in dem er sich bewegt. Der tonangebende rechte Flügel der Republikanischen Partei hat seine Politik nicht geändert. Diese zielt, nach wie vor, auf die Wiederherstellung US-amerikanischer Weltvorherrschaft. Reagans Mittelamerika-Politik wird zum ersten Testfall der neuen Kursbestimmung. Wird Westeuropa sich erneut erst mit den vollendeten Tatsachen auseinanderzusetzen haben, wie bei Grenada?

Realistische Politik sollte davon ausgehen, vier weitere Jahre mit einer Reagan-Administration zu leben, an deren Substanz in Zielsetzungen, Inhalten und Personal sich wenig verändert. Ob damit die Weichen gestellt sind für eine dauerhafte außenpolitische Identität Amerikas bleibt die wirklich entscheidende Frage.

Wie steht es schließlich um die Verlierer? Mondales Demokratische Partei ist alles andere als tot, doch mit ihrer bisherigen Politik nicht mehr regierungsfähig. Für die Demokraten ist der Abschnitt personeller und programmatischer Erneuerung noch lange nicht abgeschlossen. Neben Senator Gary Hart gibt es zahlreiche andere Köpfe, die 1988 in die Auseinandersetzung um die Präsidentschaft eintreten könnten.

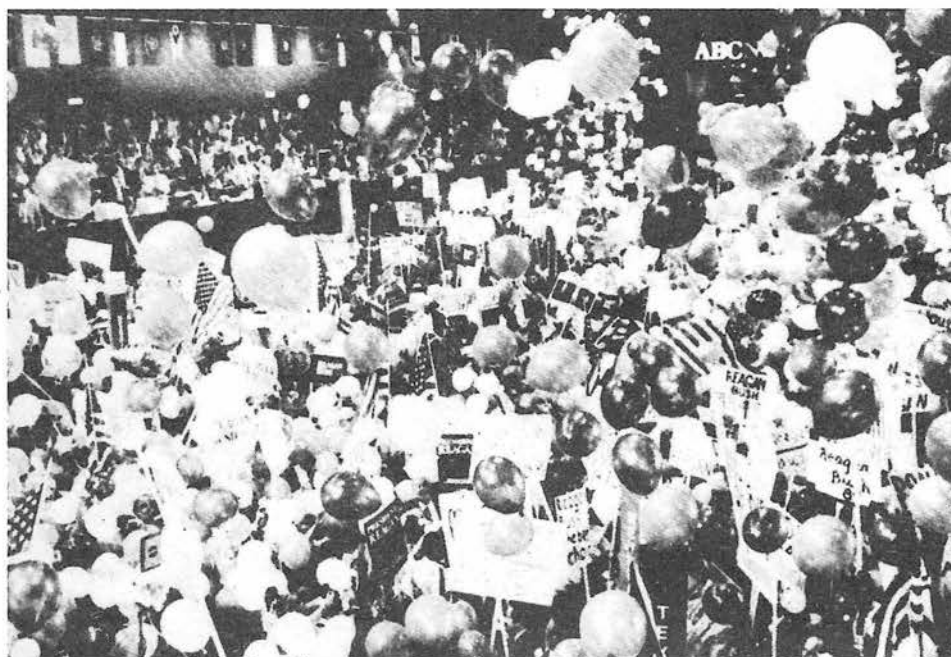
Auch in den USA gilt mittlerweile die Regel: Wahlen werden von den potentiellen Wechslern im Zentrum des politischen Spektrums entschieden.

Die amerikanischen Wahlen sind kein Anlaß zur Hoffnung für Frieden, Liberalität und Gerechtigkeit. Gerade deshalb kommt es darauf an, auf beiden Seiten des atlantischen Ozeans überzeugende Gegenstrategien zu entwickeln. Denn die Probleme werden nicht gelöst durch Ronald Reagan und seinen Kohl.

Michael Staack

"EIN MINUS AN DEMOKRATIE"

Innenpolitische Streiflichter zum Spektakel der Präsidentschaftswahlen in den USA



Republikanischer Parteitag in Dallas: „Parteien sind Wahlvereine“

„Dieser Präsident hat Amerika seine Stärke zurückgegeben“. So oder so ähnlich läßt sich dieser Tage Ronald Reagan von seinen Anhängern und Parteigängern feiern und verkaufen. Wahlkampf in den USA, der größten Industrienation dieses Planeten und der höchstgerüsteten Militärmacht, die es seit Existenz des homo sapiens je gab, hat viel mit Mythen, Glauben und Irrationalität zu tun.

Diese sind der ideologische Überbau, unter dem Machtinteressen und internationale Herrschaftsansprüche gedeihen und verfolgt werden. Kapitalistischer Moloch oder Hort westlich-demokratischer Kultur? Eine differenzierte Betrachtung ist notwendig.

Ein potentiell demokratisches System, das noch vor der französischen Revolution Bürgerrechte und Grundfreiheiten postulierte, stand am Anfang der Entwicklung, die zur heutigen politischen Kultur der Vereinigten Staaten reicht. Ohne historisches Hintergrundwissen ist nicht zu verstehen, wie es möglich ist, daß in einem Land, das große persönliche Freizügigkeiten garantiert, in dem Pressefreiheit und Demonstrationsfreiheit gewährleistet sind, Wahlkämpfe von der Werbung für Gummibärchen nicht zu unterscheiden sind und ein drittklassiger ehemaliger Westernheld zum Präsidenten gewählt werden konnte.

Wahlsystem und sich daraus ergebende Parteienstrukturen haben neben sozialpsychologischen Faktoren Einfluß auf diese Entscheidung gehabt.

Beteiligung ungenügend

Parteien in den Vereinigten Staaten sind – im Gegensatz zu Europas ideologisch umrissenen und mitgliedschaftlich organisierten politischen Organisationsapparaten – Wahlvereine. Sie kennen – entgegen bei uns in der Tagespresse oft fälschlich verwendeten Begriffen – keine Mitgliedschaft. Ihre Wahlprogramme, die „Platforms“, haben nur sehr eingeschränkten Stellenwert. Da es in den USA keine Meldepflicht gibt, werden, anders als bei uns, amtliche Wahlunterlagen nicht automatisch zugestellt; wer wählen will, muß sich „registrieren“ lassen. Dabei wird die Priorität für eine der zur Wahl stehenden Parteien – meist Demokraten oder Republikaner – angegeben und damit das Recht erworben, bei den Vorwahlen, den „Primaries“, auf die Kandidatenaufstellung Einfluß zu nehmen.

Was einige Parlamentsreformer wie etwa Prof. C.C. Schweitzer auch in der Bundesrepublik als Möglichkeit der Wählermitsprache einführen wollen, gerät im Ursprungsland schon lange zur Farce: Niedrige Wahlbeteiligung – durchschnittlich unter 50 Prozent – der von finanzkräftigen Kampagnen-Büros außerhalb der

Parteien finanzierte Wahlkampf und der Einfluß mächtiger Lobbyisten auf die Kandidatenaufstellung bringen anstelle besser kontrollierbarer Parteien ein Minus an Demokratie.

Denn von der notwendigen Registrierung, die besonders von den bildungsfernen und sozial schwachen Unterschichten, von der schwarzen und puertoricanischen Bevölkerung nicht wahrgenommen wird, profitieren die sozial bessergestellten Mittelschichten. Es gibt Schätzungen, nach denen allein in San Francisco und Umgebung etwa 3 Millionen Mexikaner nicht an Wahlen teilnehmen. Mit der Registrierung würde offenkundig, daß sie, oft seit Jahrzehnten, illegal in den USA leben. Sie müßten mit ihrer Ausweisung rechnen. So garantiert das amerikanische Wahlsystem, daß der „soziale Bodensatz“ von der demokratischen Willensbildung von vornherein ausgeschlossen wird.

So kommt es, daß trotz Fernseh- und werbungsintensiver Kampagnen der Präsident bei etwa 50 % Wahlbeteiligung und 53 % Mehrheit nicht einmal von einem Drittel der US-Bevölkerung gewählt wird.

„Liberale“ Ideologie

Entsprechend eingeschränkt ist das ideologische Spektrum der Parteien, wie es sich in den beiden Wahlvereinen „Demokraten“ und „Republikaner“ manifestiert:

Die verschiedenen Spielarten des Liberalismus beherrschen die Programmatik, von ultrakonservativen Wirtschaftsliberalen über gemäßigte „Mitte“-Konservative zu Sozialliberalen, die den linken Rand der politischen Funktionsträger stellen. Sozialistische, sozialdemokratische oder christdemokratische Weltanschauungen haben keine organisierte Parteibasis. Dafür sind einerseits die Sozialstruktur der am politischen Prozeß Beteiligten, andererseits die traditionell strikte Trennung von Kirche und Staat mitverantwortlich.

Um so ungebremster schimmert die Locke'sche These vom Privateigentum als dem zentralen, von allen zu respektierenden Wert an allen geeigneten und ungeeigneten Stellen durch die Programme. Soziale Ungerechtigkeit wird uneingeschränkt als das Resultat individuellen Versagens sowie mangelnder Tüchtigkeit begriffen und allgemein akzeptiert.

Infolgedessen wird nicht um mehr Gleichheit, sondern allenfalls um ein Mehr an Chancengleichheit gestritten. Die Befürworter von mehr Chancengleichheit,

allgemein als „Liberalen“ bezeichnet und zu einem größeren Prozentsatz in den Demokraten vertreten als bei den Republikanern, befürworten deshalb auch staatliche Interventionen im Bildungssystem, der Gesundheits- und der Sozialvorsorge. Sie sollen verhindern, daß Kinder unter schlimmsten materiellen Entbehrungen aufwachsen und ermöglichen, daß unverschuldete Not oder Krankheit gemildert werden. Umverteilung mit dem Ziel stärkerer Egalisierung kommt jedoch auch für diese „Sozial“-Liberalen nicht in Betracht.

Konservative Ideologie – wie sie die Mehrheit der Republikaner vertritt – beschränkt sich darauf, im Postulat bürgerlicher Freiheiten und garantierten Privateigentums eine ausreichend gerechte Basis für die Verteilung sozialer Chancen zu sehen. „Reale Schlechterstellung oder gar Not sei für jeden, gerade für den Ärmsten, eine Herausforderung, sich kraft eigener Anstrengung aus seiner Lage zu befreien. Aktive sozialpolitische Eingriffe des Staates verschlimmern nur die Lage der Armen, weil sie den Anreiz nähmen, sich selbst zu helfen“ (Hartmann).

Zitate dieses Stils finden sich in den Wahlplattformen der Republikaner von 1980 und 1984 neben dem Hinweis, Sozialprogramme würden zu viele Mißbrauchsmöglichkeiten eröffnen und die wirtschaftlich Tüchtigen durch Steuerlast bestrafen.

Dies ist der Geist, in dem sich amerikanische Innenpolitik der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung präsentiert. Es ist der vielzitierte „Geist, der Amerika schuf“.

Jedermann-Kapitalismus

Seine Grundlagen sind eine liberale Verfassung und kapitalistische Produktions- und Besitzverhältnisse. Beides wurde in der Geschichte der USA niemals ernsthaft in Frage gestellt, obwohl auch dort ökonomische Krisen das politische System beeinflussen. Sie konnten aber bisher immer im Rahmen der überkommenen Ordnung mehr oder minder zufriedenstellend überwunden werden, meist zulasten der völlig Schwachen und Rechtlosen, der Ur- einwohner des Kontinents.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisen waren es auch, die 1830, 1892, sowie in den dreißiger und fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts zur Entstehung dritter politischer Parteien führten, die verschwanden, sobald die großen Parteien deren Forderungen aufgriffen. So setzte Präsident Jackson durch eine breitere Streuung von Eigentum in der Mitte des letzten Jahrhunderts eine Art „Jedermann-Kapitalismus“ durch, der der verelendeten Landbevölkerung zugute kam. Anti-Trust Gesetzgebung und Abschaffung der Ämterpatronage waren die Ziele der „Populist Party“ um die Jahrhundert-

wende, die von den Präsidenten Th. Roosevelt und W. Wilson schließlich verwirklicht wurden.

Mit der Weltwirtschaftskrise 1930 und dem „New Deal“ des Präsidenten Roosevelt setzte eine tiefgreifende Reformphase ein, die aktive Wirtschaftsinterventionen und erste Sozialgesetze wie Arbeitsbeschaffung, Altersversicherung und die Legalisierung von Gewerkschaften einschloß. Sie wurde in ihrem Kernbestand nicht angetastet und fortgeführt von den Republikanern Eisenhower und Nixon, genauso wie von den Demokraten Kennedy, Johnson und Carter.

Auch bei den Freiheitsrechten konnten nach der McCarthy-Ära mit ihrer

Majority“ eine zentrale Rolle spielt, mit dem Zitat einer betagten Reagan-Wählerin: „Ich will, daß das Land wieder so wird, wie es war, als ich ein Mädchen war. Da gab es Ehrfurcht vor der Fahne und Schwule blieben im Klosett.“

Wesentlicher Bestandteil republikanischer Wahlstrategie ist es, die Demokraten und ihren Präsidentschaftskandidaten Mondale als Partei der Abtreibung, der sexuellen Zügellosigkeit, der Familienfeindlichkeit, erzwungener Rassengleichstellung und der Toleranz gegenüber Kriminellen darzustellen. Die Kampagnen Geißlers, der CSU und der FDP gegen die SPD und insbesondere die Grünen weisen nicht zufällig in dieselbe Richtung.



Massaker bei Wounded Knee: „Verdrängung des Massenmords an Hunderttausenden von Indianern“

Kommunistenhetze und Berufsverboten durch die Kämpfe der Black-Power- und Bürgerrechtsbewegungen Fortschritte erzielt werden.

Schwule ins Klosett

Mit dem Beginn der Präsidentschaft Reagans wird aber auch ein innenpolitisches und ideologisches Roll-Back sichtbar. Die europäische Öffentlichkeit, auch und vor allem die fortschrittlichen Kräfte von liberal bis linksaußen, sind es gewohnt, auf die außenpolitischen Vabanque-Spiele von Ronald Reagan zu starren, was angesichts der nuklearen Bedrohung nur zu verständlich ist. Dabei gerät aus dem Blickfeld, daß viele innenpolitische Entwicklungen in den USA auch für uns von Bedeutung sind.

Die innergesellschaftliche Diskussion verläuft inzwischen in vielen Bereichen in den USA und der Bundesrepublik parallel. Dennis H. Wrong charakterisierte 1981 die „Neue Rechte“ der Vereinigten Staaten, in der die selbsternannte „Moral

Reagan hat nicht nur den Sozialabbau in den USA vorangetrieben, jahrzehntelange soziale Errungenschaften wie den Hilfszahlungen für viele Arbeitslose und Bedürftige abgeschafft. Er hat die „Wende“, die „geistig-moralische Erneuerung“ als ihr oberster Fürsprecher unter Volk getragen und über die Medien als Symbolfigur einer gesellschaftlichen Entwicklung bis in den letzten Winkel verbreitet.

Dies ist von besonderer Bedeutung wenn man berücksichtigt, daß die Mehrheit den amerikanischen Präsidenten nicht aufgrund detaillierter außenpolitischer Kenntnisse wählt, wie sie für Europäer wichtig und selbstverständlich sind, sondern aus dem Bewußtsein heraus, einen guten „Manager“ für die Regierungsgeschäfte auszuwählen, der außerdem noch die „richtigen“ Ideen oder Glaubenssätze formuliert.

Auffällige Parallelen

Vor diesem Hintergrund bekommen auch die Wahlprogramme eine spezifische Be-

deutung: Nicht als konkrete Handlungsanweisung ihrer Repräsentanten, sondern als Stimmungsbarometer der politischen Kultur.

Ein Satz wie „Marxistische Tyrannen breiten sich immer schneller in der dritten Welt und in Lateinamerika aus. Unsere Bündnisse in Europa und anderswo sind ausgefranst.“ ist nach den bisherigen Erfahrungen mit Äußerungen Reagans keineswegs mehr verwunderlich. Viel entscheidender auch für die Politik in der Bundesrepublik ist es, daß nahezu alle Vokabeln der Bonner Wende-Regierung in der Wahlplattform der Republikanischen Partei von 1980 wiederzufinden sind.

Da wird von „Selbstverantwortung“ geredet und Streichung von Sozialleistungen gemeint. Da verhindern zu hohe Steuern und zu viele Gesetze Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Da muß sich Leistung wieder lohnen und „darf nicht bestraft werden“, und „Eigeninitiative“ wird gefordert. Steuern sollen nicht mehr zur Finanzierung von Abtreibungen verwendet werden und den Frauen wird der Glaube an die traditionellen Werte der Ehe und Familie wiedergegeben. Die Familie ist die Keimzelle der sozialen Ordnung und die „Schule der Demokratie“. Nachbarschaftshilfe ist das Zauberwort für die Kompensation fehlender sozialer Dienste und auch die finanzielle Solidarität zwischen Verwandten wird beschworen.

Die Reihe der Begriffe ließe sich anhand der diesjährigen Wahlkampf-„plattform“ fortsetzen, doch es erscheint ausreichend, aufzuzeigen, welche ideologischen Wurzeln für bestimmte Begriffe und konkrete politische Initiativen der „Wende“-Regierung bereits Jahre voraus in den USA vorhanden waren. Die US-Innenpolitik ist also für Europa nicht unwichtig und muß in das politische Kalkül mit einbezogen werden.

Bewußtsein verändern

Es muß der Dialog mit den USA gesucht werden — nicht zuletzt, um denjenigen Teil des aufgeklärten Bürgertums, aus dem sich die mittlere Ebene der Washingtoner Politik rekrutiert, in seinem Bewußtsein zu beeinflussen.

In einem Bewußtsein, in dem der Mythos vom stolzen Amerika dominiert und das von vielen kollektiven Verdrängungen beherrscht wird. Von der Verdrängung des Massenmordes an Hunderttausenden von Indianern und deren sozialen Elends in den Reservaten. Der Verdrängung von Hiroshima, Vietnam und Watergate. Und nicht zuletzt von der Enttäuschung über die Verständnislosigkeit vieler Europäer, die die USA wegen deren Weltmachtspolitik kritisieren.

Dieses aufgeklärte Bürgertum meint es subjektiv gut, glaubt, daß die USA im-

mer noch und trotz aller Kritik ein Hort der Selbstbestimmung und Freiheit des Individuums sind; sie sind überzeugt, daß sie ihre als großartig erkannte Lebensform der restlichen Welt anbieten und dort eingreifen müssen, wo ein anderes Gesellschaftssystem, das auf anderen Werten und Grundsätzen beruht, sich ausbreitet.

Mythos angreifen

Daß Revolutionen ihren Grund in der sozialen Not der Menschen haben und daß dabei wie etwa in Nicaragua politische Systeme entstehen, die mit dem ihren keine Grundsätze mehr teilen wollen, weil genau diese Grundsätze Ursache ihres Elen-

des wurden, greift den Mythos ihres als verbindlich anerkannten Gesellschaftsbildes fundamental an. So ist zu verstehen, warum oft nur noch die Legende von der „Macht des Bösen“, der Sowjetunion, der kommunistischen Unterwanderung, das Bild der heilen westlichen Welt und des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten wieder herstellen kann.

Der Dialog muß beginnen. Er wird nicht anti-amerikanisch sein, aber er muß mit den Mythen und Irrationalitäten amerikanischen Bewußtseins aufräumen, er muß auf unterer Ebene beginnen zwischen freien Bürgern, nicht Befehlsempfängern, Managern und Militärs.

Roland Appel

bundestags-drucksachen

Alles automatisch lesbar

Zu einem in der Parlamentsgeschichte seltenen Ereignis kam es anlässlich der Großen Anfrage der Grünen zum maschinenlesbaren Personalausweis am 20. September: Ein Bundesminister mußte nach § 102 der Geschäftsordnung des Bundestages wegen Nichtbeantwortung einer Anfrage vors Parlament.

Der Auftritt des Innenministers Zimmermann gestaltete sich nach einer Rede Joschka Fischers, der die Orwell'schen Praktiken der Bundesregierung angeprangert hatte, entsprechend turbulent. Bürger hätten keine Angst vor dem neuen Personalausweis, sondern nur vor den Grünen, läutete der Polizeiminister den Schlagabtausch ein. Seiner offeneren

Aussage „Wenn Sie mich lieben würden, hätte ich Angst, Herr Fischer“ folgte dessen stürmisches Bekenntnis: „Ich liebe Sie, Herr Zimmermann, ich liebe Sie!“

Aufgrund der Parlamentsregeln zur Beantwortung der Anfrage gezwungen, fiel Zimmermann dies indessen sichtlich schwer: An sachlichen Informationen gab es nicht viel Neues, außer dem — offensichtlich in der Hektik der Debatte erfolgten — Bekenntnis zur neuesten Entwicklung im technischen Bereich: „Dabei muß jeder wissen“ so Zimmermann, „daß heute selbstverständlich jedes Papier automatisch lesbar gemacht werden kann. Es kommt nur auf die Apparate an, die man dazu verwendet.“ Diese Aussage wird besonders zu bewerten sein, wenn es um die etwaige Einführung — angeblich — nicht maschinenlesbarer neuer Ausweise gehen wird, wie sie ein neuer Gesetzentwurf der Rechtsregierung vorsieht.

Restauration

Den liberalen Rechtsstaat wieder herstellen wollen die Grünen im Bundestag durch die Einbringung eines Gesetzentwurfes, der eine erhebliche Anzahl der im Zuge der Terrorhysterie eingeführten Sondergesetze wieder abschaffen soll. Der Entwurf, der die Streichung der Strafrechtsparagrafen 129 und 129 a — Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung — fordert, macht in seiner Begründung anschaulich, wie im Wege einer obrigkeitsstaatlichen Verfassungsinterpretation rechtsbrüchiges staatliches Handeln nachträglich legalisiert wurde. Der damalige Justizminister und jetzige SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel nannte dies: „Der Rechtsstaat wird auf die konkrete Situation abgestellt.“

Wie schlecht es um die Rechtsstaatlichkeit bestellt war, sei anhand eines



Joschka Fischer (links): „Ich liebe Sie“

Ausspruchs des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Gnädiger in der Sitzung vom 24.6.77 nochmals ins Gedächtnis zurückgerufen: „Jedem Eingeweihten“, so gestand er damals, „ist klar, daß ohne die bereits beschlossenen Änderungen der Strafprozeßordnung der Prozeß gegen die Baader-Meinhof-Terroristen in noch größere Schwierigkeiten geraten wäre, ja unter Umständen hätte abgebrochen werden müssen.“

„Es ist kein Zufall,“ heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfs der Grünen, „daß die in den siebziger Jahren verabschiedeten Strafrechtsnovellen durchgängig als ‚Maßnahmen gegen den Mißbrauch von Verfahrensrechten‘ durch Angeklagte und Verteidiger ausgegeben wurden. Die Wortwahl ist symptomatisch: Von Mißbrauch ist die Rede, nicht von Bruch.“ Was einmal als originäres und dementsprechend proklamiertes Prozeßgrundrecht gegolten hatte und zu rekla-

Das „Werben für“ und die „Unterstützung einer“ terroristischen Vereinigung, für dessen Strafbarkeitsandrohung es ausreicht, eine entsprechende Parole an eine beliebige Wand zu sprühen, wollen inzwischen auch die Sozialdemokraten streichen. Sie brachten im September einen entsprechenden Entwurf ein, der sich allerdings nicht gegen Vorschriften richtet, die wie das Verbot der Mehrfachverteidigung, die Trennscheibe und verschärfte U-Haftbedingungen prozessuale Sonderfolgen beinhaltet. — Die „kleine Lösung“ wird bevorzugt.

Keine Antwort

Nicht besonders auskunftsfreudig war der Staatssekretär des innerdeutschen Ministeriums gegenüber dem Haushaltsausschuß, als dieser wissen wollte, welche Bildungsträger mit welchen Beträgen für deutschlandpolitische Bildungsveranstaltungen gefördert würden. Zwar bekam der Abgeordnete Verheyen eine Liste der Träger gestellt, jedoch hatte Staatssekretär Rehlinger Auskünfte über die Höhe der jeweiligen Förderungssummen mit dem Hinweis verweigert, diese Beträge seien „gemäß § 30 Verwaltungsverfahrensgesetz als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse anzusehen“.

Diese Auskunft erscheint schon deshalb verwunderlich, da es in der Vergangenheit üblich war, solche Listen dem Haushaltsausschuß zur Verfügung zu stellen. So hat beispielsweise 1981 der Ausschuß anhand einer detaillierten Aufstellung des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit die Fördermittel des Bundesjugendplans beraten, aus dem u.a. die Jungdemokraten, Junge Union und Jungsozialisten finanziert werden.

Warum das Ministerium solche Einblicke, wie sie für die Kollegen vom BMJFG wohl selbstverständlich sind, nicht geben will, darüber stellt man jetzt bei den Haushaltsexperten Vermutungen an. Möglicherweise werden rein politische Kriterien bei der Vergabe solcher Projektförderungen angelegt. So gibt es einzelne Träger, deren Mittel nach der „Wende“ erheblich gekürzt wurden und andere, die möglicherweise eine Aufstockung erfahren.

Sollte dies aus einer Aufstellung der Verteilerschlüssel über die Zeiträume von 1982 — 1984 deutlich werden, könnte natürlich offensichtlich werden, was Kennern der Materie schon lange vertraut ist: Auch Fördermittel werden nach politischen Prioritäten vergeben und nach welchen, das entscheiden die dahinterstehenden Mehrheiten.

nachrichtlich

Eigenständige Formation

Berlins Liberale Demokraten wollen sich an den Abgeordnetenhauswahlen im März 1985 in eigenständiger Formation beteiligen. Diesen Beschluß faßte mit denkbar knapper Zwei-Stimmen-Mehrheit der LD-Landesparteitag. Dagegen haben es die Liberaldemokraten der Spree-Stadt abgelehnt, an der Wahl der zwölf Bezirksverordnetenversammlungen teilzunehmen. Entscheidendes Argument: mögliche LD-Stimmen könnten der Alternativen Liste (AL) fehlen, um Ansprüche auf bezirkliche Stadtrats-Positionen zu erwerben, die in Berlin nach einem reinen Proporz-System aufgeteilt werden. Zudem besteht in verschiedenen Bezirken die Möglichkeit, Linkliberale auf AL-Listenvorschlägen günstig zu platzieren.

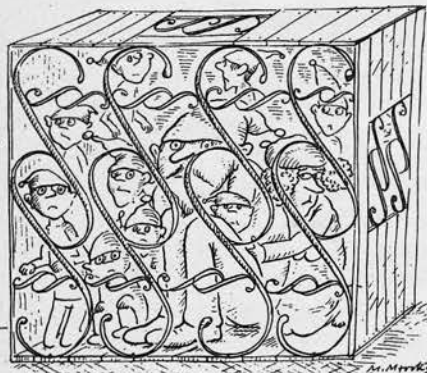
Der wiedergewählte LD-Landesvorsitzende, Bachmann, hatte seine Parteifreunde eindringlich vor einer Wahlteilnahme mit vorhersehbarem Mißerfolg gewarnt. Auch William Borm, Ehrenvorsitzender des Bundesverbandes, war einem solchen Beschluß unter Berufung auf die Ergebnisse des letzten LD-Bundesparteitages in Kassel, wo der Vorrang vorparlamentarischer programmatischer Arbeit bekräftigt worden war, schriftlich entgegengetreten. Bevor es jedoch zu einer Wahlbeteiligung der Liberalen Demokraten kommt, ist noch eine schwere Hürde zu nehmen. In jedem der 71 Wahlkreise müssen mindestens 100 unterstützende Unterschriften beigebracht werden. Urteilt ein LD-Insider: „Das schaffen wir nie.“

LD - Parteitag

Der LD-Bundesvorstand hat Ort und Termin des nächsten Bundesparteitages festgelegt. Der Parteitag soll demnach am 23. und 24. Februar 1985 in West-Berlin stattfinden. Ein erster Vorschlag für den thematischen Schwerpunkt des Parteitages lautet „Bürgerrechte — Organisation der Demokratie“.

Gute Chancen für Sozialliberale

David Steel, Parteiführer der britischen Liberalen, räumt der Allianz seiner Partei mit den Sozialdemokraten trotz des ungünstigen britischen Wahlrechts gute Zukunftschancen ein. In einem Vortrag im Politischen Club der Friedrich-Naumann-Stiftung bezweifelte Steel die Fähigkeit



Hinter (Paragrafen-)Gittern

mieren das gute Recht jedes Verteidigers oder Angeklagten war, sei zu einer Art prozessualer Sabotage umgemünzt worden. Hinter diesem Vorwurf verberge sich ein eigenartiges Grundrechtsverständnis, nämlich die Vorstellung, ein Bürger könne seine Grundrechte verwirken, wenn er sie gleichsam „illoyal“, d.h. politisch unerwünscht, „funktionswidrig“ gebraucht und nicht — in des spezifisch deutschen Wortes Hintersinn — als treuer „Staatsbürger“.

Mit ihrem Gesetzentwurf fordern die Grünen die Streichung der Bandendelikte §§ 129 und 129 a, zu deren Geschichte zu bemerken ist, daß der sehr alte § 129 in seiner Entstehung erst gegen die Burschenschaften (nach dem „Wiener Kongreß“), später gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten angewendet wurde.

100 Thesen zu Frieden und Menschenrechten

Wie läßt sich vermeiden, daß die Friedensbewegung plötzlich wieder absackt? Wie läßt sich ihr Politikum bewahren, ausdehnen, fortschreiben, mehr und mehr Menschen davon zu überzeugen, daß allein Abrüstung den Frieden befördern wird? Wie müssen diejenigen, die sich als Teil der Friedensbewegung verstehen, sich verhalten, „nach innen“ und „nach außen“, damit zum Fernziel zäh und glaubwürdig vorangeschritten werden könne? Wie kann man all die Widersprüche, die Spannungen aushalten zwischen höchster Ungeduld angesichts der übermäßigen Gefahren und höchster Ausdauer auf dem Weg zur Abrüstung? Und letztlich: warum lohnt es dennoch, sich friedenspolitisch zu engagieren, obwohl kein Erfolg an der nächsten Ecke wartet? Frieden und Menschenrechte gehören zusammen. Wie aber können wir dies in unserer Praxis, die den Krieg vorbereitet und die Menschenrechte mit Füßen tritt? Fragen über Fragen. Wer erkühnte sich, sie rund und gültig zu beantworten?

Indem das Komitee für Grundrechte und Demokratie „100 Thesen zu Frieden und Menschenrechten“ vorlegt, erhebt es nicht den Anspruch, den großen Wurf einer schlüssigen Strategie der Friedensbewegung in dieser Zeit getan zu haben. Es gibt kein eindeutiges, sicheres und simples Mittel zum Erfolg. Die Friedensbewegung muß ihre berechnete Ungeduld angesichts der drohenden Gefahren zugleich mit großer Geduld wappnen. Sie muß für eine lange Zeit der Bewegung und der Politisierung gerüstet sein. In diesem Sinne ist es auch Absicht dieser Thesen zu vermitteln: Wenn wir nicht aufgeben, wenn wir nicht resignieren, wenn wir den langen Atem haben, den man braucht, um so festgefahrene Dinge wie die Rüstungspolitik zu ändern, wenn wir auch nach Rückschlägen durchhalten, dann können wir der Sache des Friedens und der Menschenrechte noch eine Chance verschaffen. Gebt bloß nicht auf, gebt nicht klein bei, weiches Wasser bricht den Stein!

Bestellungen (bitte DM 3,— in Briefmarken beilegen):

Komitee für Grundrechte und Demokratie

An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal

der gegenwärtigen Labour-Opposition, den Konservativen in künftigen Wahlen die Regierungsmacht wieder abzunehmen. Dazu sei die Arbeiterpartei durch den Verlust ihres gemäßigten Flügels und die Vorherrschaft der „militanten Linken“ zu sehr geschwächt. Die konservative Regierung werde mit ihrer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich reduzieren können. Aus diesen Gründen werde der Ruf nach einer neuen Kraft in der britischen Politik immer stärker. Steel konnte in diesem Zusammenhang auf eine Reihe von Erfolgen bei kürzlichen Nachwahlen verweisen.

Steel, der sich wegen einer Sitzung der Liberalen Internationalen in Bonn aufhielt, zeichnete nicht nur den Weg der einstmaligen glorreichen Liberalen aus dem Nachkriegstief von 2,5 % bis zu den heutigen Wählerzahlen von — zusammen mit den Sozialdemokraten — zwanzig bis dreißig Prozent nach, sondern beschrieb auch die Zusammenarbeit der beiden Parteien als zwar nicht immer einfach, aber vertrauensvoll und im Endeffekt erfolgreich.

Steel vermied es, auf die Situation der FDP einzugehen. Auf dem letzten Parteitag der Liberal Party im September in Bournemouth hatte es eine Reihe kritischer Stimmen zur Mitgliedschaft in der ELD gegeben. Vielen englischen Liberalen ist diese Föderation der liberalen Parteien Europas zu konservativ, „zu wenig liberal“. Nach Ansicht von Parteitagsteilnehmern ist es nicht ausgeschlossen, daß auf einem der nächsten Parteitage die Mitgliedschaft der Liberal Party zur Abstimmung gestellt werden könnte. In dieser Frage spielt auch die finanzielle Abhängigkeit der Briten von der FDP und der Friedrich-Naumann-Stiftung eine Rolle. Je geringer diese werden sollte, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit eines Austritts der Liberal Party.

Kleinarbeit im parlamentarischen Raum

Nach dem Wahlerfolg in Kleve schafften es die Liberalen Demokraten jetzt auch in Heidelberg mit einer eigenen Liste in den Stadtrat zu kommen. Das Heidelberger Ergebnis, 4,45 % gleich ein Mandat (ein zweiter Sitz wurde nur knapp verfehlt), hat auch überregional Aufmerksamkeit erzielt. In der nordbadischen Universitätsstadt gelang es den LD, die gewendete FDP (2,5 %) deutlich hinter sich zu lassen. In einer ersten Stellungnahme äußerte der LD-Bundesgeschäftsführer Georg Hundt die Hoffnung, daß dieses Ergebnis

auch „an anderen Orten zusätzlichen Auftrieb geben und die eigene Arbeit verstärken“ werde.

Das Fehlen einer 5%-Klausel im baden-württembergischen Wahlrecht half auch der „Karlsruher Liste“, einem Zusammenschluß von Liberalen Demokraten und einem Bürgerverein um den ehemaligen grünen Stadtrat Lupo Cramer. Mit 1,6 % der Stimmen ist diese Liste künftig mit einem Sitz im Stadtrat vertreten.

9,2 % und zwei Mandate sicherte sich im mittelbadischen Gernsbach ein grün-liberales Bündnis um den wiedergewählten LD-Stadtrat R. Thilenius. Den Einzug ins Kreisparlament auf einer offenen grünen Liste verpaßte Thilenius um wenige Stimmen. In Nagold, wo ein grün-liberales Bündnis nach langen Verhandlungen geplatzt war, erzielten die Liberalen Demokraten mit 1,1 % einen Achtungserfolg, der wesentlich auf das persönliche Ansehen des LD-Spitzenkandidaten Köpf zurückgeführt wird. Die Grünen verbuchten hier mit 5,9 % der Stimmen eines ihrer schlechtesten Ergebnisse überhaupt.

In Freiburg blieb die LD mit 0,3 % der Stimmen weit hinter ihren eigenen Erwartungen zurück, nachdem die Kandidatur nur von einem Teil der Mitglieder befürwortet worden war.

Der baden-württembergische LD-Landesvorsitzende, Friedrich Neunhöffer, zeigte sich gegenüber den liberalen Druck-sachen mit den Wahlergebnissen insgesamt zufrieden. Es habe sich gezeigt, daß eine Entscheidung über das Ob und Wie einer Wahlteilnahme allein aufgrund der örtlichen Situation fallen müsse. Mit Blick auf das Freiburger LD-Ergebnis sagte er, daß es „unterhalb einer bestimmten Schwelle“ nicht mehr sinnvoll sei, sich an einer Wahl zu beteiligen.

„Türen raus!“ lautet ein Graffiti an einer Bahnunterführung bei Köln. — War der Autor des Deutschen nicht ganz mächtig, also vielleicht ein masochistisch veranlagter Türke? Nein, es war ein deutscher Sozialarbeiter, der vor Gericht Gelegenheit erhielt, seine interessante Fremdenfeindlichkeitstheorie zu erläutern.

Die Türen, im wörtlichen und übertragenen Sinne, seien schuld, daß wir so schnell ins Saubermanndeutsch einstimmten und bereitwillig „Türken raus!“ riefen. Sein Rezept dagegen: Öffnet die Türen, macht euch bekannt miteinander. Die Begegnung von Mensch zu Mensch löscht Vorurteile. Türen raus! — Das Gericht zeigte sich einsichtig und gab dem Graffiti-Autor in allen pädagogischen Punkten recht. Was für die Rechtsprechung allerdings unerheblich war.

Verschandelung öffentlichen Eigentums und der Aufruf zur gewaltsamen Verletzung der Intimsphäre (Türen raus), das waren die harten Fakten, nach denen sich das Strafmaß schließlich richtete.

NP

ABKEHR VON EUROPA

von Michael Staack

Ungeachtet des Ausgangs der amerikanischen Präsidentschaftswahlen Anfang November 1984 dürften sich die strukturell und interessenbedingten politischen Konflikte zwischen den Vereinigten Staaten und ihren westeuropäischen Verbündeten eher noch verstärken. Während vom demokratischen Spitzengespann Mondale/Ferraro vor allem eine protektionistische Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erwarten gewesen wäre, spricht vieles dafür, daß bei einer Bestätigung von Reagan/Bush die außen- und handelspolitische Orientierung auf den pazifischen, ost- und südasiatischen Raum intensiviert würde. In jedem Fall: die Europa-Bezogenheit der US-Politik schwindet.

Walter Mondales stärkste Verbündete sind die Gewerkschaften. Sie sind es, die auf eine wirksamere Abschottung des amerikanischen Binnenmarktes gegenüber der Auslandskonkurrenz drängen. Die Ankündigungen des Spitzenkandidaten und das Wahlprogramm der Demokraten tragen diesem Verlangen, wenn auch vorsichtig, Rechnung. Entsprechende Zollerschwerenisse, Änderungen von Steuergesetzen und unter Umständen auch ein restriktiver Umgang mit der Einräumung der Meistbegünstigung im Handelsverkehr wären die Folge; betroffen wären neben den Westeuropäern vor allem die Japaner. Neben die unverändert gewichtige protektionistische Strömung innerhalb der Demokratischen Partei ist bald nach dem Amtsantritt Reagans eine neue Richtung getreten, die die globale Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrien durch eine vorausschauende staatliche „neue Industriepolitik“ mittels modernisierungsfördernder Investitionsanreize in Kombination mit aktiver Technologiepolitik behaupten will. Diese in Anspielung auf einen führenden amerikanischen Computerhersteller auch als „Atari-Demokraten“ bezeichnete Strömung steht Handelsbeschränkungen grundsätzlich ablehnend gegenüber. Auch Mondale befürwortet inzwischen die neo-liberale Modernisierungskonzeption der „neuen Industriepolitik“, deren prominentester Exponent im demokratischen Lager jedoch Senator Gary Hart ist. Mondale trägt durch seine Haltung dem Faktum Rechnung, daß das wirtschaftspolitische Glaubensbekenntnis der alten demokratischen New-Deal-Koalition Franklin Delano Roosevelts, bestehend aus einem mixtum compositum von Handelsbeschränkungen, sozialstaatlichen

Maßnahmen und staatlichen Ausgabeprogrammen zur Konjunkturstützung, heute innenpolitisch kaum noch leistungsfähig, aber auch ökonomisch nicht länger erfolversprechend sein dürfte. Erst wenn der fortschrittliche Liberalismus der Demokratischen Partei auf dem Felde der Wirtschaftspolitik wieder Positionen anbietet, die von einer breiteren Öffentlichkeit auch geglaubt werden, hat er aber die Chance, die verlorene Dominanz als führende geistige Kraft der USA zurückzugewinnen, gegen die republikanische Administration „durch die Reichen, von den Reichen, für die Reichen“ (Walter Mondale).

Im Gegensatz zu den Demokraten setzen Reagans Republikaner auf den freien Welthandel. Allerdings sind sie auch entschlossen, am vor vier Jahren eingeschlagenen Aufrüstungskurs unter Inkaufnahme einer hochdefizitären Budgetpolitik festzuhalten. Die hohen Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten, die möglichst so gestaltet sind, daß dadurch auch die zivile technologische Konkurrenzfähigkeit gestärkt wird, führen wegen der Steuersenkungen nach wie vor zu einem hohen Kreditbedarf und der wiederum zu einer Hochzinspolitik, die die gesamte Weltwirtschaft belastet, wobei die US-Wirtschaft wegen des geringen Außenhandelsanteils weniger Schaden nimmt als alle Konkurrenten. Die Demokraten hingegen vertreten seit Carter eine fiskalkonservative Politik der sozial ausgeglichenen Haushaltssanierung mit dem Ziel einer Defizitsenkung um zwei Drittel bis 1989. Mondale kündigte zu diesem Zweck bereits Steuererhöhungen an. Auf diesem Wege soll auch das Zinsniveau, dessen gefährliche weltwirtschaftliche Folgen in der demokratischen Wahlplattform beim Namen genannt werden, drastisch herabgeführt und die hohe Negativbilanz im Außenhandel reduziert werden.

Mögliche Konflikte zwischen Westeuropa und den USA könnten auch im Grenzbereich von internationaler Handels- und Außenpolitik bestehen bleiben. Seit Anfang 1983 ist durch die Präsidentschaftsdekretive 75 eine US-Politik festgelegt, die mittels Handelssanktionen und anderer außenwirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen Druck auf die sowjetische Innenpolitik ausüben soll, um auf diesem Wege Veränderungen in der Außenpolitik der UdSSR zu bewirken. Ob und inwieweit eine solche Strategie, zu der auch die neuen COCOM-Richtlinien gehören, wieder

stärker praktiziert wird, hängt maßgeblich ab von aktuellen außenpolitischen Entwicklungen sowie inneramerikanischen Meinungstrends. Prinzipiell wird die praktische Wirksamkeit einer Sanktionspolitik gegenüber der Sowjetunion von der Mehrheit der amerikanischen politischen Öffentlichkeit nach wie vor nicht in Zweifel gezogen. Auch die Demokraten unterstützen in ihrer Wahlplattform die gegen Polen gerichteten Sanktionen der Reagan-Administration.

In deutlicher Opposition zu Reagan würde dagegen in der Rüstungskontrollpolitik eine demokratische US-Führung an den Kurs der 70er Jahre wieder anknüpfen: Verhandlungspartnerschaft mit der UdSSR auf den Grundlagen militärischer Stärke und des gemeinsamen Interesses am Überleben. SALT II soll vom Senat ratifiziert, ein neues Abkommen mit dem vorrangigen Ziel des beiderseitigen kontrollierbaren Einfrierens des Tests, der Produktion und der Aufstellung strategischer Atomwaffen ausgehandelt werden, regelmäßig jährliche Gipfeltreffen der amerikanischen und sowjetischen politischen Führungen stattfinden. Die Demokratische Partei lehnt Präsident Reagans Pläne zur Raketenabwehr im Weltraum grundsätzlich ab und sieht darin einen Verstoß gegen bestehende Abkommen mit der UdSSR, insbesondere gegen den ABM-Vertrag „als den erfolgreichsten Rüstungskontrollvertrag der Geschichte“ (so die demokratische Wahlplattform). Stärker als die Republikaner fordern die Demokraten größere Verteidigungsanstrengungen nicht nur von den europäischen NATO-Verbündeten, sondern auch von Japan, und versprechen dafür eine intensivere Konsultation in Sicherheitsfragen. Reagan hingegen dürfte auch in einer zweiten Amtszeit am Aufrüstungskurs festhalten. Die größten Konfliktpotentiale im amerikanisch-sowjetischen, aber auch im amerikanisch-europäischen Verhältnis, birgt zweifellos seine gigantische „strategische Verteidigungsinitiative“ zur Weltraumrüstung in sich. Selbst dann aber, wenn die Republikaner sich angesichts der „neuen Stärke“ der USA zu ernsthaften Rüstungsbegrenzungsverhandlungen bereitfänden, müßte bezweifelt werden, ob die sich zunehmend in eine Wagenburg zurückziehende sowjetische Führung bereit wäre, an Reagans plötzliche Ernsthaftigkeit zu glauben.

Im Hinblick auf die Krisenregion Mittelamerika sehen die Republikaner sowie-

tisch-kubanische Einflüsse als Kern des Problems, während die Demokraten die eklatanten sozialen Ungerechtigkeiten als Ursache der Spannungen erkennen. Sie setzen auf Entwicklungshilfeprogramme zur Flankierung sozialer Reformen, lehnen militärische Interventionen ab und unterstützen die Bemühungen um friedliche Konfliktregelung seitens der Contadora-Gruppe. Die Interventionsbereitschaft einer republikanischen Administration dürfte dagegen nach gewonnener Wahl noch wachsen. Reagans Partei favorisiert die ökonomische Stabilisierung (d.h. keineswegs immer sozialen Ausgleich) der pro-amerikanischen Staaten und politischen Druck auf Nicaragua. Die Unterstützung der anti-sandinistischen Rebellen soll ausgeweitet werden: auch hier also Konfliktpunkte zu Westeuropa, obgleich eine einheitliche Mittelamerikapolitik der EG spätestens nach der Bonner „Wende“ nicht mehr existiert.

Während sich auf dem wirtschaftspolitischen Feld der demokratische Protektionismus in eher isolatorischer Tradition bewegt, gibt es in der Außen- und Sicherheitspolitik keine einflußreiche Strömung, die den Rückzug der USA aus der Weltpolitik befürwortet. Maßgeblich sind vielmehr die Unterschiede zwischen konservativen und liberalen „Internationalisten“. Jedoch hält unverändert ein Prozeß an, der bereits heute ungeachtet aller beruhigenden Stellungnahmen an die Adresse der Westeuropäer zu einer deutlichen regionalen Schwerpunktverlagerung amerikanischer Interessen mit Langfristwirkung geführt hat, und der wesentlich ökonomisch bestimmt wird. Aufgrund von Bevölkerungszahl, Entwicklungsgrad und Entwicklungschancen, auch aufgrund der drastischen Verlangsamung der Wachstumsraten in Westeuropa mit seiner schon hochentwickelten technisch-industriellen Zivilisation, wurde der pazifische, ost- und südasiatische Raum für die US-Industrie seit den 70er Jahren immer attraktiver. Dazu trug auch die Öffnung der Volksrepublik China bei, obwohl der amerikanisch-chinesische Warenaustausch auch heute noch keinen ins Gewicht fallenden Faktor darstellt und die Zukunftsperspektiven angesichts der erwiesenermaßen begrenzten Absorptionsfähigkeit des Pekinger Wirtschaftssystems skeptisch beurteilt werden müssen. Dennoch werden in den USA die Expansionsmöglichkeiten auf diesen Märkten, mit denen derzeit schon ein Drittel des amerikanischen Außenhandels abgewickelt wird, im Hinblick auf die nächsten Jahrzehnte deutlich positiver beurteilt als etwa in Bezug auf Westeuropa. Die starke und aktive japanische Konkurrenz wird dabei in Kauf genommen. Diese Schwerpunktverlagerung amerikanischer Wirtschafts- und Exportinteressen hat in der innenpolitischen Diskussion der Vereinigten Staaten zu Prognosen

wie der des Mitherausgebers der einflußreichen Zeitschrift „Business Week“, Bruce Nussbaum, geführt, der Westeuropa wegen des Anschlußverlustes an „revolutionäre Technologien“ in naher Zukunft „ins Abseits gedrängt“ sieht. Derartigen Szenarien ermangelt es angesichts der europäischen Forschungs- und Technologiekapazitäten schon bei grober Analyse sowohl an Sachkenntnis als auch an Realitätsbezogenheit. Richtig ist jedoch, daß die westeuropäische Wirtschaft im Vergleich mit den USA im Wettbewerb um die pazifischen Märkte bislang kaum in Erscheinung trat.



Computer-Montage im Silicon-Valley: „Einflußverlagerung an die pazifische Küste“

Die wirtschaftliche Interessenverschiebung in den Vereinigten Staaten wurde während der bisherigen Amtszeit der Reagan-Administration durch eine drastische Einflußverlagerung innerhalb der politischen Elite von der atlantischen an die pazifisch-kalifornische Küste befördert. Jenes nach 1945 politisch bestimmende und meinungsprägende, transatlantisch denkende, zu einem großen Teil aus den Ostküsten-Eliteuniversitäten der „Ivy League“ rekrutierte Führungspersonal wurde in den vergangenen Jahren zunehmend abgelöst bzw. verdrängt von einer neuen Führungsschicht aus dem „Sonnen-gürtel“ der USA, aus dem Süden und vor allem aus dem amerikanischen Westen. Diese politische Schwerpunktverlagerung korrespondiert mit dem ansteigenden inneramerikanischen Gewicht der technologisch führenden Zukunftsindustrien, die

vorwiegend in Kalifornien angesiedelt sind und auf einer engen Verflechtung mit der dortigen naturwissenschaftlichen Hochschulforschung basieren. Die neue, die Meinungsführerschaft innehabende außenpolitische Elite der Reagan-Administration, personifiziert etwa in Verteidigungsminister Weinberger, denkt in einem veränderten Sinne „unilateralistisch“: sie setzt auf die militärische und ökonomische Stärke der Vereinigten Staaten und deren Einsatz zu politischen Zwecken. Die Abstimmung mit den Verbündeten, in Sonderheit innerhalb der NATO, erscheint als zweitrangig und auch völlig

verzichtbar, wenn und wo es – so im „Falle“ Grenada – um primär amerikanische Interessen geht. Diese neue Elite, verstärkt durch die extrem konservative Minderheit des Ostküsten-Establishments um Paul Nitze, ist nicht bereit, der Sowjetunion politische Gleichberechtigung zuzugestehen, wie es erstmals in der amerikanisch-sowjetischen Grundsatzerklärung von Moskau 1972 durch den republikanischen Präsidenten Nixon geschah. Sie setzt erneut auf die Weltvorherrschaft der USA, eine „strategische Zusammenarbeit“ mit der – dazu allerdings immer weniger geneigten – Volksrepublik China, wie sie bereits Carters Sicherheitsberater Brzezinski favorisierte, soll dazu beitragen, die Sowjetunion in die Schranken zu verweisen. Nach den ökonomisch bestimmten Denkkategorien der neuen Führungsschicht, muß die marode Zentralverwaltungswirtschaft der UdSSR letztlich auch deren politischen Zerfall oder Zusammenbruch zur Folge haben.

Europa hat für die „Unilateralisten“ aufgrund ihrer wirtschaftlich-politischen Interessenorientierung auf den pazifischen Raum an Bedeutung verloren. Die NATO-Bindung gilt ihnen nicht länger als zukunftsbestimmend. Mehr noch, eine Region, die als politisch-ökonomisch absteigend qualifiziert wird, läßt sich auch militärisch mit weitaus weniger Skrupeln als potentieller Kriegsschauplatz vorstellen. Zur zunächst gedanklichen Begrenzbarkeit militärischer Konflikte fehlt dann nur noch ein weiterer Schritt. Im Prioritätsverlust Westeuropas bei einem wachsenden Teil der politischen Elite der Vereinigten Staaten liegt der tiefere Grund für die amerikanisch-europäischen Strukturdivergenzen, die nicht erst unter der Reagan-Administration zu ernststen Problemen geführt haben. Die politisch-geographische Verlagerung maßgeblicher Einflußzentren hat sich vorerst vor allem bei den Republikanern durchgesetzt, aber auch die Demokraten

befinden sich in einem derartigen Wandlungsprozeß, jedoch mit anderen Ergebnissen insbesondere auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik. Senator Gary Hart, bei den Vorwahlen Mondales gefährlichster innerparteilicher Konkurrent, repräsentiert diese „neue Politik“. Sie teilt mit den Republikanern die pazifische Wirtschaftsorientierung und das abnehmende Interesse für Europa. Im Gegensatz zu diesen setzt sie allerdings erneut auf eine Politik der Verhandlungspartnerschaft zur Rüstungskontrolle mit Moskau, obgleich die „Atari-Demokraten“ um Hart die Weltmachtbeziehungen nicht länger als den zentralen Gegenstand der Außenpolitik der USA betrachten.

Angesichts dieser Hintergründe ist der Vorstoß Henry Kissingers zur Neustrukturierung der NATO mit stärkerem europäischem Gewicht – und das heißt nach amerikanischer Lesart: bei Übernahme höherer Verteidigungslasten – im vergangenen Frühjahr vor allem als der Versuch eines überzeugten „Transatlantikers“ zu bewerten, das Bündnis durch Rücksichtnahmen auf den inneramerikanischen

strengungen als bisher zu unternehmen. Sie verfolgen damit eine doppelte Zielsetzung: einerseits beabsichtigen sie, der innenpolitischen Kritik an den europäischen Verbündeten und an der NATO selbst die Spitze zu nehmen. Andererseits wollen sie, dies in Übereinstimmung mit europäischen Politikern wie Außenminister Genscher, die „europäische Säule“ der Allianz aufbauen und aufrüsten, um das machtpolitische Gewicht des gesamten Westens, unter Führung der USA, gegenüber der Sowjetunion zu stärken.

Eine westeuropäische Reaktion, die – etwa angesichts der Nunn-Initiative – aus ängstlichem Wehklagen um die Verminderung des „amerikanischen Schutzes“ besteht, stärkt in den Vereinigten Staaten zweifellos die „Unilateralisten“; vergrößert aber auch das Drohpotential der „Transatlantiker“. Mit einer solchen Politik, wie sie gerade von der deutschen Bundesregierung artikuliert wurde, erfüllte Westeuropa weder seine außenpolitischen Aufgaben noch würde es seinen gewachsenen Möglichkeiten gerecht. Aber um die konzertierte Definition west-



„Aufrüstung der europäischen Säule“

Meinungswandel mittelfristig zu stabilisieren. Auch der im Rahmen der Haushaltsberatungen des Senats im Juni eingebrachte (und bei immerhin 42 – von Hundert – befürwortenden Stimmen) abgelehnte Antrag des einflußreichen demokratischen Senators Sam Nunn, die amerikanischen NATO-Streitkräfte in Europa etappenweise um 90.000 Mann zu verringern, weist in diese Richtung. Nunn, Kissinger und andere ausgewiesene Transatlantiker wollen die Westeuropäer zwingen, hauptsächlich bei der konventionellen Rüstung, aber auch auf dem Gebiet der militärisch bedeutsamen Infrastrukturmaßnahmen, größere finanzielle An-

europäischer Ziele und Interessen, sei es in der NATO, sei es in der EG, steht es, im umgekehrten proportionalen Verhältnis zu den Notwendigkeiten, schlechter als seit langer Zeit. Doch angesichts der strukturellen und Langfristprobleme im westeuropäisch-amerikanischen Verhältnis, die durch den Wahlausgang im November dieses Jahres zwar durchaus maßgeblich beeinflusst werden, keineswegs aber dadurch erledigt wären, können die Europäer einer Bestimmung ihres außen- und sicherheitspolitischen Standorts nicht länger ausweichen, wollen sie nicht über kurz oder lang zum Spielraum dritter Interessen werden.

Seit Ende des 2. Weltkrieges ist Berlin, bis dahin bekanntlich Reichshauptstadt, – völkerrechtlich betrachtet – besetzt. In diesen 38 Jahren hat sich das Verhältnis zwischen Bevölkerung und den fremden Herren gewandelt, im Westen zumindest sogar zweimal.

„Die Russen klettern doch nicht über'n Zaun und hauen uns eins über'n Kopf – kann ich mir nicht vorstellen nach 40 Jahren.“ Charlotte Herbst ist verärgert. Die Rentnerin wohnt mit ihrem Mann in der Siedlung Habichtswald, am Westrand von West-Berlin, im Bezirk Spandau. Unmittelbar an die Siedlung grenzt der Flughafen Gatow, von den Briten genutzte Militäreinrichtung. An den gelegentlichen Flugverkehr sind die Anwohner gewöhnt. Doch seit die Briten auf dem Flughafengelände einen Schießplatz errichten, ist es aus mit der Gewöhnung. So wie Charlotte Herbst denken hier fast alle. Wenn die Briten die letzten 40 Jahre ohne diesen Schießplatz ausgekommen sind, dann wird er ja wohl nicht jetzt plötzlich nötig sein. 30.000 „Schießereignisse“ pro Tag kommen auf die Habichtswälder zu; das macht sie rebellisch. Es hat Bürgerversammlungen gegeben, Unterschriften wurden gesammelt, die Abgeordneten sind um Unterstützung gebeten worden. Und als auch die Kontaktaufnahme bei der britischen Militärregierung in Berlin nichts fruchtete, schalteten die aufgebracht Bürger den Rechtsanwalt Reiner Geulen ein. Geulen, ein bei Kraftwerksbetreibern und Bauverwaltungen gleichermaßen gefürchteter Rechtsbeistand diverser Bürgerinitiativen, versuchte, beim Berliner Verwaltungsgericht Rechtsschutz zu erlangen. Doch auf Betreiben der Briten wurde der Prozeß von den Stadtkommandanten nicht zugelassen. Also mußten Geulens Mandanten den nächsten Schritt gehen, den Schritt nach London. Geulen ließ über eine korrespondierende Kanzlei in London beim High Court of Justice intervenieren, um gerichtlich feststellen zu lassen, ob ein und – wenn ja – welches Gericht zur Entscheidung des Falles zugelassen wird.

Gegen die inzwischen ergangene Entscheidung, daß der High Court selbst die Zuständigkeit hat, ist seitens der britischen Regierung Einspruch eingelegt worden. Nun wird das Appellationsgericht zu entscheiden haben.

Die Frage, ob gegen eine Maßnahme der Alliierten in Berlin, die – wie im konkreten Fall – unzweifelhaft gegen deutsches und britisches Umweltrecht verstößt, die Gerichte angerufen werden können, beschäftigt in Berlin zunehmend die Gemüter. Und dies nicht nur in dem beschränkten Rahmen linker Polit-Gruppen oder idyllischer Waldrandsiedlungen.

DIE BERLINER UND IHRE SCHUTZMÄCHTE

Der Regierende Bürgermeister Diepgen selbst ist es, der bei seinen Antrittsbesuchen in den Hauptstädten der drei westlichen Besatzungsmächte die Aufhebung überholter alliierter Rechtsvorschriften angeregt hat. Er meint damit zwar weniger die weitgehende Rechtlosigkeit seiner (oder eben der Alliierten) Untertanen gegenüber den Militärs als etwa das Verbot, stehende Messer zu besitzen. Auch die noch immer angedrohte Todesstrafe erscheint vielen in den Westsektoren als Ausdruck museumsreifer Vorbehalte, wobei allerdings gänzlich ignoriert wird, daß die DDR die Todesstrafe nie abgeschafft hat und die USA sich zunehmend für den Rückfall in die Barbarei, die Wiedereinführung der Todesstrafe, erwärmen.

Die Rechtsposition der westlichen Alliierten wurde nicht immer so offen in West-Berlin diskutiert wie heute. Der Wandel vom Kriegsgegner zum Bündnispartner, zum Freund, zur Schutzmacht, erfolgte in den West-Sektoren zügig und ohne größere Brüche. Die Erfahrungen, die die Bekannten und Verwandten im Ostteil der Stadt mit ihrer Militärregierung machten, waren allemal dazu angelegt, die Bindung der Westler an ihre Schutzmächte zu verstärken. Denn daß die Russen Berlin vom Faschismus befreiten, daß sie Brot brachten und „Nathan der Weise“ auf die Bühne in der kriegswunden Hauptstadt, das hat sich längst nicht so tief in das Bewußtsein eingegraben wie Vergewaltigungen, Übergriffe und all das, was sich in den Folgejahren ereignete.

1948: die Sowjets sperren die Schienen-, Schiffs- und Straßenverbindungen zwischen den Westsektoren und der Trizone, dem heutigen Bundesgebiet. Blockade. Eine ganze Stadt wird zur Geisel im Kampf zwischen zwei Blöcken. Die Monate bis zur Aufhebung der Blockade prägen das Bewußtsein der Stadt nachhaltig. Tag und Nacht landeten damals die Flugzeuge, die sich am Airlift, an der Luftbrücke beteiligten. Eine Millionenstadt wurde aus der Luft versorgt. Nicht allein mit Kohlen und Kartoffeln, sondern auch mit allem, was zum Aufbau eines Kraftwerkes, des späteren Kraftwerkes Reuter, nötig war.

Das Frontstadt-Gefühl war entstanden, und man wurde es so schnell nicht wieder los. Denn immer wieder schien es so, als sollte der von der Bevölkerung West-Berlins gewollte Anschluß an den Westen bedroht sein. Als 1953 die sowjetischen Panzer durch Ost-Berlin rollten,

um den Arbeiteraufstand niederzuschlagen – und in seiner Folge auch eine moderate SED-Führung zu verhindern – da war man froh, daß Briten, Franzosen und Amerikaner ihre Panzer in West-Berlin hatten. Doch eingegriffen haben sie nicht, was zu mancher Verbitterung führte. Und auch der RIAS Berlin, eine den Amerikanern unterstehende Radiostation, weigerte sich damals, den anheizenden Aufruf des West-Berliner DBG-Vorsitzenden Scharnowski zum Generalstreik zu senden.

Andererseits bestand ja auch im Westen eine gewisse Angst davor, daß durch die zu jener Zeit noch recht offenen Grenzen eingeschleuste kommunistische Agenten in den Westsektoren einen Aufstand inszenieren könnten. So schreibt denn auch Vernon Pizer in „The United States Army“ über die amerikanische Brigade in Berlin: „(Sie ist) nicht geeignet für anhaltenden Kampf. Sie existiert für zwei Zwecke. Der eine ist, verfügbar zu sein für die deutschen Zivilbehörden, um – falls dies nötig werden sollte – bei der Kontrolle von Tumulten zu helfen. Der zweite Zweck der Berlin Brigade liegt in ihrer Eigenschaft als Stolperdraht, um Abenteuerum aus dem Osten zu entmutigen“.

Es war nicht unbedingt Abenteuerum, aber doch ein Austesten der westlichen Reaktion, als der sowjetische Staats- und Parteichef Chruschtschow Ende der 50er Jahre die „Freie Stadt“ Berlin forderte. Die westlichen Truppen sollten gefälligst abziehen. Das Chruschtschow-Ultimatum ließ die Grundstückspreise in West-Berlin ins Bodenlose fallen, Tausende verlegten ihren Wohnsitz in das Bundesgebiet, doch ansonsten blieb es beim Sturm im Wasserglas.

1961 wurde es erneut ernst. Nachdem SED-Chef Walter Ulbricht auf einer Pressekonferenz gesagt hatte, „niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“ (denn die Bauarbeiter hätten im Wohnungsbau besseres zu tun), ahnte noch kaum einer, daß eben dies passieren könnte: Mauerbau. Doch so geschah es kurz darauf. Die Panzer der Alliierten rollten, doch sie bremsten scharf ab an den Grenzen der Westsektoren gegenüber Ost-Berlin oder der DDR. Die westlichen Alliierten hatten längst ihren Frieden gemacht mit dem deutschen status quo. Das brachte ihnen zwar einigen bundesdeutschen und besonders Berliner Mißmut ein, doch den konnten sie sich mit Adenauer teilen, dem die älteren Berliner nie verzeihen werden, daß er in den entscheidenden

Stunden des Mauerbaus und den Tagen darauf sein italienisches Feriendomizil nicht verließ.

Doch die Risse im Verhältnis zwischen Berlinern und Alliierten rühren nicht aus jener Zeit. Erst als jene Buben und Mädchen, die nach '45 GIs um Kaugummis und Schokolade angebettelt hatten, die durch die Rosinenbomber versorgt worden waren, die mit Mickey Mouse, Coca Cola und Rock'n Roll groß wurden, plötzlich in den Uni-Seminaren bemerkten, daß die USA keineswegs immer in der Rolle des Rächers der Witwen und Waisen auftraten, sondern in Vietnam einen verdammt schmutzigen Krieg führten, da begann eine Vertrauenskrise. Sie mündete zunächst in einen platten Antiamerikanismus der linken Studenten, während sich die spießigen Normalbürger um so intensiver und dummdreister hinter und vor jeden Ami stellten. Richard Nixon wurde bei seinem Deutschlandbesuch 1969 noch umjubelt. – Mit der später auch die Bundesrepublik erfassenden Ernüchterung über Vietnam setzt ein Prozeß der Normalisierung ein. In diesem Jahrzehnt ist es wieder salonfähig geworden, von den Interessen der Bundesrepublik zu sprechen und damit auch Divergenzen zum Bündnispartner Nr. 1 einzuräumen.

Und in Berlin? Hier organisierten die Weltkriegssieger ein Stück Normalität mit dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971: begrenzte Normalität in begrenzter Souveränität. Hier werden durch den Bundeshaushalt Mittel bereitgestellt für das „Landesamt für Besatzungslasten“. Aus diesem Haus fließen die Gelder dann weiter an die 11.000 deutschen Zivilangestellten der Alliierten, an Lebensmittellieferanten und Baufirmen, die beispielsweise den Schießplatz Gatow errichten. Ein Paar hundert Meter entfernt von diesem Übungsgelände befindet sich ein weiterer Schießplatz und zwar der von Döberitz. Hier übt in treuer Waffenbruderschaft die Sowjetarmee, die sich in den alten Reichwehrrkasernen rings um Berlin eingenistet hat. Das Verhältnis zwischen DDR-Bürgern und Sowjetarmee ist offiziell herzlich und unverbrüchlich, inoffiziell ist es eisig bis feindselig. „Gegen den einzelnen Soldaten haben wir ja gar nichts, aber gegen das System, was man hier mit uns macht“, sagt Charlotte Herbst. Und sie spricht damit mehr und mehr für die Berliner auf beiden Seiten der Mauer.

Christian Walther

Von Tag zu Tag

Anmerkungen zum Fortschritt und Rückschritt unserer Republik

Ausgebarzelt

Rainer Barzel, über Jahrzehnte Inbegriff für moraltriefende Reden und Appelle, muß seinen Hut nehmen. Das ging selbst den Unionschristen zu weit, daß sich einer der ihnen zum Doppelverdiener machte. Er nahm Geld von der Fraktion und (unwissend? unschuldig? unvorstellbar?) von Flick. Ein für die Demokratie trauriger Fall, gewiß kein „Sozialfall“.

Stimmenfang

Das Oberverwaltungsgericht Berlin ermöglicht es den politischen Parteien, auch künftig mit dem Melderegister auf Stimmenfang zu gehen. „Zielgruppenwerbung“ bleibt also möglich. Erstwähler werden anders umworben (belogen?) als die „Senioren“. Das Berliner Verwaltungsgericht hatte zuvor entsprechende Gruppenauskünfte verboten.

Begünstigung

Nicht einmal Schwarz-Schillings Hausjuristen konnten den Postminister daran hindern, dem Verleger-Fernsehen APF Sonderkonditionen bei der Nutzung von Postleitungen einzuräumen. Eine rechtliche Grundlage für die zuvorkommende Haltung gibt es nicht, im Gegenteil, im Grundgesetz steht was von Chancengleichheit. So aber benachteiligt Schwarz-Schilling die öffentlich-rechtlichen Leistungsnutzer.

Verspätung

Wer je Filmaufzeichnungen über die Verhandlungsführung eines Roland Freisler vor dem „Volksgerichtshof“ der Nazis gesehen hat – wie um alles in der Welt könnte der auf die Idee kommen, es habe sich bei dieser verbalen Folterkammer um ein „ordentliches Gericht“ gehandelt? Und doch hat es bis 1984 gedauert, bis der Bundestags-Rechtsausschuß – immerhin einstimmig – beschloß, der Volksgerichtshof sei „kein Gericht im rechtsstaatlichen Sinn“ gewesen. Dies ist zunächst mal eine Empfehlung des Ausschusses an den Bundestag; irgendwann wird sich das Plenum dazu äußern – nach weiteren 40 Jahren?

Fürsorge

Wer in die Portokasse gegriffen hat, kann wohl kaum mit einem Arbeitgeberzuschuß rechnen, damit er den besten Anwalt zum Verteidiger nehmen kann. Wer aber als Minister bestechlich gewesen sein soll, wie der frühere Wirtschaftsminister Lambsdorff, der darf auf die Fürsorge des Staates setzen. Allein 1984 erhielt der so Beschuldigte 85.000 DM. Allerdings müsse er sie bei einer Verurteilung zurückzahlen, sagte man den Grünen nach ihrer Intervention im Haushaltsausschuß.

ZEVIS

Gegen Pläne, das „Zentrale Verkehrs-Informations-System“ (ZEVIS) beim Kraftfahrt-Bundesamt zu einem bundesweiten Info-System auszubauen, wenden sich die Grünen. Die Bundesregierung plane, allen interessierten Behörden direkten Zugang zu dieser Datenbank zu ermöglichen – übrigens gegen das einhellige Votum aller Datenschutzbeauftragten.

wg. Scheel

Wir verdanken dem SZ-Redakteur Robert Leicht die Richtigstellung, daß es sich bei den 6 Mio für die FDP mitnichten um eine „anonyme“ Spende handelte, sondern um eine „anonymisierte“. Ehren-Mann Scheel hat sie bei jenem Kaufhaus-König Horten besorgt, der sein Vermögen seinerzeit noch straflos in die Schweiz schaffte, damit er der Bundesrepublik Deutschland keine Steuern zahlen mußte. Wenn schon Geld nicht stinkt, dann ist auch der Geruch von 6 Mio auszuhalten.

Tierisch

„Die grünen Rattenfänger“ – Überschrift im Bayernkurier zum Thema Bundesversammlung der Grünen.

„Bürgerinitiative“

Führende FDP-Rechte haben mit Rechtsaußen-WELT-Kommentator Enno von Löwenstern ein „Koordinierungsbüro der Bürgerinitiative freier Rundfunk“ gegründet, mit dem die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten kaputtgemacht werden sollen. Von bevorstehenden Parteiausschlußverfahren wegen Verstoß gegen

Parteitagebschlüsse wurde nichts bekannt.

Folter

Die Bundesregierung weigert sich, eine europäische Anti-Folter-Konvention zu unterzeichnen, beklagt amnesty international. Alle CDU-Bundesländer hätten sich dagegen gesträubt, daß eine international besetzte Ständige Kommission das Recht bekommen sollte, unangemeldet alle Strafanstalten der Unterzeichnerstaaten zu besuchen und auf Menschenrechtsverletzungen hin zu überprüfen. Bayerns Innenminister nach Diktatoren-Art: „Der bayerische Beamte ist gesetzestreu und bedarf keiner internationalen Kontrolle“.

Scheidung

Die Duldungspartnerschaft zwischen SPD und Grünen in Hessen ist zu Ende. Über die Haltung zur Atomenergie kommt es zum Bruch. Seit die Grünen deshalb dem Haushalt '85 die Zustimmung verweigern, spricht nicht nur die SPD, sondern auch die Grüne-Landtagsabgeordnete Gertrud Schilling von „grüner Erpressung“.

Kirche

Der sozialdemokratische Hamburger Innensenator hat Polizei in eine Kirche geschickt, damit sie gewaltsam Menschen herausschleppe, die dort Zuflucht suchten. Eine Philippinin fand mit ihren zwei Kindern dort Unterschlupf vor drohender Abschiebung. Polizei stellte auch das Geläut ab, mit dem die Kirchengemeinde herbeigerufen werden sollte. Auch viele Sozialdemokraten reagieren mit tiefer Betroffenheit.

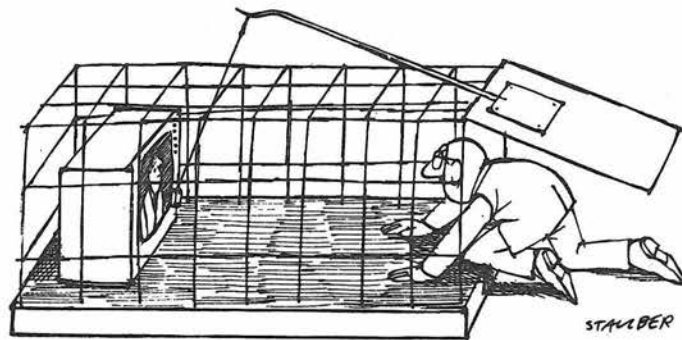
Beruhigung

Karl Carstens, Ex-Präsident, bedankt sich auf seine Weise bei den Bonner Honoratioren, die ihm zum 70. Geburtstag die Aufwartung machen: er verteidigt sie allesamt gegen den Vorwurf der Korruption. Schließlich sei bisher in keinem Fall nachgewiesen worden, daß ein Politiker oder Beamter käuflich gewesen sei. So also sieht es der Jurist Carstens: wenn keiner erwischt wird, kann auch nichts passiert sein.

Volker Hummel

Christian Walther über die Medienlandschaft in den USA:

GROSSES VORBILD ODER GROSSES GESCHÄFT?



Wer hierzulande den mündigen Medien-Bürger einmal so richtig erschrecken will, der droht mit einer Entwicklung unserer Presse- und Rundfunklandschaft nach US-amerikanischem Vorbild. Unterhalten sich allerdings auf Fluren und in Kantinen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ein paar Kollegen, dann geraten diese oftmals ins Schwärmen, wenn die Rede auf die Medien zwischen New York und Los Angeles kommt. Ein Widerspruch? Oder bloß zwei Seiten der gleichen Sache?

Das NEUE DEUTSCHLAND, real existierendes Zentralorgan der SED, zeigte sich wieder einmal von seiner informiertesten Seite. In einer Analyse des amerikanischen Medienmarktes werden diverse Monopolisierungen und Verflechtungen präsentiert, um dann die Frage aufzuwerfen: „Worauf aber zielt die Meinungmanipulation der US-Massenmedien?“

Daß das keine offene Frage ist, liegt auf der Hand. Das NEUE DEUTSCHLAND: „Innenpolitisch geht es den Desinformationszentralen vor allem darum, den Werktätigen eine verzerrte Vorstellung von den Klassenbeziehungen in der kapitalistischen Gesellschaft zu suggerieren, die es unmöglich macht, die eigene Situation zu erkennen und entsprechend zu handeln. Außenpolitisch besteht das Hauptziel der Manipulierung darin, den Konsumenten der Massenmedien durch ununterbrochene Wiederholung der Bedrohungslüge das ‚Feindbild Sowjetunion‘ und daraus resultierende Verhaltensweisen einzuhämmern.“

Diese „Meinungsbildungsdiktatur des Imperialismus“ — so das NEUE Deutschland weiter — „erklärt, warum breite Kreise der amerikanischen Bevölkerung völlig unter dem Einfluß reaktionärer Ideologen stehen. Die beharrliche Entstellung der Realität und deren Ersetzung durch antikommunistische Denkschemata, die gezielte Desinformation, der Mangel an geistiger Freiheit, die ideologische Unterjochung durch Medien im Dienste mächtiger Interessen — das sind nur einige der Faktoren, die Blick und Urteilsvermögen des Durchschnittsamerikaners trüben.“ Damit dürfte nun mit einiger Prägnanz erklärt sein, warum die DAILY

WORLD, Hausblatt der KPUSA, ebenso wenig Zustimmung findet wie das jeweilige Kandidatenaufgebot dieser Partei.

Doch die Häme gegenüber einem Blatt, dem das Wort „Desinformationsimperium“ in Bezug auf amerikanische Zeitschriftenverlage locker auf's Papier gleitet, verführt zu unangemessener Solidarisierung mit dem US-amerikanischen Medien Status quo.

Unkritische Zuneigung zum American Way of TV-Life ist jedoch durchaus unangemessen, wenngleich auf ihre berechtigten Dimensionen noch einzugehen sein wird. Denn wer sich in der BRD als fortschrittlich zu präsentieren gedenkt, kommt auch heute oftmals nicht umhin, seine zutiefst empfundene Abscheu gegenüber der alltäglichen Ideologie-Produktion in Reagan-Country gelegentlich durchschimmern zu lassen.

Dies aber geschieht oft mit jener selbstbewußten Form von Ignoranz, die sich auch durch Tatsachen nicht von einer einmal gebildeten Meinung abbringen läßt. Richtig ist also, daß auf dem US-Medien-Markt Schund in solchen Mengen angeboten wird, daß bundesdeutsche Prüfstellen gar nicht mit der Indizierung nachkämen. Gewalt und Sex in übelster Form, Unterhaltungsblätter und -programme von himmelschreiender Dürftigkeit: In den USA sind sie zu haben — zu jeder Tages- und Nachtzeit, in nahezu jedem Bundesstaat, in luxuriöser und in billiger Aufmachung, reaktionär oder nihilistisch oder einfach bloß blöd. Selbstverständlich haben auch in den USA die trivialsten Programme den größten Zuspruch, aber das kennen wir von „Dallas“ und „Der große Preis“. Daß sich Boulevard besser verkauft als Bildung, BILD besser als der Bundesanzeiger, ist aus deutschen Landen so vertraut, daß es nur besonders einfältigen Agitatoren ein Argument gegen die Medienkultur der USA liefern kann, wenn sich ebendort die Entsprechung findet.

Tatsache ist auch, daß das amerikanische Mediengeschehen länger und stärker kommerziell ist als in der Bundesrepublik. So nahm die erste nicht-kommerzielle Fernsehstation der USA (KUHT — Houston) 1953 den Betrieb auf — als experi-

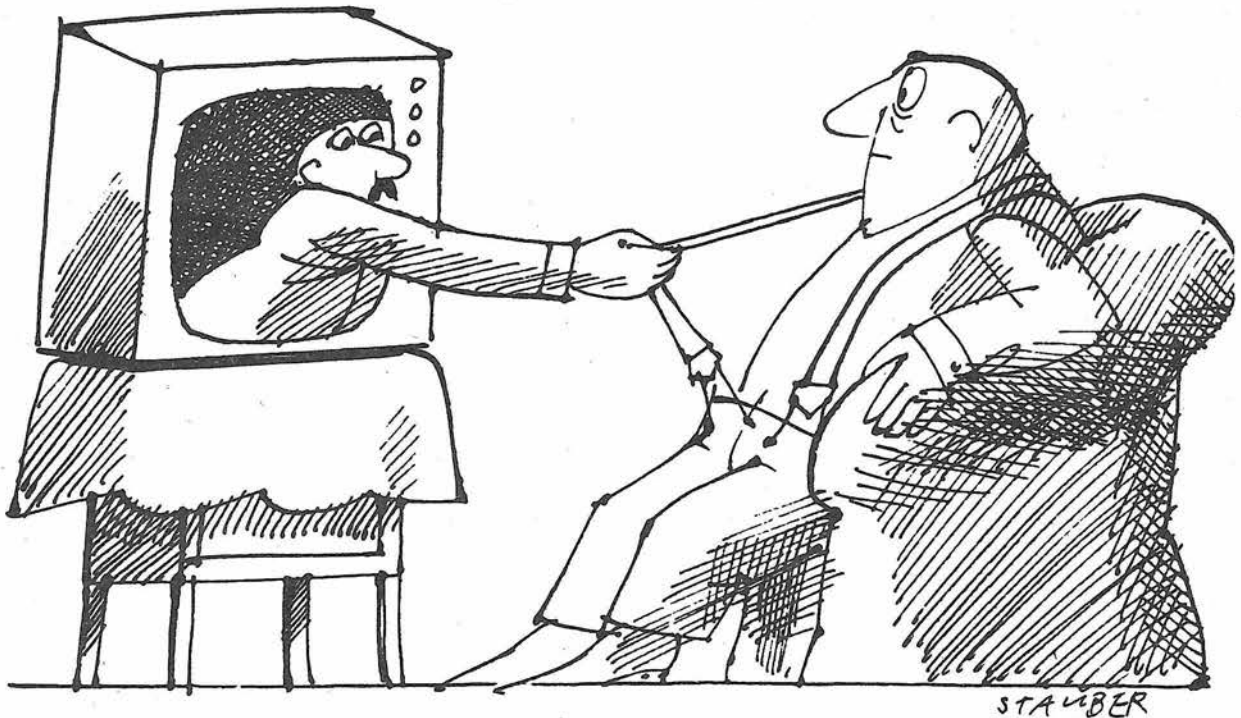
mentelle Insel in einem Meer kommerzieller Situationen. Und selbst bei diesen „Public TV“-Stationen gibt es einen erzwungenen Trend zur Kommerzialisierung. Denn die Finanzierung der Sender gestaltet sich schwieriger, seit — in der Amtszeit Reagans — die öffentlichen Zuschüsse reduziert werden.

Damit funktioniert die klassische Finanzierung, bei der der Staat auf jeden dem Sender gespendeten Dollar seinerseits zwei oder drei Dollar drauflegte, nicht mehr. Neben den Spenden der Zuhörer oder Zuschauer gab es zwar auch noch Zuwendungen der großen Stiftungen — allein die Ford-Foundation hat seit den 50er Jahren über eine Viertelmilliarde Dollar an die Sender gegeben — doch reichen tut dies offenkundig nicht mehr.

Der erzwungene Schritt zur Kommerzialisierung ist die Aufnahme von Werbung in das Programm. In diesen Wochen geht ein auf achtzehn Monate angelegter Versuch zuende, der es zehn der knapp 300 Public-TV-Stationen erlaubte, bis zu vier Minuten Werbung pro Stunde auszustrahlen. Allerdings durfte diese Werbung der Programm-Sponsoren keine Produktwerbung sein, und sie muß am Anfang oder Ende der Sendung stehen.

Anders bei den kommerziellen Anstalten: Sie dürfen bis zu neunzehn Minuten pro Stunde werben und dabei auch das Programm nach belieben unterbrechen. Beliebt sind diese Unterbrechungen durchaus nicht. Zwar haben sich die TV-Konsumenten längst auf die „breaks“ eingestellt, um auf's Klo oder an den Kühlschrank zu gehen, doch ziehen die neuen Angebote der Pay-TV-Programme (Abonnentenfernsehen) einen beträchtlichen Teil ihrer Attraktivität daraus, daß hier die Filme nicht unterbrochen werden.

Obwohl die großen Fernsehnetze ABC, CBS und NBC also an die Kabelgesellschaften Kunden verlieren, steigen die Preise für Werbeeinblendungen ins Alpträumhafte: bis zu 450.000 Dollar, also nahezu 1,5 Millionen Mark werden für einen Spot von dreißig Sekunden (!) Länge in der besten Sendezeit verlangt — und bezahlt. Seit 1976 haben sich die Preise mehr als verdoppelt, kein Wunder also,



daß das Werbefernsehen Milliarden umsetzt. Der Kampf um diesen Markt ist hart.

Da die großen Networks ihr Geld ausschließlich aus den Werbeeinnahmen beziehen, sind sie selbstverständlich vor allem daran interessiert, die werbende Industrie bei Laune zu halten. Und dafür ist weniger die Qualität als vielmehr die Popularität eines Programms entscheidend. Hohe Einschaltquoten sind der Maßstab. Hohe Einschaltquoten total, hohe Einschaltquoten bei Frauen, bei Männern, bei Haushalten mit einem Einkommen von über soundsoviel Dollar, bei Kindern unter 14, bei Erwachsenen zwischen 21 und 35 usw. Ein Blick in VARIETY, das Wochenblatt des Entertainment-Business, zeigt, woraus es ankommt: zielgruppengerechte Programmangebote mit hoher und höchster Popularität.

Es liegt auf der Hand, daß das Primat der Attraktivität auf die formale und inhaltliche Gestaltung auch seriös gedachter Sendungen durchschlägt: Moderatoren der News-Shows werden manchmal eher wegen ihres vermuteten Sex-Appeals eingekauft als wegen ihrer journalistischen Kompetenz.

Nachrichten werden nicht gesprochen, sie werden verkauft. Und dies übrigens nicht nur an den Zuschauer. Der Trend im amerikanischen Rundfunk geht nicht nur in Richtung Monopolisierung, er geht auch in Richtung Zentralisierung: die lokalen TV- und Radio-Stationen werden mit zentral zusammengestellten Programmen bedient, die lediglich mit lokalen Elementen versetzt werden.

Vorläufiger Höhepunkt derartiger Zuliefererei, die sich der journalistischen Bearbeitung zunehmend entzieht, ist das RNC-Network gewesen. RNC steht für Republican National Convention, den

Konvent der Regierungspartei in Dallas. RNC-Network, eigens zu diesem Zweck gegründet, lieferte den lokalen Stationen Live-Berichte vom Parteitag, kostenlos und sendefertig.

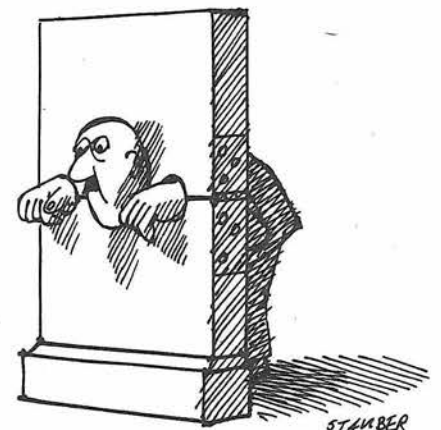
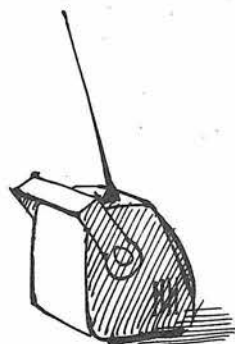
Auf diese Art Programm zu machen, ist natürlich auch für bundesdeutsche Rundfunkjournalisten keine freudig stimmende Zukunftsperspektive. Doch was immer wieder den Neid auf sich zieht, ist die Flexibilität der Amerikaner, die vergleichsweise geringe Bürokratisierung, die größere Lockerheit, die sich wohlthuend von dem Verkündigungsstil der hiesigen Nachrichtensprecher abhebt, die Schnelligkeit, mit der auf ein Ereignis reagiert wird, und auch die beachtliche Unabhängigkeit von der Politik, die in den großen Gesellschaften besteht.

„Ausgewogenheit“ öffentlich-rechtliches Totschlagargument Nr. 1, ist in privaten Rundfunkgesellschaften schlecht einzuklagen. Und da Hofberichterstattung langweilig ist und mithin die Zuschauerbeteiligung absinken ließe, wird sie nicht mit solch außergewöhnlichen Hingabe betrieben wie etwa in Bonn.

Für die US-Presse gilt gleichfalls, daß sie sich geschäftlichen Gesetzen unterworfen sieht. Konkurrierende Blätter werden nach Möglichkeit aufgekauft und eingestellt, weil sie einem auf den begrenzten Inserate-Märkten sonst bloß Scherereien machen. Was sich nicht rentiert, das wird auch nicht gemacht. Neue Ideen werden realisiert, wenn sie sich verkaufen lassen. Die neue Technik ließ sich gut an die Verlage verkaufen, weil sie sich rentiert, weil sie Setzer arbeitslos macht.

Neue Technik schafft aber auch ein paar neue Jobs, weil USA TODAY, eine neue US-Tageszeitung im seriös gestylten Boulevard-Mantel, nicht ohne Satelliten-Übertragung an 15 Druckorten gegründet worden wäre. Das Blatt, von dem seit einigen Wochen auch eine Europa-Ausgabe produziert wird, hat bei den Journalisten der Washington Post oder der New York Times den von McDonalds abgeleiteten Spitznamen McPaper.

Dabei sind diese beiden bestbeleideten Blätter durchaus nicht die Papier gewordene heile Welt des Journalismus. So mußte die WASHINGTON POST ein-



räumen, daß die Geschichte über einen achtjährigen Heroinhändler, deren Autorin dafür den begehrten Pulitzer-Preis erhalten hatte, erfunden war. Die nachfolgende Debatte, ob möglicherweise erst die erfundene Story die Wirklichkeit angemessen spiegelt, besser jedenfalls als die täglichen Polizeiberichte, mochte von der Blamage nichts wegzunehmen. Und auch die altherwürdige NEW YORK TIMES fiel auf einen freien Mitarbeiter rein, der — wie die WELT berichtete — „aus dem sicheren Spanien eine haarsträubende Geschichte über Kambodscha geschickt hatte, die zum größten Teil aus einem Roman von André Malraux stammte“.

Das ist jeweils unschön, gegen die Hitler-Tagebücher ist es wie ein Fliegenreck.

Eine andere Kritik knüpft am alltäglichen Erscheinungsbild der Blätter an: Nicht nur in der kiloschweren Sonntagsausgabe sind derart viele Anzeigen, daß es oftmals schwer fällt, die redaktionellen Beiträge zu finden. Das ist allerdings eine reine Übungssache. NYT- und WP-Leser dürften sich diese Kulturtechnik längst angeeignet haben.

Es gibt bislang auch keinerlei Anzeichen dafür, daß man sich das Erlernen dieser Technik sparen könnte. Denn trotz neuer Medien wächst das Zeitungsanzeigengeschäft beträchtlich. Von 20 auf 24 Milliarden US-Dollar ist der Umfang des Anzeigengeschäftes gegenüber dem Vorjahr gestiegen, meldet die FAZ unter Berufung auf den Vorsitzenden des amerikanischen Zeitungsverleger-Verbandes ANPA.

Doch gute Umsätze schützen nicht vor Schließungen und Verkäufen. Verschiedene Tageszeitungen haben in den letzten Monaten dicht gemacht oder den Eigner gewechselt oder erst gewechselt und dann geschlossen. Oftmals ist die Schließung das Resultat nicht stattfindender Einigung zwischen Verlag und Mitarbeitern über den Umfang von Rationalisierungen und Entlassungen, mal sind es auch schlichte „Bereinigungen“ der Marktlage.

Andererseits sind solide Finanzen auch die Voraussetzung für redaktionelle Unabhängigkeit und einen gewissen publizistischen Mut. Wer unverzüglich von seinen Anzeigenkunden unter Druck gesetzt werden kann, der wird sich kaum eine kritische Story abringen.

Die bei uns wohl bekanntesten Beispiele für solch unabhängigen Journalismus sind auch unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten: Natürlich ist eine tolle Geschichte, die ein Blatt exklusiv hat, auch ein Mittel, die Auflage und damit dann auch die Erlöse, mittelbar auch die Anzeigenerlöse, zu steigern. Doch die tolle Story war zunächst ja durchaus nicht abzusehen, als Woodward und Bernstein sich an die Recherchen zu einem

Einbruch in einem Hotel- und Bürokomplex namens Watergate machten. Daß sie dennoch wochen- und monatelang diesen Recherchen nachgehen konnten, hat damit zu tun, daß das Blatt sich dies leisten konnte.

Bevor die NEW YORK TIMES die ihr von Daniel Ellsberg, einem Mitarbeiter des State Department, zugespielten Pentagon Papers über das US-amerikanische Engagement in Vietnam veröffentlichte, sperrte sie ein ziemlich großes Team von Journalisten in einem ruhigen Hotel auf dem Lande für ziemlich viele Tage ein: Es waren Times-Mitarbeiter, die die Papers für die Veröffentlichung vorbereiteten. Ein solches Unternehmen verschlingt riesige Summen.

Und selbst die vergleichsweise lumpigen 1.000 Dollar, die einmal pro Tag zu

sondern um Vor- und Nachteile der US-Medien, nun ein Blick auf einige Zeitschriften.

Die amerikanische Frauenbewegung hatte in MS schon eine monatliche Illustrierte, als an Emma und Courage oder gar deren Pleite niemand zu denken wagte. Und in MOTHER JONES werden seit Jahr und Tag kritische Analysen und Berichte veröffentlicht, die das Blatt zu einer Art Hauspostille der class of 68 machen.

Während die Münchener TRANSATLANTIK sich von der Monats- zur Vierteljahresschrift (rück-) entwickelt, blüht das Vorbild, der NEW YORKER. Diese Mischung aus Stadtzeitung, Programmagazin, Literaturzeitschrift und Politikjournal, garniert ausschließlich mit Karikaturen (Cartoons!) — und Anzeigen natürlich



zahlen waren, als ein Journalist in Beugehaft genommen wurde, weil er eine Quelle nicht preisgeben gedachte, kann sich nicht jedes Lokalblatt leisten.

Eine andere Sache ist es, daß in den Tageszeitungen des amerikanischen Durchschnittsbürgers, der ja durchaus nicht die TIMES oder die POST liest, Europa eigentlich nicht vorkommt. Daß solche Defizite in der Berichterstattung zu einer eigentümlichen Verzerrung des Weltbildes beitragen, ist evident.

Und daß es einen Präsidenten gibt, der nur dank der unerläßlichen Besuche bei Bündnispartnern mitbekommt, daß es westlich der UdSSR durchaus bemerkenswerte Landstriche gibt, ist um so peinlicher, als es ja sowohl in des amtierenden Präsidenten Heimatstaat Kalifornien — etwa mit der LOS ANGELES TIMES — als auch an seinem gegenwärtigen Arbeitsplatz mit der zitierten WASHINGTON POST Blätter genug gäbe, die den Mangel der Gazetten des wilden Journalismus-Westens nicht kennen. Da es hier aber nicht um die Mängel des Präsidenten geht,

— ist für die gut verdienenden und aufgeklärten New Yorker gedacht, wo immer sie leben mögen. Hier veröffentlichte Jonathan Schell übrigens seine Studie über die Wirkungen des Atomkriegs.

In New York bliebe — neben dem spanischsprachigen TV-Programm für Puertorikaner (wer denkt eigentlich an den TV-Kanal für Türken in Deutschland?) — noch VILLAGE VOICE zu nennen. Das Blatt wurde in den 50er Jahren gegründet als ein Blatt der New Yorker Literaten, der jungen Intelligenz, der Boheme von Greenwich Village.

Die VOICE war und ist eine kritikfreudige, freche Zeitung, die mit ausgezeichneten recherchierten Berichten aus der Kommunalpolitik die Verantwortlichen nervös machen kann. Das Blatt gehört zu den meistzitierten Stimmen der Kunstkritik — und vor ein paar Jahren wurde es verkauft.

Auch das gehört zu den Mechanismen der imperialistischen Desinformation: daß man noch die schärfste Oppositionszeitung kapitalistisch vermarktet.

liberale drucksachen – Herausgeber Norbert Mann:

Wie oft in der Politik findet gegenwärtig eine wichtige innenpolitische Entwicklung nicht zuletzt aufgrund anderer Reizthemen wie z.B. dem maschinenlesbaren Personalausweis beinahe ohne öffentliche Diskussion statt. Gemeint ist die Einführung des Zentralen Verkehrsinformationssystems des Kraftfahrt-Bundesamtes in Flensburg, ZEVIS, sozusagen Zimmermanns Zauberformel für den „gläsernen“ Autofahrer, wie der Stern vom 26.10.84 treffend titelte.

Seit Mitte der siebziger Jahre ist das Kraftfahrt-Bundesamt, einer der größten EDV-Anwender der Bundesverwaltung, damit befaßt, seine personenbezogenen Dateien durch die Installation von ZEVIS zusammenzuschließen, so daß mit jeder Abfrage der Zugriff auf den gesamten Datenbestand ermöglicht wird. So beschloß im Februar 1978 der Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz (das sind die Leiter der Polizeiabteilungen der Innenministerien) einen Verbund von INPOL, dem polizeilichen Informationssystem, mit ZEVIS herzustellen. ZEVIS wird damit zu einem aufschlußreichen Anwendungsfall für die On-Line-Anschlüsse zwischen Polizei und anderen Behörden-dateien.

Seit Beginn der Projektierung von ZEVIS warnen die Datenschutzbeauftragten vor dem Ausbau und der Benutzung dieses Systems wegen der damit für die Bürgerinnen und Bürger verbundenen Gefahren, so z.B. die baden-württembergische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Dr. Ruth Leuze, noch in einer Stellungnahme vom 3. August 1984 an das Innenministerium in Stuttgart und den Bundesminister für Verkehr.

Datenschutz, wieder einmal ein Alibi?

Für die Datenschützer soll stellvertretend der Bundesbeauftragte für den Datenschutz zitiert werden. So heißt es im Sechsten Tätigkeitsbericht zum 1. Januar 1984 (Seite 25):

„Ich habe bereits 1980 in meinem Zweiten Tätigkeitsbericht und erneut in meinem Fünften Tätigkeitsbericht darauf hingewiesen, daß ich den Übergang zum Dauerbetrieb – und dieser wurde mit dem Eintritt in die Aufbauphase vollzogen – nicht für zulässig halte, solange die notwendigen Rechtsgrundlagen fehlen. Die bereichsspezifische Rechtsgrundlage für Auskünfte über Kraftfahrzeughalter, § 26 Abs. 5 StVZO, besteht nur für die örtlichen Zulassungsstellen und gestattet nur

ZEVIS – ein heimlicher Schritt in den Überwachungsstaat?

Einzelauskünfte. Auch unter Rückgriff auf § 10 BDSG ist ein Online-Anschluß nicht zu rechtfertigen, weil die nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 BDSG damit verbundene Übermittlung des gesamten Datenbestandes nicht erforderlich ist.

Der Eintritt in die Aufbauphase und der vorgesehene vollständige Ausbau bis zum Jahre 1984 machte deutlich, daß anscheinend nicht oder nicht mehr die Absicht bestand, die Entscheidung des Gesetzgebers abzuwarten, um die Systemplanungen an den Vorgaben des Gesetzgebers zu orientieren; vielmehr dürfte der Ausbau vollständig vollzogen sein, wenn sich der Deutsche Bundestag anlässlich eines entsprechenden Gesetzentwurfes mit der Angelegenheit befaßt. Abgesehen von der Gefahr, daß der Gesetzgeber präjudiziert wird, ist diese Verfahrensweise aus der Sicht des Datenschutzes nicht zu akzeptieren.“

Wie unser oberster Datenschützer weiter ausführt, war die Pilotphase Ende 1982 abgeschlossen. Bereits im November 1983 war annähernd die Hälfte aller zulassungspflichtigen Fahrzeuge gespeichert. Neben diesen gegenwärtig ca. 16 Millionen Fahrzeugen enthält das System auch die Grunddaten der im Verkehrszentralregister eingetragenen Personen. Nach dem Plan des Bundesverkehrsministers soll nun nachträglich durch eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes der Aufbau dieses gigantischen Zentralcomputers legalisiert werden. Hier noch einmal zwei wichtige Datenschutzargumente gegen ZEVIS: – Das automatische Abrufverfahren (Direktzugriff im On-Line-Anschluß) ermöglicht in weniger als 10 Sekunden ohne vorherige Kontrolle der die Daten bereithaltenden Behörde den Abruf des Datenbestandes aus ZEVIS. Aus der Perspektive des Betroffenen ist es für die Tatsache der Übermittlung entscheidend, daß der Empfänger den ungehinderten und jederzeitigen sekundenschnellen Zugang zu den Daten hat, d.h. die zum automatischen Abruf bereitgehaltenen Daten gelten bereits mit der Einrichtung des On-Line-Anschlusses als übermittelt. – Ein On-Line-Anschluß ist danach unzulässig, wenn nicht der gesamte Daten-

bestand übermittelt werden darf. Polizei- und Sicherheitsbehörden benötigen jedoch niemals zwingend zur Erfüllung ihrer Aufgaben jedes bereitgehaltene Datum. Aus diesem Grunde sind die On-Line-Anschlüsse dieser Behörden bezüglich ZEVIS unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes rechtswidrig. Die Gefahr für die Rechte der Betroffenen erhöht sich noch dadurch, daß der Bürger in den meisten Fällen von der Tatsache der Abfrage nichts erfährt, da ein Anhalten des Fahrzeuges zur Durchführung der Kontrolle nicht erforderlich ist.

Übrigens sind sich die Datenschutzfachleute darin einig, daß bei ca. 550.000 On-Line-Anfragen pro Monat (so eine Schätzung des KBA von September 1983) Datenschutz durch Protokollierung nicht sinnvoll zu verwirklichen ist, ganz abgesehen von den Gefahren von „Paralldataeten“.

Das Bild des zahnlosen Datenschutzes rundet sich ab, wenn man weiß, daß der Bundesbeauftragte die Bedenken ge-



Norbert Mann: „Ein On-Line-Anschluß ist unzulässig“

gen ZEVIS am 29.6.1983 den Bundesministern für Verkehr und Inneres mitgeteilt hat, offensichtlich ohne jede Auswirkung auf das weitere Handeln der Exekutive bei der Einführung dieses Systems.

Schlägt endlich einmal eine Datenschutzstunde für den Bundes- tag?

Nach dem Fiasko mit den einstimmig noch in der 9. Legislaturperiode verabschiedeten Gesetzentwürfen zur Volkszählung und zum maschinenlesbaren Personalausweis, richten sich die Erwartungen nun an das Parlament. Die Fraktion der Grünen hat die ZEVIS-Problematik

Ende Oktober zum Gegenstand einer Großen Anfrage gemacht. Zur Erhellung der ZEVIS-Hintergründe und -Risiken nur einige wenige Fragen daraus:

„Das Bundesverfassungsgericht verlangt angesichts der Gefahr der automatischen Datenverarbeitung die informationelle Gewaltenteilung. Es lehnt den Datenverbund von verschiedenen Behörden, so technisch sinnvoll und effektiv er auch sein mag, grundsätzlich ab. Wie kann nach Ansicht der Bundesregierung diese informationelle Gewaltenteilung aufrechterhalten werden bei der Einrichtung von automatischen Abrufverfahren...?“

Bedeutet die Tatsache, daß die Bundesregierung ungeachtet der vielen Beanstandungen die ursprüngliche Planung, technische Struktur und den Ausbau des Systems weitergeführt hat, daß sie entschlossen ist, ZEVIS in jedem Fall entsprechend den Bedürfnissen und Wünschen der Benutzer, insbesondere des Bundeskriminalamtes und anderer Polizei- und Sicherheitsbehörden durchzusetzen und vom Gesetzgeber erwartet, daß er die praktischen Vorgaben und Wünsche der Exekutive legalisiert?

Der maschinenlesbare Personalausweis verliert durch die Absage der EG-Länder an fälschungssichere und maschinenlesbare Personalausweise und Europapässe und durch die beabsichtigte Öffnung der Grenzen zum westlichen Ausland als Kontrollmittel an Bedeutung. Soll ZEVIS diesen Kontrollverlust ausgleichen?“

Wie führt doch das Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil so treffend aus (Seite 45):

„Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß.“

Und was führte noch unser Verfassungsminister Zimmermann in seiner Grundsatzrede am Anfang der Legislaturperiode vor dem Innenausschuß des Bundestages unter Hinweis auf die wichtigen Aufgaben der „Gewährleistung der inneren Sicherheit und damit des Rechtsfriedens“ aus?

„Das entscheidende Defizit in diesem Bereich besteht darin..., daß das Rechtsbewußtsein in Teilen der Bevölkerung erheblich gelitten hat.“

Die Bürgerinnen und Bürger dürfen mit Spannung darauf warten, wie es um das Rechtsbewußtsein unserer christlich-liberalen Regierung und der sie tragenden Bundestagsmehrheit bezüglich der nicht einmal ein Jahr alten Rechtsprechung unseres höchsten Gerichts bestellt ist.

Liebe Leserinnen und Leser der „liberalen drucksachen“,

„Sie sind wohl so etwas ähnliches wie der Datenschutzbeauftragte?“ – Diese Frage wurde mir gestellt, als ich über die Einführung polizeilicher Geheimagenten sprach und das Memorandum der Humanistischen Union dazu vorstellte. Wie kommt es, daß der Humanistischen Union Aufgaben eines Bürgerrechtsbeauftragten zugedacht werden?

Wir in der Humanistischen Union wissen, daß die Freiheitsrechte nur Bestand haben, wenn Massen oder wenigstens aktive Minderheiten mit Phantasie und Engagement für diese Rechte kämpfen. Das fällt keinem in den Schoß. Deshalb bemühen wir uns in der Humanistischen Union, jede Einschränkung von Freiheitsrechten zu beobachten – sei es durch Gesetz, durch Verwaltungspraxis oder durch technische Veränderungen. Wir machen solche Vorgänge öffentlich, um Druck und Protest zu erzeugen.

Eine permanente Bürgerinitiative wie die Humanistische Union lebt davon, daß Menschen bereit sind, für die politischen und persönlichen Freiheiten einzutreten oder mindestens diese Arbeit zu unterstützen. Die Humanistische Union braucht aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie braucht aber auch Mitglieder, die durch ihre Mitgliedschaft und ihren Beitrag diese Arbeit ermöglichen; uns und unserer Arbeit hilft auch eine solche Solidar-Mitgliedschaft. Unser monatlicher Beitrag (DM 10,-) ist viel geringer als das, was beispielsweise die politischen Parteien verlangen.

Neben spontanen Bürgerinitiativen ist die stetige Arbeit einer Bürgerrechtsvereinigung das verbindende Element zwischen punktuellen Aktionen. Solche Aktionen wiederum beleben unsere Arbeit. Das in Ein-Punkt-Aktionen entfachte Feuer darf nicht verglimmen!

Bitte prüfen Sie, ob Sie uns unterstützen können. Die Humanistische Union ist keine bloße Ansammlung von Honoratioren. Fördern Sie die Humanistische Union durch Ihre Mitgliedschaft, fordern Sie Unterlagen an: HUMANISTISCHE UNION, Bräuhäusstraße 2, 8000 München 2.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Jürgen Seifert
Bundesvorsitzender der
HUMANISTISCHEN UNION

Prof. Dr. Ulrich Klug
ehem. Vorsitzender
HUMANISTISCHEN UNION

Beitrittserklärung zur Humanistischen Union e.V. Bundesgeschäftsstelle: Bräuhäusstraße 2, 8000 München 2

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur HUMANISTISCHEN UNION.

Ich bin bereit, bis auf Widerruf einen Jahresbeitrag von DM* zu überweisen.

Der Jahresbeitrag ist jeweils am Jahresbeginn fällig.

Name, Vorname:

Geburtsdatum:

Beruf:

Anschrift:

Ich möchte dem Ortsverband angehören.

Ort, Datum/Unterschrift:

* Regelbeitrag 120 DM pro Jahr (Studenten 36 DM), Ermäßigung auf Antrag möglich. Die Humanistische Union ist als gemeinnützig anerkannt; alle Beiträge und Spenden können deshalb von der Steuer abgesetzt werden.

Im Gespräch: Klaus Lipps

Klaus Lipps, 43, ist seit mehr als fünfzehn Jahren Lehrer. Am Richard-Wagner-Gymnasium in Baden-Baden unterrichtet er Französisch und Sport. Seit zehn Jahren strengt die baden-württembergische Landesregierung immer neue Verfahren an, ihn aus dem Schuldienst zu entlassen. Einziger Vorwurf: Mitgliedschaft in der DKP. Vier Prozesse hat Klaus Lipps in der Zwischenzeit gewonnen, ein fünftes Verfahren ist vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim anhängig. Lipps war von seinen bisherigen Richtern zugute gehalten worden, daß er nur „einfaches“ Mitglied der DKP sei. Die liberalen drucksachen sprachen mit Lipps über seinen „Fall“, die Berufsverbotspraxis im allgemeinen und über Möglichkeiten der Gegenwehr.

Am 6. Oktober dieses Jahr stieg im „Alten Bahnhof“ in Baden-Baden ein ungewöhnliches Fest. „Grad z'leid“* sagten 600 Gäste und feierten einen Teilerfolg: Zehn Jahre lang konnte der Vollzug des Berufsverbotes gegen Klaus Lipps verhindert werden. „Wir wollten einen Punkt setzen in der demokratischen Bewegung“, erläutert Klaus Lipps den Hintergrund des Festes, „daß, wenn nicht der Sieg, so doch Erfolge möglich sind im Kampf gegen die Berufsverbote“.

Mit 300 Besuchern hatten die Veranstalter – zwei lokale Berufsverbotsinitiativen aus Baden-Baden und dem benachbarten Bühl – gerechnet; daß schließlich doppelt so viele kamen, um das fünfstündige Programm mit Zigeuner-Jazz, Reggae, politischem Kabarett und kurzen Ansprachen mitzuerleben, freute besonders – wie auch der Umstand, daß sich über hundert Leute gemeldet hatten, um bei der Vorbereitung und Durchführung des Festes zu helfen.

An einer Stelle des Festes, erzählt Klaus Lipps, kam auch Betroffenheit auf: „Das war, als zwanzig anwesende Berufsverbotsopfer auf die Bühne geholt und ihre Fälle kurz vorgestellt wurden“. Dabei wurde deutlich, wie verschieden die einzelnen Fälle sind. Neben DKP-Mitgliedern trifft die Radikalenjagd Parteilose, wird neben dem faktischen Verbot der Berufsausübung schon die Beendigung der Ausbildung im öffentlichen Dienst verboten, gibt es Disziplinarmaßnahmen gegen politisch unbequeme Lehrer. Als beispielhaft gilt Lipps die Strafversetzung des Hauptschullehrers Klaus Schwarz aus Achern/Baden. Dem war eine Schulentlassfeier, in der seine Schüler gemeinsam Erarbeitetes zum Thema Frieden vorgelesen hatten, zum Verhängnis geworden. Der bisher erfolgreiche Widerstand gegen

die Entlassung von Klaus Lipps sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der Berufsverbote-Kurs auf Bundesebene und in den Unions-regierten Ländern verschärft hat.

„Seit dem für sie positiven Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gegen den Postbeamten Hans Meister, versucht die Bundesregierung jetzt alle DKP-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen“, beschreibt Lipps die Lage.

Gleichzeitig aber hat sich in jüngster Zeit das öffentliche Klima zugunsten der-

„Im Kampf gegen

Berufsverbote sind Erfolge möglich“

jenigen geändert, die gegen die Berufsverbote ankämpfen. „Die Flick-Affäre hat gerade bei Jugendlichen das Problembewußtsein verschärft: Viele unterscheiden jetzt zwischen denen, die sich nicht klein-kriegen lassen, und denen, die gekauft sind.“

Konkreter Widerstand entwickelt sich meist an der Person, die vom Berufsverbot betroffen ist. Klaus Lipps nennt seinen eigenen Fall typisch. Zunächst setzen sich Freunde, Schüler, Eltern, Kollegen aus persönlicher Betroffenheit mit dem Problem auseinander; wenn das Berufsverbotsopfer den Kampf offensiv führt, politisiert sich der Widerstand. „Das Lesen des Grundgesetzes“, erinnert er sich, „und der dann angestellte Vergleich zwischen Verfassungsversprechen und Verfassungswirklichkeit ist dabei ein entscheidender Schritt“.

Die Berufsverbotepraxis, sagt Lipps, hat sich Ende der siebziger Jahre gewandelt. Einerseits haben die Regierungen in Bund und Land eine „taktische Frontbe-gradigung“ vorgenommen. Anders als in der Anfangszeit, als auch linke Sozialdemokraten und vereinzelt Linksliberale betroffen waren, wurden die eigentlichen Berufsverbote auf die DKP und ihr „Umfeld“ beschränkt. „Dafür ist das Instrumentarium an Disziplinarmaßnahmen zur politischen Einschüchterung ausgebaut worden“.

Klaus Lipps nennt Beispiele: „Bei der Bundespost laufen derzeit Dutzende Sicherheitsanhörungen; davon sind kaum noch Kommunisten betroffen“. In Böblingen wurde 160 Lehrern mit Disziplinarmaßnahmen gedroht, nachdem diese sich

in einer Zeitungsanzeige gegen die Nachrüstung ausgesprochen hatten; in Ulm wurde gleiches 100 Lehrern angedroht, die einen Aufruf zur Bildung der Menschenkette von Stuttgart nach Ulm unterschrieben hatten.

Mit dem Aufrüstungskurs gehen veränderte ideologische Feindbilder einher. Die Vorwürfe, die den von Berufsverbot Betroffenen öffentlich gemacht werden, haben sich gewandelt. „Man bezichtigt uns nicht mehr, ‚Verfassungsfeind‘ zu sein; stattdessen sind wir jetzt als angebliche potentielle Spione und Agenten ein ‚Sicherheitsrisiko‘“. – Für Klaus Lipps ein Zeichen für Kriegsvorbereitung.

Mit der wachsenden Gefährdung des Friedens ist das personelle Reservoir für Berufsverbote-Widerstand geringer geworden. Viele haben das Schwergewicht ihrer Arbeit in den letzten Jahren in den Bereich „Frieden“ verlegt. Der Landeskoordinierungsausschuß gegen Berufsverbote hat viel von seinem früheren Gewicht verloren, der Widerstand hat sich auf lokale Aktivitäten zurückverlagert.

Andererseits hat die Friedensbewegung das ansprechbare Potential für den Kampf gegen Berufsverbote enorm vergrößert. Das gilt gerade auch für Gewerkschafts- und SPD-Mitglieder. Auch konkrete Erfolge sind sichtbar: In Hessen sind seit Bestehen des rot-grünen Bündnisses keine neuen Berufsverbotsfälle aufgetreten, einige alte Verfahren wurden bereinigt. In den Ländern, in denen die SPD über die absolute Mehrheit verfügt, gilt dies leider noch nicht.

Viele Rechnungen der Berufsverbote, sagt Lipps, sind nicht aufgegangen. Weder die Linken noch die Bevölkerung insgesamt konnten auf Dauer eingeschüchtert werden. In diesem „Stellungskrieg“ komme es nun darauf an, durchzuhalten und immer wieder neu zu mobilisieren. Eine der Perspektiven von Klaus Lipps: Dazu beitragen, daß der Verschleiß der Kohl-Regierung weiter so rasch voranschreitet und bei der nächsten Bundestagswahl eine politische Mehrheit vorhanden sein wird, „die aufgrund der öffentlichen Erwartungen keine Berufsverbote mehr praktizieren kann“.

Sein eigenes Schicksal wie das der anderen Betroffenen sieht er von der allgemeinen Entwicklung abhängig. Die Anti-Berufsverbote-Bewegung könne dabei ihren Beitrag zum Sturz der Rechtskoalition leisten, nämlich „aufzeigen, daß die Berufsverbote sind, die die Demokratie zerstören. Und daß dahinter dieselben Kräfte und Interessen wirken, wie schon einmal: Flick und Co.“

Wolfgang Froese

* bedeutet so viel wie „alles zum Trotz“, „jetzt erst recht“.

„DER WILLE VON MILLIONEN....“

Die Aufgabe der Friedensbewegung nach dem Beginn der Stationierung

von William Borm*

Nach Beginn der Aufstellung amerikanischer Pershing II-Raketen auf unserem Territorium fragte mich einer der bekannten Scharfmacher hämisch: „Was hat nun Ihre ganze Betriebsamkeit genützt?“ Meine Antwort: „Derzeit noch nichts, wir halten die Raketen für ein Unrecht. So wenig ein Staat Kriminalität hinnehmen kann, so sehr er sich dagegen wehrt, wehren auch wir uns. Wir haben nämlich ein Gewissen!“ Er blieb verständnislos, denn für Politiker seines Schlages ist Gewissen hinderlich.

treibt sie? Die Zukunft wird es erweisen, wenn anders die zwei Deutschland von Frankfurt am Main bis Frankfurt an der Oder als der atomare Kriegsschauplatz überhaupt noch eine Zukunft haben. Die DDR ist abhängig. Wir kritisieren das zu Recht. Warum begeben wir uns in die gleiche Abhängigkeit? Freiwillig!

Wie wird ein Krieg vorbereitet?

Wir unterschätzen keineswegs unsere Widersacher. Nach zwei Weltkriegen aber kennen wir die Methoden, mit denen die

Die Wechselwirkung zur Innenpolitik liegt auf der Hand: auch dort ist der Kommunismus der Buhmann. Wer der Vernunft das Wort redet und Alternativen politischer Art anbietet, wird wie eh und je verleumdet als Parteigänger Moskaus, als blinder Tor, als Verräter des Vaterlandes.

Wir vergessen nicht, daß Weimar zugrunde ging durch den Radikalismus von rechts, und wir vergessen ebenso wenig die Entstehung und die Folgen zweier Weltkriege. Bereits diese Kriege wurden mit schrecklichen Waffen geführt, die der heutige Sprachgebrauch schönfärberisch als konventionell bezeichnet. Die Masse der Politiker lebt noch in den Anschauungen der Vergangenheit und verfährt nach den Instrumentarien und Methoden von vorgestern. Sie wollen vergessen machen, daß die Technik den Soldaten heute Geräte an die Hand gegeben hat, die nicht mehr als Waffen zu bezeichnen sind. Es sind Massenvernichtungsmaschinen, entstanden aus geistiger Verwirrung. Die Wissenschaft wird schamlos ausgenutzt. Wer hat also seinen Verstand bewahrt? Wir oder unsere Widersacher?

Verwandelte Welt

Die Technik hat in unserem Jahrhundert den Globus nachhaltiger verändert, als je eine Epoche zuvor. Und dieser Prozeß setzt sich unaufhaltsam fort.

In unserem Europa drängt sich die Entwicklung zusammen. Die Zeit der auf sich gestellten Nationalstaaten mit ihren eigenen ökonomischen und machtpolitischen Möglichkeiten ist endgültig abgelaufen. An ihre Stelle sind regionale Zusammenschlüsse getreten: EG und NATO einerseits – COMECON und Warschauer Pakt andererseits. Die Politiker begreifen nicht, daß die regionalen Zusammenschlüsse, die an die Stelle der Nationalstaaten getreten sind, eine völlig andere Qualität darstellen. Sie glauben, sie müßten sich verhalten nach dem Rezept von vorgestern. Deswegen geht es im Westen mit dem Zusammenwachsen nicht voran, denn keiner will von seinen fragwürdig gewordenen Kompetenzen auch nur das Geringste hergeben. Das Resultat ist: Resignation und Lethargie. Nutznießer dieses Zustandes sind die USA, denn sie können je nach eigener Interessenlage jeden gegen jeden ausspielen – mit Zuckerbrot und



William Borm: „Wir kennen die Methoden, mit denen die Völker im Interesse weniger aufeinander gehetzt werden“

Unverzeihlich ist es, daß es bei uns verantwortliche Machthaber gibt – dies im Sinne des Tragens von Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk – die eifertig und dienstbeflissen das eigene Territorium als Aufmarschgebiet zur Verfügung stellen und es damit der Vernichtung anheimgeben, wann immer es fremden Politikern gefällt. Denn auf deren Entschlüsse haben sie sich obendrein noch des eigenen Einflusses untätigst begeben. Was

Völker im Interesse weniger gegeneinander gehetzt werden. Zunächst wird ein Feind gesucht, dann dessen Angriffslust ständig lauthals verkündet, welcher nur durch eigene Waffenstärke zu begegnen sei. Dieser Feind war vor 1914 Frankreich und vor 1939 die Sowjetunion. Bis heute noch ist der vulgäre Antikommunismus – Thomas Mann nannte ihn die Grundtorheit unseres Jahrhunderts – die Konstante bundesrepublikanischer Außenpolitik.

* Gekürzte Fassung eines Redebeitrags von William Borm auf dem Vierten Forum der Krefelder Initiative am 8. September 1984 in Dortmund.



Bonn,
20. Oktober

Aufnahmen:
Helmut W. Lindner



Vom Friedensherbst
1984



Peitsche. Hierorts will man das Volk glauben machen, daß die amerikanischen Soldaten nur zu unserem Schutz hier seien, in Wahrheit verteidigen sie über den ganzen Erdball hinweg ihre eigenen Interessen, zugegebenermaßen konzentriert in Europa. Europa bräche nicht zusammen, wenn außereuropäische Soldaten hier nicht massiert wären. Wir Europäer müßten dann der Tatsache Rechnung tragen, daß im Zeichen der Massenvernichtungsmittel der Friede durch *Soldaten allein nicht mehr gesichert werden kann*, es bedarf einer Politik, durch die nicht zuletzt durch ökonomische enge Verflechtung für jeden Aggressor der Schaden, den er selbst im Kriegsfall erleidet, um ein Vielfaches den fragwürdigen Nutzen übersteigen würde.

Was muß geschehen?

Wehklagen nutzt nichts. Wohl aber müssen wir uns in großen Umrissen klar werden über die wirklichen Menschheitsaufgaben, die überlagert werden durch den Lärm um das Verhältnis zwischen Ost und West, zwischen den beiden antagonistischen Gesellschaftssystemen.

Unser kapitalistisches System ist ein System des Ich. Das östliche sozialistische System bekennt sich zum Miteinander, zum Wir. Vorläufig noch ist es kaum mehr als ein Bekenntnis. Hier scheiden sich die Geister! Wollen wir in der Innenpolitik aller Staaten den sozialen Ausgleich, wollen wir ihn weltweit und sind wir bereit, das durchzusetzen, dann entfiele ein heute wesentlicher Anreiz zum Kriegführen. Es besteht ein unlösbarer Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik: imperiale Außenpolitik schließt eine soziale Innenpolitik aus, eine restriktive Innenpolitik begünstigt imperiale Außenpolitik.

Gerechtigkeit ist die unerläßliche Voraussetzung für wahren Frieden. Wo nach einem Krieg Frieden geschlossen wird als Siegerdiktat, ist dieser Friede nie von Dauer. Wo im Innern kein sozialer Friede das Zusammenleben bestimmt, steht ständig wachsender Streit ins Haus.

Zwar hat die französische Revolution in Europa der Feudalherrschaft ein Ende gesetzt, auf dem ökonomischen Gebiet aber steht der Kapitalfeudalismus nach wie vor in Blüte. Es fehlt noch immer die ökonomische Emanzipation, die Friedrich Naumann forderte, wenn er aus *Industrie-untertanen Industriebürger* machen wollte.

Und im globalen Maßstab? 60 Millionen Menschen verhungern jährlich vor unseren Augen. West und Ost schauen ungeührt zu. 40.000 Kinder sterben täglich! Wie lange noch? Der Gegensatz zwischen West und Ost überschattet alles und dennoch ist er künstlich aufgebauscht. Der Gegensatz zwischen Nord und Süd jedoch, zwischen *Überfluß und Hunger*, ist

eine Schande! Die Rivalität zwischen den gesellschaftlichen Systemen in Ost und West aber ist ebensowenig durch Gewalt zu lösen, wie das Gefälle zwischen dem relativen Überfluß in den Industrieländern und dem Hungertod in der Dritten Welt gewaltsam beendet werden kann. Und nun der *Widersinn*: Es wird im Höchsttempo vorgerüstet und nachgerüstet, dies in nicht endender Serie unter Berufung auf die Rüstungen der jeweils anderen Seite. Ist das überhaupt noch aufzuhalten? Ist die Katastrophe unausweichlich? Wo ist der Hebel anzusetzen? *Dies ist die Frage, deren Beantwortung über den Sinn unserer gemeinsamen Anstrengungen und deren Erfolgsmöglichkeiten entscheidet.*

Die heutige Ausgangslage

Die Raketen werden installiert. Wir müssen uns neu formieren. Wir müssen kleinteilig gewordenen Freunden neue Ziele weisen, wir müssen weitere Millionen unserer Mitbürger neu gewinnen, sie müssen zu uns Vertrauen fassen als Sachwalter ihrer Interessen.

Das früher beherrschende Thema „Aufstellung oder nicht“ war für jedermann leicht einsichtig und akut, es mußte also beim Start die Parole sein. Nachdem die Regierenden ihren Willen gegen die Mehrheit durchgesetzt haben, erweist sich die seinerzeitige Parole als für heute wesentlich zu kurz gegriffen. Der Kampf um einen dauerhaften und gesicherten Frieden muß *nach innen und außen* geführt werden. Dabei wiederhole ich den Grundsatz: *Friede kann angesichts der Massenvernichtungsmittel in erster Linie nur mehr politisch gesichert werden.* Diese einfache Parole muß in das Bewußtsein der Bürger eingehämmert werden, bis sie deren Tun bestimmt. *Plebiszitäre Möglichkeiten müssen geschaffen werden, damit ein für vier Jahre gewähltes Parlament sich während dieser Zeit nicht von den Bürgern absetzen und eine demokratische Diktatur ausüben kann.*

Außenpolitisch heißt das: die ständige Drohung mit Gewalt, mit Massenmord und Selbstmord führt zwangsläufig früher oder später den gemeinsamen Untergang herbei.

So wie der Weg zum Polizeistaat innenpolitisch der Weg zur Revolution ist, ebenso ist außenpolitisch die Überrüstung der Weg zum Krieg. Seit 600 v.Chr., so haben Gelehrte herausgefunden, wurde 1.656 Mal versucht, durch Wettrüsten den Frieden zu bewahren. Dies führte 1.640 Mal zum Krieg und in den anderen Fällen zum wirtschaftlichen Ruin der Beteiligten. Wenn wir weitermachen wie bisher, dann setzen wir den Reigen fort. *Wir aber wollen den Frieden sichern.* Wir kämpfen nicht nur gegen die Atomraketen, wir kämpfen gleichermaßen gegen Reaktion und Mißachtung des Willens der Bevölke-

rung. Ohne eine alles umfassende Demokratie gibt es keinen Frieden.

Soweit die Theorie! Theorie aber bleibt Gedankenspielererei, wenn nicht praktiziert wird. Zur Praxis aber gehört Geld, gehört viel Geld, wenn gegen interessegebundene etablierte Mächte der Friede in Freiheit durchgesetzt werden soll. *Und dieses Geld können wir haben, wenn wir es nur wollen.* So wie die katholische Kirche mit dem Peterspfennig Reichtümer angesammelt hat, so sollten wir einen *Friedenspfennig* erheben, ein Scherflein nur für den Frieden. Eine halbe DM monatlich entspricht dem Gegenwert von zwei Zigaretten, d.h. alle 13 Tage noch nicht einmal eine einzige Zigarette weniger, das reicht hin zur Abwehr des Massenmordes. Wir haben nämlich den Vorteil der großen Zahl: 5 Millionen Freunde* bringen bei monatlich einer halben DM jährlich 30 Millionen DM auf! Damit wird eine Lawine ausgelöst. Lassen wir die Modalitäten der Durchführung völlig beiseite und fragen wir uns nur, was damit bewerkstelligt werden könnte.

Man könnte

1. ein- bis zweimal im Jahr *alle* Friedensfreunde zu einem „*Parlament des Friedens*“ einberufen, das Strategien zu beraten und zu beschließen hätte;
2. nach *einheitlichem Muster* ständig in den Medien für uns und unsere Ziele werben und aufklären;
3. an Ort und Stelle laufend individuelle Einzelaktionen durchführen, alles zusammen flächendeckend;
4. die von dem unvergessenen Bundespräsidenten Gustav Heinemann initiierte *Friedensforschung* reichlich alimentieren, nachdem diese Institute bezeichnenderweise von den Regierenden ausgehungert werden;
5. *internationale Verbindungen* nachhaltig pflegen, um über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus Erfahrungen auszutauschen und sich abzustimmen, damit unser Europa nicht für fremde Interessen geopfert wird.

Was könnte man nicht noch alles? Aber schon, wenn man sich auf die vorgetragenen Möglichkeiten beschränkt, sähe es um den Frieden in Europa wesentlich besser aus, auch in Rückwirkung auf den Bundestag.

Zum Abschluß noch dieses: Von Anfang bis zum Ende hängt alles nur von unserem Willen ab, deswegen sollten wir unsere Arbeit unter das Motto stellen:

**Der Wille von Millionen
ist stärker als Kanonen!**

* Unterzeichner des „Krefelder Appells“, Anm. der Redaktion

"DIE EIGENEN MÖGLICHKEITEN SIND GERINGER GEWORDEN"

liberale drucksachen: Sie gehörten noch auf dem letzten LD-Bundesparteitag zu den Verfechtern einer eigenständigen Wahlteilnahme der LD bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Nun haben Sie erfolgreich auf einer offenen Liste der Grünen kandidiert. Kein Widerspruch für Sie? *Heiner Jüttner:* Ich bin nicht für eine Wahlbeteiligung überall und um jeden Preis. Meiner Überzeugung nach gehört es aber zum Wesen einer Partei, an Wahlen teilzunehmen. Deshalb bin ich auch dafür gewesen, bei der Europawahl anzutreten. Jedoch muß man sich sehr wohl Gedanken machen über die Form, Ziele und Chancen einer Wahlbeteiligung. Nachdem die LD weder zur Bundestagswahl noch zur Europawahl angetreten waren, stellte sich zudem die Ausgangsposition für uns in Aachen schlechter als gedacht dar.

Uns wäre ein gleichberechtigtes Bündnis mit den Grünen lieber gewesen, darauf hatten wir auch hingearbeitet. Bei den Grünen ist das allerdings mit knapper Mehrheit abgelehnt worden. Wir haben dann Bedingungen fixiert, unter denen wir uns an einer offenen grünen Liste beteiligen und auf eine eigenständige Kandidatur verzichten würden.

liberale drucksachen: Was waren das für Bedingungen?

Heiner Jüttner: Wir wollten erreichen und haben durchgesetzt: 1. eine angemessene personelle Berücksichtigung mit einem Ratsmitglied und einem Bezirksvertreter und die Besetzung von 6 der insgesamt 30 Wahlkreise; 2. Übereinstimmung im Programm; 3. keine Rotation für LD-Mitglieder (die es dann insgesamt nicht gab); 4. unangetastete Eigenständigkeit der LD in kommunalpolitischer Hinsicht und 5. keine Fremdbestimmung durch eine grüne Mitgliederversammlung.

liberale drucksachen: Beruhte also die Entscheidung zur Zusammenarbeit mit einer anderen politischen Kraft im wesentlichen auf den lokalen Verhältnissen in Aachen?

Heiner Jüttner: Vor allem, aber nicht nur. Auch die Einschätzung der LD-Zukunftschancen hat sich gewandelt. Die Begeisterungsfähigkeit und der Einsatz der Mitglieder, auch die Spendenfreudigkeit, sind geringer geworden. Bei manchen ist inzwischen einfach die Luft raus. Bei unserer Entscheidung für diese Form der Kandidatur – sie fiel mit einer 2/3-Mehrheit – haben wohl auch die geringer gewordenen

eigenen Möglichkeiten eine Rolle gespielt. *liberale drucksachen:* Einmal grundsätzlicher gefragt: Ist die Realisierung fortschrittlich-liberaler Vorstellungen überhaupt auf die parlamentarische Präsenz von Liberalen angewiesen? Schließlich sind liberale Errungenschaften in der Regel außerhalb von Parlamenten erkämpft



Heiner Jüttner: „nicht um jeden Preis“

und von diesen nur noch abgesegnet worden. Muß nicht angesichts der knappen „personellen Ressourcen“ eine Konzentration auf die außerparlamentarische Arbeit erfolgen?

Heiner Jüttner: Die Frage ist nicht gene-

rell beantwortbar. Es muß eher die Entscheidung jedes einzelnen sein, ob er seine Priorität nun bei der parlamentarischen oder der außerparlamentarischen Arbeit sieht.

Resonanz und Erfolg von Parteien hängen meiner Erfahrung nach zu wesentlichen Teilen von den Medien ab. Und eine parlamentarische Vertretung erhöht nun einmal die Chancen, seine Vorstellungen in den Medien vertreten zu sehen. Auf jeden Fall ist die Durchsetzung liberaler Ziele gegen Parlamente bedeutend schwieriger als in Parlamenten.

liberale drucksachen: Sehen Sie nicht einen Widerspruch zwischen Ihrem postulierten Vorrang für parlamentarische Arbeit und dem, was der LD-Bundesparteitag in Kassel* beschlossen hat?

Heiner Jüttner: Die LD in Aachen stehen nicht voll hinter dem, was in Kassel verabschiedet wurde. Wir lehnen insbesondere die in Kassel deutlich gewordene Einnengung auf liberale Kleinarbeit im vorparlamentarischen Raum ab. Für uns ist das nämlich nur die eine Hälfte unseres Wirkens. Allerdings entfällt dieser Teil für uns nicht. So beteiligen wir uns selbstverständlich an Aktivitäten wie computerlesbarer Personalausweis oder Datenscheckheft und werden uns auch weiter eigenständig kommunalpolitisch profilieren. *liberale drucksachen:* Aber das Programm von Kassel bedeutet doch mehr als Datenscheckhefte zu vertreiben. Gedacht war an eine aktionsorientierte Programmarbeit, die an den Konflikten vor Ort ansetzt und die betroffenen Bürger aktiv miteinbezieht.

Heiner Jüttner: Die Notwendigkeit, aktuelle liberale Anliegen bürgernah und ideenreich zu bearbeiten, stelle ich gar nicht in Zweifel. Für uns Aachener kommt jedoch hinzu, daß wir jetzt die Möglichkeit haben, auch die breite Palette kommunaler Probleme im Stadtrat unmittelbar aufgreifen zu können. Sozusagen eine Neufassung der Zwei-Wege-Strategie. *liberale drucksachen:* Warum haben Sie sich nun gerade für die Grünen als kommunalpolitischen Partner entschieden? Weil sie derzeit wachstumsstärkter sind als alle anderen Parteien?

Heiner Jüttner: Zwei andere Punkte waren maßgebend: Zum einen war mit dem Angebot der offenen Liste die technische Möglichkeit der Zusammenarbeit gegeben. Zum anderen gibt es eine erhebliche

Zur Person

Dr. Heiner Jüttner, 43, arbeitet als Wirtschaftswissenschaftler an der TH Aachen. Von 1980 – '82 FDP-Kreisvorsitzender in Aachen; Gründungsmitglied der Liberalen Demokraten. Dem LD-Landesvorstand NRW gehört er seit der Gründung des Landesverbandes an, davon das erste Jahr als Landesvorsitzender.

Bei der Kommunalwahl 1984 auf einer offenen Liste der Grünen in den Rat der Stadt Aachen gewählt.

programmatische Übereinstimmung. Wir waren schließlich an der Programmausarbeitung beteiligt; seit Oktober '83 gab es dazu Arbeitsgruppen und Verhandlungen. *liberale drucksachen*: Was haben sich umgekehrt wohl die Grünen von einer Berücksichtigung Liberaler Demokraten auf ihrer Liste versprochen?

Heiner Jüttner: Ich kann mir zweierlei vorstellen: Unser Wählerpotential wurde in Aachen mit 2 % gehandelt, was auch damit zusammenhängt, daß mein Bekanntheitsgrad als ehemaliger FDP-Vorsitzender und Bundestagskandidat recht hoch war und die LD in der Öffentlichkeit als schlagkräftige Truppe in Erscheinung traten. Sodann wünschten sich bestimmte Kreise bei den Grünen wohl auch aus inhaltlichen Gründen eine Zusammenarbeit, z.B. wegen unserer größeren politischen Erfahrung, unserem sozialliberalen Profil und unserer pragmatischen Politikauffassung.

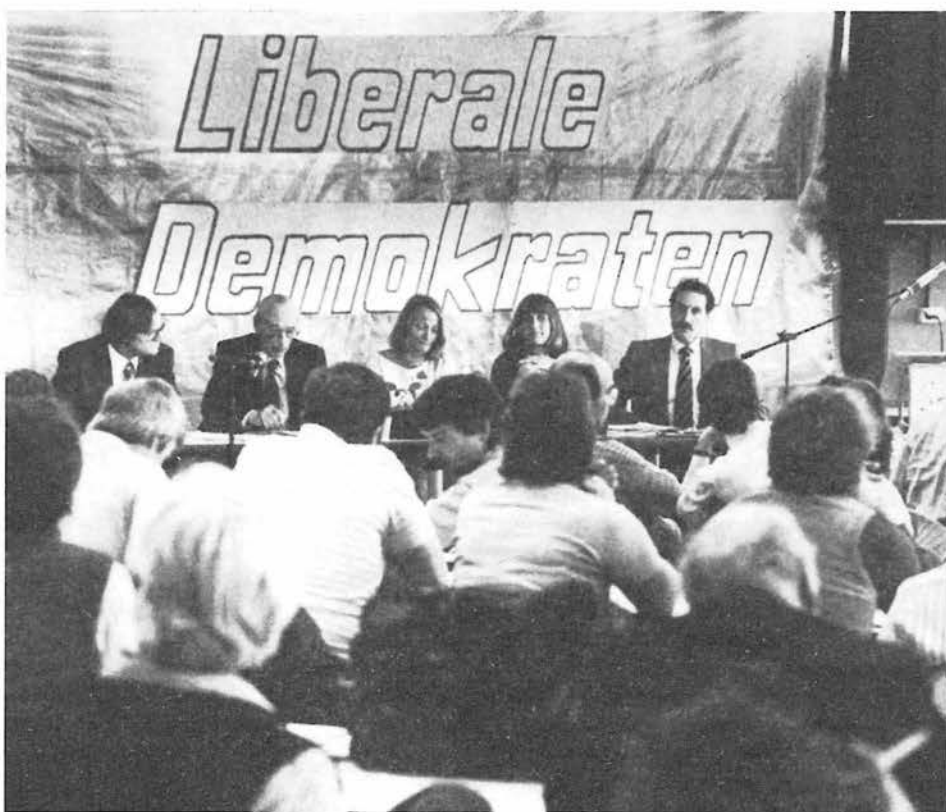
liberale drucksachen: Was glauben Sie, werden Sie nun an liberalen Vorstellungen mit den Grünen besonders gut verwirklichen können, was besonders schlecht?

Heiner Jüttner: Grundsätzlich gilt, daß unsere Zusammenarbeit relativ problemlos verläuft. Das hängt auch damit zusammen, daß die Grünen in Aachen in ihrer Mehrheit sehr sachbezogen arbeiten. In vielen Bereichen haben wir überhaupt keine Probleme. Zum Beispiel haben die LD Themen wie Haushalts- und Wirtschafts-

* Die Liberalen Demokraten beschloßen auf diesem Bundesparteitag, die weitere Arbeit an einem 10-Punkte-Katalog zu orientieren, den Theo Schiller vorgelegt hatte. Hierin wird u.a. festgestellt, daß es ernsthafte Aussichten auf überregionale Wahlerfolge nicht gebe. Kommunalwahlen bildeten je nach örtlicher Situation ein Sonderproblem.

Weiter heißt es: „Eine Weiterarbeit scheint nur dann sinnvoll, wenn die Zielsetzung und damit die Erfolgserwartung beschränkt wird auf das Ziel, einen Beitrag zur liberalen Meinungsbildung in der Öffentlichkeit zu leisten. Die LD konzentrieren sich also auf die liberale Kleinarbeit im vorparlamentarischen Raum . . .“

„Viele Probleme müssen von uns in liberaler Perspektive programmatisch neu aufgearbeitet werden; vor allem müssen liberale Lösungsvorschläge konkretisiert und lebensnah ausgestaltet werden. Diese Programmarbeit muß mit den Vermittlungsproblemen des Bürgerdialogs verknüpft sein. Was im Bürgergespräch nicht umgesetzt werden kann, ist wahrscheinlich nicht relevant genug oder nicht gut genug . . .“ (S. drucksachen 4/1984.)



Bundesparteitag der Liberalen Demokraten in Kassel: „Notwendigkeit, aktuelle Anliegen bürgernah und ideenreich zu bearbeiten“

politik oder Bürgermitwirkung im Wahlprogramm entscheidend geprägt. Schwieriger kann es da werden, wo die von einem Liberalen geforderte Toleranz es gebietet, gegenteilige Überzeugungen nicht nur zu dulden, sondern sogar Raum für sie zu schaffen.

liberale drucksachen: Wie eigenständig liberal wird Ihre Ratsarbeit denn ausfallen können? Anders gefragt: Wie stark sind Sie in grüne Strukturen und Zielvorstellungen eingebunden?

Heiner Jüttner: Gemeinsame und allseits akzeptierte Basis grün-liberaler Zusammenarbeit ist das Kommunalwahlprogramm, an dem wir mitgewirkt haben. In diesem Rahmen liegen unsere Grenzen eigentlich nur in unserer Argumentations- und Überzeugungsfähigkeit.

Für die erweiterte Fraktion, in der von LD-Seite außer mir auch Georg Dünnwald als Bezirksvertreter und drei Bürger-schaftsvertreter mitarbeiten, gilt ein imperatives Mandat durch das kommunalpolitische Forum, dem Grüne, Liberale Demokraten und Parteilose angehören. Das imperative Mandat selbst war für uns kein Problem; wir mußten nur dafür sorgen, an der Mandatserteilung beteiligt zu werden. *liberale drucksachen*: Ihre bisherigen Erfahrungen zusammengefaßt, was können Liberale von den Grünen – und was Grüne von Liberalen lernen?

Heiner Jüttner: Die Frage ist schwierig zu beantworten, weil die Grünen in sich sehr

heterogen sind – weit mehr als wir Liberalen Demokraten. Allgemein läßt sich vielleicht sagen, daß die Grünen uns einiges an Phantasie und emotionalem Engagement voraushaben; umgekehrt verfügen wir über mehr praktische Erfahrung, unser politisches Handeln ist mehr auf das Machbare ausgerichtet und unsere Fähigkeit zur Toleranz scheint besser ausgebildet zu sein.

liberale drucksachen: Können Sie sich vorstellen, daß die Liberalen Demokraten einmal nicht mehr notwendig sind, weil deren Ziele in und mit den Grünen durchgesetzt werden können?

Heiner Jüttner: Sicher nicht in Reinkultur. Nach der bisherigen Entwicklung der LD bin ich aber nicht mehr so uneingeschränkt von der Bedeutung und der Zukunft der Partei überzeugt, vor allem eben parlamentarisch.

Wir führen derzeit in Aachen diese Diskussion, wobei auch die Frage der Teilnahme an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen einfließen wird.

liberale drucksachen: Das heißt, daß für Sie die Existenz der Liberalen Demokraten als Partei nicht länger tabu ist?

Heiner Jüttner: Die Diskussion darüber darf nicht tabu sein. Zumal schon beim letzten LD-Bundesparteitag gesagt wurde, für das neue „10 Punkte-Programm“ brauche man nicht unbedingt eine Partei. (Das Gespräch mit Dr. Heiner Jüttner führte Wolfgang Froese.)

EINIGE FORDERUNGEN AUS DER SICHT EINES SOZIAL ENGAGIERTEN LIBERALEN AN DIE SPD

„Ein paar Forderungen aus der Sicht eines sozial engagierten Liberalen an das Programm der SPD“ (gekürzte Zusammenfassung des Schlußteils des Referats von Günter Verheugen vom 24. Oktober 1984 vor dem Gesprächskreis Politik und Wissenschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der vollständige Text erscheint demnächst als Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Friedens-, Sicherheits- und Außenpolitik

Hier können die Forderungen nur lauten: Fortsetzung einer konsequenten Entspannungspolitik als Voraussetzung zur Rüstungskontrolle und Abrüstung; Handeln und Verhandeln, wobei das Handeln sehr wohl auch in einzelnen einseitigen Vorleistungen zum Zwecke der Vertrauensbildung und der Wirkung von Verhandlungsbereitschaft bestehen kann. Aber nicht Handeln statt Verhandeln. Wir fordern gleichberechtigte Partnerschaft im westlichen Bündnis. Weltweite Abrüstung, also ein weltweit angelegter Abrüstungsdialog, für den es aber einzelne Zwischenschritte geben kann, schrittweiser Abbau aller Atomwaffen, Ächtung neuer Atomwaffen, Vernichtung der in der Bundesrepublik lagernden biologischen und chemischen Kampfstoffe, weltweite Ächtung dieser Waffen, Abbau der konventionellen Rüstung mit dem Ziel des Gleichgewichts, atomwaffenfreie Zonen in Europa nach dem Vorschlag der Palme-Kommission, Übergang zu einer rein defensiven Strategie. Es gehört dazu die ernsthafte Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung, aber es gehört auch dazu, daß man Unterschiede deutlich macht. Das Ja zur Landesverteidigung ist ein Stück sozialdemokratische Tradition, das sie sich schwer erkämpft hat und für das sie auch teuer bezahlt hat, und das sollte man nicht so ohne weiteres hergeben. Einschränkungen der Rüstungsexporte halte ich für erforderlich. Ich denke, daß wir uns als Deutsche darauf beschränken sollten, wenn überhaupt, dann nur in andere NATO-Staaten Rüstungsexport zu betreiben. Notwendig ist, daß wir eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik entwickeln. Wir fordern realen Verzicht zugunsten der Entwicklungsländer, d.h. ein wachsenden Teil unseres

Bruttosozialprodukts abzugeben an die Länder der Dritten Welt.

Mehr demokratische Qualität in Staat und Gesellschaft

Nicht wichtiger, doch wohl kontroverser sind die Forderungen im Bereich mehr demokratische Qualität in Staat und Gesellschaft. Dazu gehört für mich die Bereitschaft, den Bürgern mehr Möglichkeiten zur aktiven Mitarbeit einzuräumen durch Volksbegehren und Volksentscheid in Bund und Ländern, durch Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene, durch Absicherung der Verbandsbeteiligung und Einführung der Verbandsklage und durch die Fortentwicklung des Datenschutzes bis hin zur grundgesetzlichen Garantie des Datenschutzes. Humaner Umgang mit Minderheiten ist auch ein Stück demokratischer Qualität. Schutz der Minderheiten vor Diskriminierungen und Verfolgung ist daher, müßte daher Bestandteil sozialdemokratischer Programmatik sein, z.B. in den Forderungen im Strafvollzug, Verbesserung der Behandlung und Betreuung, Entwicklung von Alternativen zum bisherigen Vollzug, Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe, mehr Möglichkeiten für Strafaussetzung zur Bewährung, Streichung des § 175 und Abbau der darüber hinaus noch bestehenden gesellschaftlichen Diskriminierung der Homosexualität.

Gesetzliche Anerkennung neuer Formen des Zusammenlebens, also freier Partnerschaften durch Ausweitung des staatlichen Schutzes und Abbau von Diskriminierungen. Schritte mit Signalwirkung zur Herstellung wirklicher Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau wären nötig: Antidiskriminierungsgesetz, Gleichberechtigungskommission, Reform des § 218 im Sinne der Fristenregelung und Anrechnung von Erziehungsjahren bei der Altersversorgung der Frau.

Schließlich gehört zum Bereich der Humanität und Liberalität auch unser Umgang mit Ausländern. Der Aufenthaltsstatus im Ausländerrecht muß nach der Dauer des Aufenthalts gefestigt und die Einbürgerung erleichtert werden, der Nachzug der engsten Familienangehörigen kann nicht weiter begrenzt werden. Allerdings ist der Anwerbestopp aufrechtzuerhalten und illegale Einwanderung wirksam zu bekämpfen.

Ökologie und Ökonomie

Zu diesem Kapitel verweise ich auf die laufende Arbeit von Partei und Fraktion, dem habe ich hier nichts Neues hinzuzufügen. Wir haben uns schneller als erwartet, auch unter der Mithilfe der Gewerkschaften, aus dem unfruchtbaren Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie befreien können. Es ist nun Allgemeingut, daß ökologische Rücksicht ein Maßstab bei allem wirtschaftlichen Handeln sein kann und daß wir Umweltschutz nicht nur normativ durch Gebote und Verbote betreiben können, sondern daß Bewußtsein und Verhalten verändert werden müssen. Notwendig ist die Einbeziehung eines vorbeugenden Umweltschutzes in alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungen.

Eine Beteiligung der Beschäftigten an den Investitionsentscheidungsprozessen erhöht nicht nur den gesamtgesellschaftlichen Konsens, sondern führt dazu, daß Investitionen kritisch im Blick auf die verbraucherorientierten Folgen überprüft werden.

Zum Problem der Arbeitslosigkeit

Vollbeschäftigung muß als Einlösung eines sozialen Grundrechts verstanden werden und oberste Priorität genießen in der Wirtschaftspolitik des Staates, weil nur Erwerbstätigkeit einer großen Mehrheit der Bevölkerung die Sicherung ihrer Existenz in eigener Verantwortung ermöglicht.

Ohne Zweifel muß die generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit das entscheidende und am stärksten wirksame Instrument bleiben.

Die Tarifparteien könnten noch ein bißchen mehr Phantasie entwickeln bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und durch arbeitsverteilende Maßnahmen. Eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte flexible Arbeitszeit zum Beispiel, wäre ja nicht nur ein Beitrag zur Überwindung von Beschäftigungslosigkeit, sondern könnte auch ein wichtiger Beitrag zur Besserung der Humanisierung des Arbeitslebens sein. Gezielte Hilfen für kleinere und mittlere Betriebe: weil

Etwa 180 geladene Gäste – darunter prominente Vertreter der verschiedenen Richtungen der Sozialdemokratie sowie der Gewerkschaften (wie z.B. der DGB-Vorsitzende Breit), aber auch eine handvoll Sozialliberaler (u.a. William Borm und Prof. Ulrich Klug) – waren im Vortragssaal der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn versammelt, als Günter Verheugen zum Thema „Sozialer Liberalismus in Programm und Praxis der SPD“ referierte.

Der „Gesprächskreis Politik und Wissenschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, der zu dieser Veranstaltung (und zu einem anschließenden Empfang) eingeladen hatte, begleitet die Grundwerte- und Programmdiskussion der SPD mit Diskussions- und Vortragsveranstaltungen von und mit Politikern und Wissenschaftlern.

Von dem liberalen Günter Verheugen, der seit kurzem Mitglied der Grundwertekommission ist und dem Beraterkreis der Programmkommission der SPD angehört, wurde hier erwartet, daß er seine programmatischen Überlegungen an

Verheugen: „Liberalismus und Sozialismus sind nur scheinbare Gegensätze“

dem „Grundwert: Freiheit“ orientiert.

Günter Verheugen machte gleich zu Beginn seines Referates deutlich, daß er den immer wieder konstatierten Gegensatz von Freiheit und Gleichheit und die damit verbundene Einordnung von Liberalismus und Sozialismus als Gegensätze für nur scheinbar gegeben hält.

„Es gibt keinen abstrakten Wert Freiheit, . . . sondern nach meiner Überzeugung . . . kann Freiheit nur verwirklicht werden durch Gleichheit und Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Freiheit ist das Ziel.“

In seinem insgesamt eineinhalbstündigen Referat bezog Günter Verheugen diese These auf die verschiedenen Politikbereiche. Sein Resümee: „Sozialer Liberalismus ist für mich eine Tautologie“. Dem Einwand, daß die historische Ent-

wicklung dem widersprechen würde, begegnete Verheugen schlicht: „Mein Herz schlägt aber so!“

Heinz Rapp, Tagungsleiter und stellvertretender Vorsitzender der Programmkommission der SPD, kommentierte Verheugens Referat: „Du hast uns klar vor Augen geführt, was wir an Anstößen von den Genossinnen und Genossen zu bewältigen haben, die mit der Erfahrung des Sozialen Liberalismus im Rücken neu zu uns gestoßen sind.“ Und William Borm resümierte: „Das heutige Referat von Günter Verheugen zeigt, daß Sozialliberale in der SPD wirksam mitarbeiten können. Daher kann ich Liberalen nur empfehlen, nun die einzige Kraft zu stärken, die die Dinge noch einmal zum Besseren wenden kann, die Sozialdemokratie.“

MH

die große Mehrheit der Arbeitsplätze in diesen Betrieben angesiedelt ist, muß die staatliche Förderung sie auch tatsächlich erreichen.

Offenheit unseres Systems gegenüber neuen Unternehmensformen und alternativen Produktionsweisen. Die SPD beschäftigt sich mit diesem Thema, zweiter ökonomischer Weg, sie beschäftigt sich aber auch, was ich erfreulich finde, mehr und mehr mit der Frage, ob eine alte Unternehmensform nicht neu belebt werden kann: die Genossenschaften. Dezentral organisierte Genossenschaften im Bereich des Wohnungsbaus, der Wohnungsverwaltung, im Bereich des Umweltschutzes, aber auch im Produktions- und Distributionsbereich scheinen mir ein wichtiger Ansatzpunkt zu sein, den Sozialdemokraten mit langem Atem weiter verfolgen müssen. Die Pervertierung der Genossenschaftsidee in den heutigen offiziellen Genossenschaftsverbänden muß man ja nicht unbedingt hinnehmen.

Gesellschaftspolitik

Ein Bereich, in dem traditionell die Gegensätze zwischen Liberalismus und Sozialismus am stärksten gesehen wurden: Zur Rolle der Gewerkschaften: Sozialer Liberalismus erkennt und akzeptiert die unverzichtbare Bedeutung der Gewerkschaften in unserer Gesellschaft. Die Einheitsgewerkschaft ist unverzichtbar, solange die sozialen Strukturen so sind, wie sie bei uns sind. Die Arbeitnehmerinteressen müssen kollektiv vertreten werden.

Die Vorstellung, daß die einzelnen oder die Belegschaft eines Unternehmens sich einfach zusammenschließen können, um ihre Interessen wirkungsvoller zu vertreten, ist eine reine Illusion. Spätestens in dem Moment, wo man irgend etwas macht, was die Kampffähigkeit, die Wirksamkeiten der Gewerkschaften einschränkt, wird man erleben müssen, daß dies unmittelbare Auswirkungen auf die Rechte und Durchsetzungsmöglichkeiten des einzelnen hat.

Mitbestimmung ist das einzige Instrument, das wir haben, um demokratische Qualität in die Wirtschaft und die Gesellschaft hereinzubringen. Ich plädiere für ihre Ausdehnung, und das ist übrigens auch der Grund gewesen, warum ich bei den berühmten Freiburger Thesen gegen beide dort vorliegenden Mitbestimmungsmodelle gewesen bin, weil sie beide keine echten Fortschritte gebracht haben, sondern durch die Einführung des Faktors Disposition in eine ganz entscheidende Funktion bei der Mitbestimmung nur scheinbar eine Parität herbeigeführt haben. Paritätische Mitbestimmung ist das, was in den heutigen Grenzen der Verfassungsgesetzgebung möglich ist, wobei ich klar sagen möchte, daß ich diese Grenzen der Verfassungsrechtsprechung, nicht der gesetzlichen Verfassungsrechtsprechung, bedaure und dieses Urteil auch nicht für richtig halte. Innerhalb der Mitbestimmung sollte Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Selbstbestimmung des Arbeitnehmers, wenn es um seinen eigenen Arbeitsplatz, um die Arbeitsabläufe usw. geht, stärker eingeführt werden.

Zur Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gehört in meinen Augen auch ein neuer Anlauf in der Politik der Vermögensbildung, der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital. Da will ich nur einen originellen und leider nie praktisch erprobten Gedanken aus „unseren schönen Freiburger Thesen“ aufnehmen, den Gedanken der Arbeitsgesellschaft. Er geht davon aus, daß der Arbeitnehmer in einer Gesellschaft beteiligt ist an der Entscheidung des Unternehmens, an den Entscheidungsprozessen und am Ertrag des Unternehmens entsprechend einem eingelegten Kapital (Kapitalgesellschaft) oder einer in einen Kapitalwert umgerechneten eigenen Arbeitsleistung (Arbeitsgesellschaft).

Sozialpolitik

Auch hier standen sich nach herkömmlicher Auffassung absolut gegensätzliche Vorstellungen von demokratischem Sozialismus und sozialem Liberalismus entgegen. Die Sozialpolitik, die wir heute haben, ist in ihrer starken Ausprägung als kollektives Sicherungssystem entstanden aus dem Gegenmachtdenken der Arbeitnehmerschaft und ihrer Vertretungen. Ich glaube, daß dies notwendig und richtig war. Solidarsysteme müssen bleiben, gegen die existenziellen Risiken gibt es keine andere Absicherung als die in einem kollektiven Sicherungssystem. Allerdings muß man sich fragen, ob die erreichte Starrheit dieses Systems unbedingt erhalten werden muß, ob hier nicht Elemente

der Selbstbestimmung, der Selbsthilfe, ja ich wage sogar den schrecklichen Ausdruck „Wahlfreiheit“ zu gebrauchen, eingefügt werden können, wenn das für alle realisiert werden kann, also wenn da nicht wieder Privilegien für einzelne beziehungsweise Gruppen entstehen.

Reformbedürftig ist der Tatbestand, daß wir heute für gleiche Tatbestände ungleiche Regelungen haben in den verschiedenen Versicherungsbereichen, das ist der Teil des Systems der sozialen Sicherung, der aus der liberalen, mittelständisch orientierten Tradition kommt.

Ich habe vielleicht eine etwas seltsame Auffassung zur Arbeitslosenversicherung. Ich bin der Meinung, daß sie eine echte Versicherung sein sollte und deshalb in die Verantwortung der Tarifpartner zu übergeben ist. Während die Arbeitsförderung Sache des Staates ist, der Gesellschaft insgesamt, die sie aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu bezahlen hat.

Grundsätzlich muß gelten, daß die Rückführung der sozialen Sicherung auf eine bloße Grundsicherung, wie von der jetzigen Koalition zu hören, nicht akzeptiert werden kann. Eine hundertprozentige Vollversorgung gegenüber allen Risiken wäre zuviel, ein Mittelweg muß hier gefunden werden. Dazu gehört, daß sich niemand aus der Solidargemeinschaft herausstellen kann; dazu gehört aber auch, daß innerhalb der Solidargemeinschaft Alternativen zugelassen werden, z.B. Förderung kleiner Netze — ein moderner Begriff für Subsidiarität, also die Fähigkeit, sich selbst oder in kleineren Gruppen sich zu helfen —, Förderung von alternativen Hilfsformen durch Zuschüsse, Steuererleichterungen oder Einkommensübertragungen, dazu gehört der Abbau von Sozialbürokratien aller Art. Was allerdings, wie gesagt, nicht Rückkehr zu berufsständischen Organisationen bedeutet.

Zur Finanzierung will ich nur sagen: Der Umbau der Finanzierung des Systems der sozialen Sicherheit von der Lohnsummenbasis auf die Wertschöpfungsbasis ist eine nicht-verzichtbare Forderung.

Zum Schluß

Sozialer Liberalismus in und mit der SPD, das ist nach meiner bisherigen Erfahrung für beide Seiten ein guter und fruchtbarer Weg.

Zwischen Russenknechten und Reaganfans

Mockba + \$amaika

In der letzten Ausgabe der liberalen drucksachen berichtete Heinz-Hermann Storck über die Entwicklung der internationalen Jugendarbeit zwischen Washington und Moskau. Deutlich wurde dabei: Internationale Jugendarbeit im umfassenden Sinne kann sich nicht aus der allgemeinen politischen Entwicklung zwischen den Systemen „ausklinken“. Umsicht und ideologische Abgeklärtheit könnten aber, so der Autor in dieser Folge, verhindern, daß internationale Jugendverbände, soweit sie westeuropäisch zentriert sind, gänzlich in blockorientierte Fahrwasser geraten.

Vom 14. bis 15. Oktober 1980, also nach (und trotz!) der Besetzung Afghanistans, trafen sich in Budapest alle relevanten politischen Jugendorganisationen West- und Osteuropas (Ausnahme: Albanien) zur Gründung der „Gesamteuropäischen Jugend- und Studentenstruktur, AEYSC“ (All European Youth and Student Cooperation), die von den Westeuropäern als eine Vorstufe zu einem gesamteuropäischen Jugendwerk begriffen wurde. Es war kein gutes Omen, daß der rumänische Jugenddachverband sich weigerte, der Kooperation beizutreten, weil er die lediglich indirekte nationale Repräsentanz in dieser Struktur prinzipiell nicht akzeptieren wollte, denn sowohl die ideologischen Richtungsverbände als auch die Nationalkomitees waren ausschließlich über ihre westeuropäischen bzw. osteuropäischen Dachverbände mittelbar vertreten. Der rumänische Einwand, daß diese Konstellation eben nicht zum Abbau der Block-Konfrontation führen werde, erwies sich durchaus als heilsichtig. Über die ausgebliebene jugoslawische Beteiligung an der Struktur gibt es vielfältige Versionen. Die plausibelste ist wohl, daß die Osteuropäer an ihrer Beteiligung nicht interessiert waren und sie demnach auch in Budapest nicht betrieben. Hinzu kam und kommt die strukturelle Schwäche des jugoslawischen Jugenddachverbandes, die aus der nationalitätenbedingten Rotation resultiert. So hatten die Jugoslawen 1980 in Budapest auch intern keine klare politische Linie im Hinblick auf die Gesamteuropäische Jugendstruktur, die dann von den Westeuropäern hätte unterstützt werden können.

Wenngleich diese neue „Struktur“ noch nicht von den Signatarstaaten der KSZE-Schlußakte in dem Sinne offiziell anerkannt wurde, daß man ihre Aktivitäten *gemeinsam* finanziell gefördert hätte, entwickelte sich doch bis zum Dezem-

ber 1982 eine Vielfalt von Kooperationsformen (Kongresse, Seminare, Fachgespräche, polit-touristische Aktivitäten), die ca. 3.000 Jugendliche einbezogen. Aus Anlaß dieser Treffen wurden zahlreiche Schlußdokumente ausgearbeitet, die fraglos oftmals Formelkompromisse waren, die andererseits aber doch rationale Formen der wechselseitigen Auseinandersetzung „einschliffen“. Prozesse, die beiderseits der Systemgrenzen mittelfristig dann unübersehbare Spuren hinterlassen würden, wenn die Chance ihrer dauerhaften Fortsetzung bestünde. Diese konzeptionell positive Bewertung darf andererseits nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auf westeuropäischer Seite auch heftige Kritik an den Aktivitäten gab. Vor allem die mangelnde Jugendbezogenheit (Verlust der Basisnähe) aufgrund einer kräftigen Schlagseite zur „Jugenddiplomatie“ waren berechtigte Kritikpunkte, die eine „Popularisierung“ der Gesamteuropäischen Jugendstruktur nicht zuließen. Dennoch erschienen diese methodischen Mängel jedenfalls so weit lösbar, wie die unterschiedlichen pädagogischen Traditionen in der Jugendarbeit — und hier gibt es nicht nur Unterschiede zwischen Ost und West! — dies erwarten lassen konnten. Thematische Vielfalt war zudem garantiert. Die 3 „Körbe“ der KSZE-Schlußakte und ihre jugendpolitisch relevante Konkretisierung hätten dafür gesorgt, daß der Diskussionsstoff nicht ausging.

So rieb sich denn jeder, der an diesem Konkretisierungsprozeß beteiligt war, verwundert die Augen, wenn er gleichzeitig die sich zwischen 1980 und '82 zuspitzende internationale Situation in Rechnung stellte. Zwar nahm auch innerhalb der Gesamteuropäischen Jugendstruktur die Härte der ideologisch ambitionierten Konfrontation zu, aber existenziell stellte nur eine Gruppe die „Struktur“ in Frage, nämlich die der Europäischen Demokratischen Studenten (EDS), deren deutsche Dépendance ebenso wie in anderen westeuropäischen Staaten über wenig hochschulpolitische Relevanz verfügt: der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Diese Organisation hatte sich denn auch anläßlich einiger Aktivitäten in Stil und Inhalt derart marginalisiert (Stichwort: „Harlekin der Kalten Krieger“), daß ihr Austritt allseits als wohlthuende Erlösung registriert worden wäre. Andererseits wird man gerade selbstkritisch auch hinzufügen müssen, daß es den westeuropäischen

Jugendverbänden, die traditionell die Ost-West-Kontakte entspannungspolitisch motiviert vorantrieben, keine Selbstverständigung darüber gab, wie denn unter international „frostigeren“ Bedingungen die jugendpolitischen Kontakte auch im Rahmen der „Gesamteuropäischen Jugendstruktur“ weiter hätten forciert werden können – und welche Limitierungen hinzunehmen man zur Not bereit gewesen wäre. Der einfache Wunsch nach pluralistisch angelegtem Jugendaustausch reichte jedenfalls als Konzept nicht aus, um die „Struktur“ dauerhaft zu sichern. Ursächlich für dieses Manko war eine politisch zunehmend gravierender werdende Unsicherheit innerhalb der westeuropäischen Linken über die Gültigkeit des Konzeptes der Entspannungspolitik als solcher. Konkret wurde die Frage aufgeworfen, welchen Stellenwert die Verteidigung der Menschenrechte im Rahmen der Entspannungspolitik haben sollte. Exemplarisch war hier die Kontroverse über die Reaktion auf die Verhängung des Kriegsrechtes in Polen Ende 1981, die die Fraktion derjenigen stärkte, die die Entspannungspolitik als „Heilige Allianz“ der Herrschenden gegen die emanzipatorischen Bewegungen in ihren Völkern verdammt und darüber *objektiv* die Kräfte der Konfrontation stärkten, weil sie ihrerseits über ein praktikables, alternatives Konzept zur inter-systemaren Kooperation nicht verfügten.

Hinzu kam ferner, daß das Interesse speziell der Sowjets an einer gesamteuropäischen Jugendkooperation in dem Maße sank, in dem sie wegen Polen und vor allem wegen Afghanistan ständig „vorgeführt“ wurden. So waren denn auch die Signale zunehmender Unlust bei den Sowjets unübersehbar.

Unberührt davon entwickelten sich vornehmlich zwischen den kleineren westeuropäischen und den mittelosteuropäischen nationalen Jugendorganisationen neue, vielfältigste Kontakte, die im Zusammenhang mit und aus Anlaß von „Struktur“-Aktivitäten geknüpft wurden. Interessant war dabei, daß diese bilateralen Kontakte sich zunehmend jugendbezogener gestalteten. Und dies wohl deshalb, weil die Gesamteuropäische Jugendstruktur exemplarisch Regularien kodifiziert und – für politische Statements – Kompromißformeln festgelegt hatte, an die man sich auch auf bilateraler Ebene halten konnte. Das Dach der Gesamteuropäischen Jugendstruktur war sozusagen zur „Rückversicherungsinstanz“ geworden. Weniger isolationistische Kreise in Osteuropa wollten denn auch trotz aller internen Einwände und Zweifel eine Fortsetzung und den Ausbau der Aktivitäten.

Gesamteuropäischer Kladeradatsch

In dieser intern verunsicherten und allgemeinpolitisch polarisierten Gemengelage

wurde im Dezember 1982 auf dem 2. Konsultativtreffen aller Mitgliedsverbände in Nicosia (Zypern) ein von allen Beteiligten in seiner Sprengwirkung völlig unterschätzter Aufnahmeantrag des Europäischen Jüdischen Studentenverbandes, EUJS (European Union of Jewish Students), gestellt. Zwar konnte der europäische Bezug dieser Organisation im geografischen Sinne kaum bezweifelt werden, aber erst allmählich wurde jedermann klar, daß es sich hierbei nicht nur um die Organisation einer ethnischen, in der Vergangenheit immer wieder existenziell gefährdeten Minderheit handelte, sondern, schon allein wegen ihres religiösen Zentrums – Jerusalem –, auch um eine Organisation mit speziellen Bindungen und Interessen an die/der Existenz des Staates Israel, einschließlich seiner sozial-religiösen Formierung. Hier nun gerieten die streng pro-arabisch konditionierten Osteuropäer spätestens in dem Moment in die Bredouille, als die starke palästinensische Lobby in der weltweit organisierten Jugend-Internationalen, dem schon erwähnten Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ), ihren Anhang gegen die Aufnahme dieser „zionistischen Organisation“ mobilisierte. Da aber andererseits – außer einer politischen Selbstverpflichtung zu den Prinzipien der Helsinki-Schlußakte – kein Aufnahmekriterium für die Teilnahme an der Gesamteuropäischen Jugendstruktur existierte, gerieten nun ihrerseits die Westeuropäer unter Druck, weil sich keiner dem Vorwurf antisemitischen Ressentiments nachgegeben zu haben, aussetzen wollte und konnte. Lediglich das (bundesrepublikanische) Deutsche Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK) und die sozialistische Jugendinternationale (IUSY) versuchten in der verfahrenen Situation, innerhalb der Westeuropäer Kompromißlösungen durchzusetzen. In Nicosia jedoch ohne Erfolg. Und so endete dieser Kongreß – obwohl man sich quasi in Parallelverhandlungen auf ein gemeinsames Veranstaltungsprogramm für 1983 geeinigt hatte – in einem großen Kladeradatsch, dessen Scherben seitdem in mühevoller Kleinarbeit unter zunehmend schwierigeren allgemeinpolitischen Bedingungen aufgesammelt werden müssen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei auf westlicher Seite das Deutsche Nationalkomitee (DNK), das sich in Nicosia in letzter Minute verpflichtete, ein neues (außerordentliches) Konsultativtreffen vorzubereiten und auszurichten. Außerordentlich aktiv zeigen sich auch die Internationalen der liberalen (IFLRY) und der sozialistischen (IUSY) Jugend. Auf osteuropäischer Seite sind die Befürworter für eine Reetablierung der Gesamteuropäischen Jugendstruktur nicht offen erkennbar. Inoffiziell finden sich stark positive Gruppen innerhalb der Jugendorganisationen

Polens, Ungarns, der CSSR und vor allem der DDR.

Skepsis, manchmal aber auch vorsichtiger Optimismus erscheint angebracht, ob eine Revitalisierung gelingen könnte. In zähen Verhandlungen zeichnete sich bis vor kurzem eine Lösung des speziellen Aufnahmeproblems ab. Man diskutierte eine protokollarisch nicht notifizierte „effektive Beteiligung“ der jüdischen Studentenorganisation. Für diesen pragmatischen Weg hatte das DNK von praktisch allen beteiligten Organisationen „grünes Licht“ signalisiert bekommen. Alle diese Organisationen trafen sich Ende November auf einer Jugendkonferenz in Stockholm, die sich neben der KVAE-Problematik auch mit den gesamteuropäischen Jugendkontakten beschäftigte. Zu dieser Konferenz nun schwenkten die Sowjets erneut um 180 Grad und verhinderten jeglichen Kompromiß mit dem Argument, es dürften keine Störungen im Vorfeld der 12. Weltjugendfestspiele in Moskau geben. Selbst eine „effektive Beteiligung“ scheint man also auf sowjetischer Seite nicht den Palästinensern zumuten zu wollen, jedenfalls nicht vor dem Moskauer Festival. Es ist unschwer zu erkennen, daß mit dieser sowjetischen Entscheidung auf gesamteuropäischer Jugendebe pluralistische Strukturen auf absehbare Zeit gescheitert sind. Einflußreiche Kreise innerhalb der Sowjetunion aber auch innerhalb des Weltbundes Demokratischer Jugend (WBDJ) opponieren aus prinzipiellen Überlegungen gegen diese ideologisch nicht überschaubare Kooperationsform.

Die für die Gesamteuropäische Jugendstruktur konstitutive Idee ist damit in Frage gestellt.

Daß diese außerordentlich bedauerliche Entwicklung nicht unabhängig gesehen werden kann von den ungeklärten Machtverhältnissen zwischen der isolationistisch-dogmatisch orientierten Fraktion im Kreml und den Vertretern eines kooperativ-innovatorischen Kurses, liegt auf der Hand.

Aber Stillstand in den multilateralen gesamteuropäischen Beziehungen bedeutet spätestens dann Rückschritt, wenn auf die westeuropäische Jugendszene von jenseits des Atlantiks Kräfte einwirken, die internationale Jugendarbeit konzeptionell spiegelbildlich zu den ideologischen Betonköpfen in Osteuropa verstehen, nämlich ebenfalls Jugendarbeit nicht konzeptionell pluralistisch zu gestalten, sondern als Veranstaltung zur ideologischer Selbsterbauung unter Gleichgesinnten.

(Fortsetzung folgt)

(s. auch: „Keine Antwort“, Seite 6 in diesem Heft)

Zu Gast beim Kanzlerfest. Small talk auf allen Etagen. Leitende Gemüter in lockerer Runde: Raubtiere, einander umkreisend, ethische Formeln zuflüsternd.

Ein schüchterer Regierungsrat behauptet im Gespräch mit Herrn Ministerialdirigent Success, in der Bundesrepublik gebe es viele Menschen, die Angst vor der Zukunft hätten. Herr Success, wie aus der Pistole geschossen: Können Sie Zahlen nennen?

Zu fortgeschrittener Stunde, fest an der Hand ihres Gatten, wagt Frau Success-Göbel die Todesspirale. Im angeregten Gespräch über Euthanasie antwortet sie auf die Frage eines stattlichen Raubtiers, ob sie für die Tötung auf Verlangen sei: Ja, bitte.

Ein junger Hilfsreferent mit bester sokratischer Identität „Ich weiß, daß ich nicht weiß, wer ich bin“ – schmuggelt sich bei großen Anlässen stets an die Seite der Prominentesten. Die Pressefotos der folgenden Tage legt er seinen zahlreichen Freunden mit der immergleichen Frage vor: Erkennt ihr mich?

Bereits im Stadium der Altersmilde, läßt Ministerialrat Kalb sich gerne überzeugen. Andere Meinungen schätze er ebenso sehr wie die eigene, von der er meistens sagt, sie sei so unerheblich wie seine Wenigkeit selbst.

Im Blauen Salon ist ein neues Bonnmot zu erfahren. Das geht so: Wer ein Geheimnis nur unter der Bedingung weitergibt, die auch ihm gegolten hat, bevor er die geheime Sache erfuhr, nämlich unter der Bedingung äußersten Stillschweigens, der teilt im bonner Treibhaus eine Gepflogenheit mit offenbar so vielen Menschen, daß eigens ein Tätigkeitswort erfunden wurde: ich, du, er, sie, es – wir alle „indiskretionieren“.

An der Armbanduhr erkennt man, wie wichtig jemand die Zeit nimmt. Unter Regierungstreuen sind Uhren verbreitet, die an Funktionstüchtigkeit und Zuverlässigkeit ihre Träger weit überbieten. Oberamtmann Patzig trägt ein Fabrikat, das erst in stratosphärischen Höhen und dunkelsten Tiefen sein ganzes Können entfaltet. Erst unter x-Atmosphäre Überdruck und der Einwirkung größter Schläge und Stöße beweist das Uhrwerk seine wahre Größe. – Ganz schön stressig, sagt Patzig: wenn man, wie ich, nach der Uhr leben muß.

Ein ehemaliger südamerikanischer Diktator brüstet sich mit der Behauptung, er brauche nicht zu sprechen. Denn wenn er spräche, egal über was, würde er starke Argumente gegen sich selbst ins Feld führen. – Ja, eine Diktatur erläßt immer

auch das Diktat des Schweigens. Aber gibt es nicht auch eine Diktatur der Geschwätzigkeit, die wir leichtfertig Demokratie heißen?

*

Mir träumte, im Zuge der neuen „Rausländerpolitik“ der Bundesregierung sei dem Nervengas VX, amerikanischer Nationalität und seit Jahrzehnten seßhaft in der Pfalz, eine ansehnliche Rückkehrprämie angeboten worden.

Fünfhundert Tonnen des Giftgases in unserem Grund und Boden, das sei ein Quantum jenseits der Grenze des Erträgliches, sagte der Innenminister. „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland.“

Durch den Hinweis, mit der Rückkehr in die Vereinigten Staaten wäre es Hetzkampagnen, Verfolgungen und schließlich der Vernichtung durch aufgebrachte Ökopazifisten ausgesetzt, konnte

Fehlheilungen im Krankengut

das Nervengas VX den Status des politischen Asylanten für sich durchsetzen.

Deutschland, sagte der einsichtig gewordene Innenminister, dürfe sich kein zweites Mal an einem Holocaust schuldig machen, gleich, wem und wo immer er drohe.

Selbst dem Nachzug einer neuen Generation jenes Gases wurde jetzt stattgegeben. – Soweit mein Traum. Übrigens: Der Begriff der „Generation“ geht mehr und mehr von den Menschen weg und auf moderne Waffen über. Während wir Mutter und Tochter nicht mehr unterscheiden können – so gleich jung sehen sie auf den Fotos der Kosmetikindustrie aus, bricht der Generationenkonflikt unserer Tage zwischen Pershing I und Pershing II aus. Und kaum hat die Pershing zwei sich auf Kosten der Verschrottung Vatis durchgesetzt, schon meldet eine neue Generation von Waffen ihre Herrschaft über den Steuerzahler an: „geodynamische Raumpäher“, besser bekannt als „Killersatelliten“, versprechen uns neuerdings das Nonplusultra an Sicherheit. Da stellt sich in der Tat die hamletische Frage neu: „To be or NATO be?“

*

Menschen in bestem Alter. Aber sie gehen am Stock, humpeln, klagen über dauerhafte Schmerzen; einige sind an den Rollstuhl gefesselt. Eines haben sie gemeinsam. Sie alle waren Patienten eines namhaften norddeutschen Chirurgen.

Inzwischen hat sich eine achtzigköpfige Notgemeinschaft der Geschädigten gegründet. Man wirft dem Mediziner stümperhafte chirurgische Praxis vor und wird gegen ihn prozessieren.

Der Beschuldigte spricht im Fernsehen von „bedauerlichen Fehlheilungen“, deren Opfer die Menschen geworden seien.

In einem führenden Ärzteorgan nimmt der Chirurg in der Rubrik „In eigener Sache“ zu den Vorwürfen Stellung. Er schreibt:

Zum Glück sind wir Menschen keine Maschinen. Sogenanntes menschliches Versagen gehört zu unseren humanen Vorrechten. Ein solches ist uns Ärzten in Ausübung unseres verantwortungsvollen Berufes jedoch nicht vorzuwerfen. Widrigensfalls unterlaufen uns, man nehme den Begriff wörtlich!, Kunstfehler. – Aber ist je einem Maler wegen eines schlechten Bildes ans Zeug geflickt worden?!

Die bekannt gewordenen Fehlheilungen im Patientengut will ich gar nicht bestreiten, jedoch bewegt sich ihre Zahl in statistisch durchaus vertretbaren Grenzen. In aller Bescheidenheit möchte ich hinzufügen dürfen: Tausende von Dankschreiben zufriedener Ehemaliger bezeugen...

Soweit die Stellungnahme in eigener Sache. Ich habe sie natürlich frei erfunden. Einzig der bemerkenswerte Euphemismus „Fehlheilung“ stammt aus dem Munde des beschuldigten Chirurgen. Aber ist eine solche menschen- und leidenverachtende Sprache nicht verbreitet unter der Ärzteschaft? Ich möchte ein Originalzitat anführen, das dem Mitteilungsblatt der Ärztekammer Westfalen-Lippe entnommen ist. Es geht um Todesfälle im „beitragszahlenden Mitgliederbestand“. Dort heißt es: „Die Sterblichkeit des Bestandes von Altersrentnern und Altersrentnerinnen ist etwa geschäftsplanmäßig verlaufen. Aus dem Bestand der Altersrentner wurden geschäftsplanmäßig 41 Todesfälle erwartet, 39 Sterbefälle traten aber nur ein. Es liegt demnach eine geringe Untersterblichkeit des Altersrentnerbestandes vor.“ – Es ist ein Skandal, wie wenig empfindlich unsere hippokratisch vereidigten Mediziner für die verletzende, entwürdigende Wirkung des Wortes sind.

Niklas Pronsfeld

VON DER SEELE AMERIKAS

Peter Merseburger: Die unberechenbare Vormacht. Wohin steuern die USA? C. Bertelsmann Verlag. 32,- DM.

Merseburger hat nicht nur ein „journalistisches“ Buch geschrieben, wenngleich lediglich eine kurze Periode amerikanischen Politik beschrieben wird, die der Autor als Korrespondent in Washington erlebt hat. Denn Merseburger holt in seinen Analysen weit aus. Er zitiert zahlreiche historische Quellen und gibt dadurch seinem Buch bei leichter Lesbarkeit so fundierten Charakter, daß es auch zur Analyse des aktuellen Amerika taugt, obwohl das Buch schon im Frühjahr 1983 erschien. Wer z.B. den erneuten Wahlsieg Ronald Reagans richtig verstehen will, der wird die meisten Erklärungsansätze, wie sie sich in den Tagesmedien finden, fundierter schon bei Merseburger nachlesen können.

Merseburger schildert die facettenreiche politische Kultur Amerikas und begründet, warum trotz eines kenntnisreichen politischen (Ostküsten-) Establishments die amerikanische Außenpolitik solchen Stimmungsumbrüchen ausgeliefert ist, wie wir das nun schon etwa 16 Jahre erleben.

„Es (Amerika, H.H.S.) stellt die Avantgarde der Wissenschaften, ... und doch ist diese begabte, hochintelligente Nation unfähig, sich eine kompetente politische Führung zu geben und ein in sich schlüssiges außenpolitisches Konzept zu entwickeln, das nicht nur für 2 oder 3 Jahre taugt“. Die Ursachen der Krise des amerikanischen politischen Systems ortet Merseburger einerseits in dem tradierten, missionarisch-moralisierenden Impetus amerikanischer Außenpolitik und zum anderen in dem seit Jahrzehnten unklaren Verhältnis zwischen den Verfassungsinstanzen Kongreß und Präsidentenamt. Hinzu kommt nach seiner Auffassung die negativ-populistische Wirkung aus der direkten Wahl des amerikanischen Präsidenten, dessen Vorwahlhürden unzweideutig zum physischen und psychischen Streß-Test verkommen sind.

Merseburger empfiehlt den Amerikanern die gute alte europäische parlamentarische Demokratie. Nur sie, so meint er, Sorge auch in den USA für die notwendige Abgeklärtheit politischer Prozesse. Nun kann man just dies aus europäischer Erfahrung sehr in Zweifel ziehen. Und es sind wohl auch nicht die Veränderungen des Wahlsystems und die Neujustierung der Kompetenzbalance zwischen

Kongreß und Präsidenten, die die USA zu weniger „Unberechenbarkeit“ verhelfen dürften. Es ist vielmehr der im Grunde durchgängige Autozentrismus der amerikanischen Gesellschaft, der – geografisch verursacht – die USA nach außen so insensibel agieren läßt. Im Gegensatz zu Merseburger erscheint mir die über Generationen bestehende Erfahrungslosigkeit mit anderen Staaten als die eigentliche Ursache der „Unberechenbarkeit“ der USA zu sein.

Daß die Oberflächlichkeit der amerikanischen Massenmedien nicht gerade das vertiefte Verständnis für komplexe außenpolitische Zusammenhänge fördert – kommt doch das Ausland beispielsweise in den Nachrichtensendungen kaum vor – ist klar. So verstärken sich die autozentristischen Tendenzen in der amerikanischen Demokratie. Besonders anschaulich schildert Merseburger diesen Umstand am Beispiel des Machtverfalls des Schahs von Iran. Es waren eben nicht nur die amerikanischen Berufsdiplomaten, die Militärberater und die CIA, sondern auch die amerikanischen Medienvertreter, die in einer Art von Autosuggestion unfähig zur objektiven Analyse der Zustände im Iran wurden. Die politischen Prognosen zur Überlebensfähigkeit des Schah-Regimes waren denn auch ohne Ausnahme falsch.

Umso mehr überrascht die amerikanische Fähigkeit zur demokratischen Problemlösung im Innern: Merseburger stellt faktenreich die in der Tat erstaunliche Integrationsleistung der amerikanischen Gesellschaft zur Gleichberechtigung der Farbigen innerhalb weniger Jahre dar. Aber auch die Absurditäten, die die wohlfahrtsstaatlich intendierten Maßnahmen in dem Konzept der „Great Society“ Johnsons vor allem aufgrund der positiven Diskriminierung durch ethnische Quotierung zeitigten, werden kritisch hinterfragt. Wohl habe Johnsons Politik „eine grundlegende Veränderung des Verhaltens des ganzen amerikanischen Volkes erzielt“, aber bürokratische Aufblähung, Widersprüchlichkeiten und absurdeste Kapriolen hätten die Denunziation des Wohlfahrtsstaates erst ermöglicht. Darin sieht Merseburger – wohl zu Recht, wenn man die verhaltene Resonanz der Amerikaner auf die sozialpolitischen Vorschläge Mondales in Betracht zieht – den Hauptgrund für den Sieg Ronald Reagans.

Das Schlußkapitel – „Wohin Amerika steuert und mögliche Konsequenzen für Deutschland“ – erscheint dem Rezen-

senten bei weitem am besten gelungen. Merseburger empfiehlt den Deutschen, den Amerikaner einfühlend eine *deutsche* Entspannungspolitik als gemeinsames Interesse darzustellen. Als Freunde und Partner ließen die Amerikaner durchaus mit sich reden – schließlich sei die Reform der Bündnisstruktur auch in ihrem Interesse. Wer etwas über die der amerikanischen Psychologie angemessene Politik der Emanzipation von den USA erfahren möchte, der lese dieses Buch.

Heinz-Hermann Storck

Hermann Weber: DDR. Grundriß der Geschichte 1945 – 1981. Fackelträger-Verlag, Hannover. 1984⁶.

Einschließlich ihrer Vorgeschichte ab 1945 existiert die Deutsche Demokratische Republik schon nahezu 40 Jahre. Sie hat sich damit als einer der stabilsten Staaten der neueren deutschen Geschichte erwiesen. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der DDR steht jedoch immer noch am Anfang.

Auch in dem vorliegenden, in der Edition Zeitgeschehen erschienenen Buch ist dieses Manko zu spüren, wenngleich (oder gerade: weil) es von seinem Anspruch her lediglich einen kursorischen Überblick über die Geschichte der DDR liefern will. Sein Autor, Hermann Weber, ist Professor für politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim und hat zahlreiche Veröffentlichungen zu Problemen der Arbeiterbewegung, des Kommunismus und der DDR vorgelegt.

Hauptverdienst des aus sozialdemokratischer Sicht geschriebenen Buches ist es, die Widersprüchlichkeit des gesellschaftlichen Systems in der DDR herausgearbeitet zu haben. Es wird deutlich, daß die DDR in ihrer Geschichte zwischen Fortschritt und Dogmatismus, Modernität und kleinbürgerlichem Spießertum schwankt.

Wer sich rasch und einigermaßen verläßlich über die Geschichte des Staates zwischen Elbe und Oder informieren will, dem ist mit diesem Buch geholfen. Dazu tragen auch nützliche Kurzbiographien der führenden Personen der DDR-Geschichte und eine Zeittafel bei, die sich im Anhang finden.

Wolfgang Froese

"Schwer verdaulich"

Mit großem Interesse lese ich die „liberalen drucksachen“. Inhaltlich ist die Zeitschrift eine Bereicherung! Dennoch muß ich Kritik anmelden. Ich gehe 'mal davon aus, daß die Zeitschrift auf längere Sicht mehr Abonnenten gewinnen möchte und nicht für eine kleine Gruppe „insider“ (bzw. Parteimitglieder) gemacht wird. Dann allerdings müßten die Autoren zu einer etwas leichter verständlichen Sprache zurückfinden. Ein besonders schlimmes Beispiel ist der Beitrag von H.-H. Storck in Heft 5/1984. Ich möchte ihn mal als „schwer verdaulich“ bezeichnen.

Ich finde es bedauerlich, wenn Otto Normalverbraucher auf eine solche Zeitschrift verzichten muß, nur weil dort nicht seine Sprache gesprochen wird.

Merke: Durch eine schlichtere Sprache sinkt das Niveau nicht – aber der Leserkreis vergrößert sich.

Wibke Pedersen, 3300 Braunschweig

Bemerkenswert

Es ist schon wirklich bemerkenswert, was da von H.-H. Storck vor bald 5 Jahren über die nationale Frage verfaßt wurde! Meinen Dank, daß seine Thesen jetzt endlich durch Abdruck in den Id einer sicher „breiteren Öffentlichkeit“ bekannt werden können!

Umso bedauerlicher finde ich es, daß derartige Kräfte heute nicht mehr in der FDP wirken, um zu helfen, in der bundesdeutschen Außen- und Deutschlandpolitik (konkretes Beispiel: DDR-Staatsbürgerschaft) für eine richtige, längst überfällige „Wende“ zu sorgen.

Eine inhaltliche Anmerkung:

Die These von der Entwicklung einer in der DDR entstandenen „sozialistischen Nation“ (zuerst und vornehmlich von Alfred Kosing seit Beginn der 60er Jahre und heute meines Wissens nicht mehr vertreten) sollte man lediglich als eine rein tagespolitische Abwehrreaktion verstehen, denn nach dem bereits 1913 von Stalin entwickelten und bis heute in der Völkerrechtslehre der UdSSR (und somit auch in der DDR) geltenden Nationalbegriff wird eine solche als eine „historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart“ be-

zeichnet. Alles Kriterien, die auf die deutsche Nation immer noch zutreffen.

Wolf-Dieter Rudolph, 3400 Göttingen



Erfahrungen

Liebe drucksachen-Redaktion, es ist ja wirklich lobenswert, wie intensiv Ihr Euch THEORETISCH mit dem Thema Abrüstung/Rüstungswahn auseinandersetzt.

Vielleicht ist ja mittlerweile sogar bis zur Id-Redaktion vorgedrungen, daß in diesem Herbst bundesweit vielfältige Großaktionen der Friedensbewegung stattfinden (u.a. Menschennetz im Fulda-Gap, Menschenkette von Duisburg nach Hasselbach, Großdemo für Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika, Verweigerungstage im November).

Darauf fand sich jedoch leider kein einziger Hinweis in den letzten drucksachen. Auch die Ankündigung des 4. Krefelder Forums war beim Eintreffen der Zeitung (am Donnerstag danach) längst überholt. Ich finde diese Entwicklung sehr bedauernd. Oder wird die Umsetzung freisinniger Politik in die Wirklichkeit, z.B. durch Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen, bewußt ausgeklammert?

Angeichts der schlechten Erfahrungen der letzten Monate ist ja wohl kaum mit einem Erscheinen der Id vor Anfang November zu rechnen und somit schmälern sich auch meine Hoffnungen, daß die Ankündigung des Friedensherbstes noch nachgeholt werden kann.

Mit liberalen Grüßen

Elisabeth Nonnenbruch, 5000 Köln

Anm. d. Red.: Liebe Elisabeth, es war zu uns vorgedrungen.

VERÖFFENTLICHUNGEN der HUMANISTISCHEN UNION

Auf dem Wege zu einer halbkriminellen Geheimpolizei

Memorandum zum unter cover agent 1/84, 20 S. DM 3,—

Ausländer sind Mitbürger!

Memorandum zur Ausländerpolitik in der Bundesrepublik 7/83, 52 S. DM 4,—

Die (un)heimliche Staatsgewalt

Memorandum zur Reform des Verfassungsschutzes 10/81, 39 S. DM 4,—

Was unsere Kinder seelisch krank macht

Zunahme kindlicher Verhaltensstörungen als Anzeichen für gesellschaftliche Fehlentwicklungen – Protokolle einer Tagung 5/81, 82 S. Sonderpreis DM 2,—

Ein Antidiskriminierungs-Gesetz

Ein Gesetz für die Bundesrepublik, das die Benachteiligung aufgrund des Geschlechts verbietet 3/81, 6 S. DM 1,—

Wege zu einer neuen Psychiatrie

Protokolle einer Tagung 11/79, 50 S. Sonderpreis DM 2,—

Glaubensfreiheit, Kirchenprivilegien und die sogenannte Partnerschaft von Staat und Kirche

Thesen und Forderungen zu einer noch immer offenen Frage 8 S. DM 1,—

Bestellungen bei:

Humanistische Union e.V.

Bräuhäusstraße 2

8000 München 2

bei Vorauszahlung portofrei

Personen & Parteien

Eingeklinkt

Günther Verheugen, ehemaliger Generalsekretär der FDP und Mitinitiator des „Sozialliberalen Arbeitskreises“ in der SPD, wurde Anfang September in die „Grundwertekommission“ und in die Programmkommission der SPD berufen. Verheugen, der sich in der SPD nach eigenen Aussagen „mehr um die langfristigen Diskussionsprozesse“ bemüht, hat so einen weiteren Ansatzpunkt erhalten, in der großen Volkspartei für liberale Inhalte zu streiten.

Damit hat er ein Arbeitsfeld wiedergefunden, auf dem er – freilich in anderen Zusammenhängen – schon einmal sehr erfolgreich war: Die intensive Programmdiskussion der FDP vor dem Freiburger Parteitag 1980 und die damals gegen die „Parteirechte“ durchgesetzte fortschrittliche Fassung des Wahlprogramms waren zu einem großen Teil seinen Anstrengungen zu verdanken.

In der SPD lassen sich die Perspektiven allerdings nicht so dramatisch umkehren. Zwei seiner Themen sind die Konsequenzen aus „Global 2000“ für die Politik und „Sozialismus und Liberalismus in Programm und Praxis der Sozialdemokraten“. Diese werden die SPD sicher noch länger beschäftigen. „Und“, so fügt der Ex-„General“ als subjektiven Faktor an seine politische Arbeit an: „ich habe gelernt, daß es auch noch anderes gibt als Politik“.

Tradition

Rudolf Wickel, stellvertretender Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen FDP, knüpfte an alte Traditionen seines Landesverbandes an. In einem Wahlkampfplakat der Bonner FDP behauptete er, wer die Grünen wähle, gefährde die freie Meinungsäußerung, wolle politischen Unterricht statt Rechnen und Schreiben an den Schulen und die Aufhebung des Privateigentums. Er dagegen werde „mit diesen Leuten, die unsere Stadt einer sozialistisch-kommunistischen Zukunft zuführen wollen, keine gemeinsame Politik machen“. Weiter hieß es, wenn die Grünen das Sagen hätten, bestünde Bonn eines Tages aus Frauen- und Männerhäusern, deren Bewohner als wertvollstes Eigentum ein Fahrrad besäßen. „Eine Stadt ohne Fortschritt, ohne Wachstum, ohne Leistung, ohne Kinder, ohne Zukunft – zum Tode verurteilt!“ Der Stil dieses Pamphlets, das einige ältere

re Bonner Bürger an die Zeiten des „Stürmers“ oder des „Völkischen Beobachters“ erinnerte, läßt bestimmte Traditionen in der FDP aufleben, die man überwunden geglaubt hatte.

Vor 30 Jahren waren derartige verbale Entgleisungen von FDP-Landes-„größen“ an der Tagesordnung. Im Jahre 1955 sprach der Landesvorsitzende der FDP in NRW im Zusammenhang mit Erklärungen des LSD (Liberaler Studentebund) von „Entartung“. Noch 1959 gab es bei den Kölner Jungdemokraten einen Bezirksvorsitzenden namens Becher, der die Einführung der Reichsflagge Schwarz-Weiß-Rot forderte und die Widerstandskämpfer des 20. Juni 1944 als „Landesverräter“ bezeichnete. Der Ankläger des damaligen Rechtsauslegers im folgenden Parteiverfahren war Gerhart R. Baum.

Dieser mag sich an die damaligen Ereignisse erinnern haben, als er nach der Kommunalwahl beschwichtigend erklärte, man dürfe mit den Grünen nicht eine Partei kriminalisieren, in der die eigenen Kinder als Mitglieder aktiv seien

Werbebrief

Ralf Bartz, seit einem halben Jahr als LD-Bundesvorsitzender im Amt, sann darüber nach, wie den schwachen Mitgliederzahlen entgegengewirkt werden könne. Ergebnis seines Nachdenkens: Ein sechszeiliger Musterbrief „Privat an Privat“, in dem (mangels politischer Argumente?) die Freude am Parteileben als zentrale Begründung für eine LD-Mitgliedschaft erhalten muß. Es sei, so Originalton Bartz, „endlich einmal ein besserer Stil“. Ob der LD-Chef dabei an das Gerangel um die Europawahlteilnahme gedacht hat?

Musterbrief Privat an Privat

Lieber (Onkel Emil),

ich schreibe Dir (Ihnen), weil Du (Sie) unbedingt Mitglied bei den Liberalen Demokraten werden mußt. Ich bin schon eine ganze Weile dabei und habe viel Freude, weil es endlich einmal ein besserer Stil ist.

Nächste Woche werde ich Dich anrufen.
(Nächste Woche werde ich mir erlauben, Sie anzurufen).

Mit den besten Grüßen

Besatzungsrecht

William Borm, Städtetester von Berlin, hat in einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen mit Nachdruck dagegen protestiert, daß Berliner Staatsanwälte gegen Friedensdemonstranten nach alliierter Besatzungsrecht vorgehen wollen. Die Demonstranten, die im Herbst 1983 aus Protest gegen die seinerzeit bevorstehende Raketen-Stationierung die amerikanischen Andrew Barracks stundenweise blockiert hatten, waren zunächst von einem Berliner Amtsgericht freigesprochen worden. Daraufhin hatte die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht – Borm: „das reaktionärste deutsche Gericht“ – mit Unterstützung von Justizsenator Oxfort (FDP) die Sondergenehmigung des US-Stadtkommandanten eingeholt um nunmehr ein zweites Verfahren nach Besatzungsrecht eröffnen zu können. Die alliierte „Verordnung 511“ droht bei „Behinderung der Alliierten“ mit Geldstrafen bis zu DM 5.000,- und Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr.

Nach Auffassung von William Borm verstößt das Vorgehen der Staatsanwälte gegen den Rechtsgrundsatz des „ne bis in idem“: ein zweites Verfahren unter geänderten Rechtsnormen sei keine Berufungsinstanz. Zweitens widerspreche der Rückgriff deutscher Instanzen auf Besatzungsrecht der Einbindung West-Berlins in das politische System der Bundesrepublik. Schließlich sei dieses Vorgehen „bar jeden Gefühls für Selbstachtung und Würde der Bürger“, denn: „Berlin ist keine Kolonie“. Borm fordert Diepgen zu personellen Konsequenzen auf, denn die Staatsanwälte seien dem zuständigen Senator unterstellte weisungsgebundene Organe: „Wer hier in der zu beanstandenden Richtung wo immer und in welcher Position tätig geworden ist, muß seinen Sessel räumen, er ist unzumutbar geworden“.

Befördert

Thilo Schelling, Alt-Jungdemokrat und Neu-Genosse (vgl. Id 2/3, 1984), hat einen Karrieresprung getan. Vom Referenten für Straßenbau beim Landschaftsverband Rheinland wurde er zum stellvertretenden Sprecher des NRW-Wirtschaftsministeriums befördert.

An seiner neuen Arbeitsstätte trifft Schelling auf alte Bekannte. Mit Bernd Schriewer und Rainer Blaesing (Referent im Ministerbüro) sind in diesem Ministerium zwei ehemalige Jungdemokraten an verantwortlicher Stelle tätig, die zu den Verfassern des antikapitalistischen DJD-Grundsatzprogramms von 1971 gehören.

Ausgeklinkt . . .

. . . ist der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Georg Gallus, FDP, anlässlich einer Diskussionsveranstaltung zur EG-Agrarpolitik. Von der Fraktionssprecherin der Grünen, Dr. Antje Vollmer, ob der zunehmenden Umweltzerstörung auch durch die Landwirtschaft angegriffen, holte er zum großen Rundumschlag aus: „Unsere Böden in Europa sind noch intakt. Alkohol und Rauchen — das sind die Volkskrankheiten, nicht die Rückstände. An denen ist noch keiner gestorben.“

Und um die Abwegigkeit der Vermutung der Umweltschützer, Landwirtschaft diene vielleicht doch nicht allen, unter Beweis zu stellen, lieferte er gleich auch noch seine Gesellschaftsanalyse nach. „Wenn die Grünen kommen, dann kommt es gesellschaftspolitisch zur Diktatur“ erklärte er den erstaunten Zuhörern in der Veranstaltung des Liberalen Zentrums Bonn, „und das ist dann nur noch mit einer Diktatur zu klären.“

Was er damit im einzelnen meinte, führte Gallus allerdings nicht mehr aus. Dafür gab er einen zündenden Slogan aus: „Solange's den Gallus gibt, gibt's auch noch die FDP“ skandierte er im Honoratiorenschwäbisch. Sprach's und verließ mit seinem Kollegen Jan Borchert (CDU-MdB) den Saal.

Fernweh '85

Nach dem tollen Erfolg unserer Studienreise mit der TransSib 1984 haben wir für 1985 unser Angebot an Fernreisen erheblich erweitert.

Neben den beiden Knüller-Reisen nach Sibirien und Mittelasien und dem Sprachkurs auf Cuba bieten wir einen Trip nach Moskau zum wohl unschlagbaren Preis von 500,— DM an.

Über alle Einzelheiten informieren wir gerne. Darum am besten einfach mal abends anrufen.

Städtetrip Moskau

5 Tage mit 4 Übernachtungen, Unterbringung mit Vollpension in Jugendhotels. Das Programm beinhaltet u.a. den Besuch zweier Universitäten und ein Treffen mit Studenten. Termin: 24. — 28.2.85, Preis 500 DM.

Ibw münsterland e.V., Steinfurter Straße 128, 4400 Münster, Tel.: 0251/271635

Spanischkurs Cuba

Einen Monat Sprachkurs auf der Karibikinsel, 29 Übernachtungen in Doppelzimmern (Mittelklassehotel), 80 Stunden Spanischunterricht an der Universität von Villa Clara, Ausflüge nach Havanna und Varadero (Badeaufenthalt). Termin: 23.7. — 23.8.85, Preis 2.775 DM.

Sowjetunion Rundreise

13 Tage quer durch die UdSSR. Leningrad und Moskau, mit der Transsibirischen Eisenbahn nach Nowosibirsk und Irkutsk, mit Linienflügen nach Alma Ata, Taschkent und Samarkand. Termin: 20.7. — 10.8.85 (alternativ mit Kiew statt Leningrad: 7.7. — 28.7.), Preis 2.300 DM.

Der Schein bestimmt

das Bewußtsein

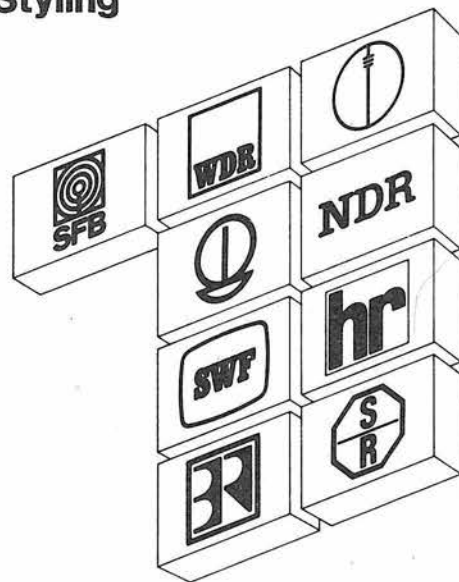
oder:

Alles nur eine Frage des Styling

Am auffälligsten betrieb die ARD das Geschäft mit der Neuerung. Nein, nicht die geistig-moralische. Das ist out. Der Schein bestimmt jetzt das Bewußtsein. Hier ist aber ausnahmsweise nicht von den Scheinen der Firma Flick die Rede, sondern von dem Schein, der es ermöglicht, Altes für Neu zu verkaufen.

Und da sind wir wieder bei der ARD, der bezeichnenderweise ein Computer das neue Gesicht verpaßte. Ein ganz neues Seh-Gefühl, wie da die Sendersymbole durcheinanderwirbeln, um dann doch wieder wie eine Eins zusammenzustehen. Als ob wieder Gebührenerhöhungen anstünden. Wer weiß?

Auch die Stylingexperten mit den drei Pünktchen haben sich etwas Neues einfallen lassen. Nicht Möllemann, sondern Rohde heißt jetzt die Verpackung für die Streichung der Montanmitbestimmung und andere Erzeugnisse neoliberaler Erneuerung. Es muß also nicht mehr Möllemann oder Genscher draufstehen, drin ist es trotzdem.



Gewohnt ist man die Handhabung solcher Mogelverpackung vom Bollwerk westlicher Freiheitsideale an Horn von Afrika. Die getrennte Entwicklung, manifestiert in einem neuen dreifarbigem Parlament, beinhaltet weiterhin das alte Produkt: Apartheid.

Auch Zimmermanns Bundesgrenzschutz versucht sich mit neuen Slogans. Jugendliche DDR-Besucher werden nicht mehr wegen ihres DDR-Besuchs registriert, sondern um der Terroristenfahndung willen. Denn diese reisen ja bekanntlich mit besonderer Vorliebe gruppenweise in die DDR.

Ebenso geschickt wurde das Kraftwerk Buschhaus von „Dreckschleuder“ in „umweltfreundlich“ umgetauft. Getäuscht vom neuen Etikett stimmten die geistig-moralisch erneuerten Regierungsabgeordneten dem alten Produkt zu. Der Schein bestimmt halt das Bewußtsein.

Nicht minder einfallslos hat der DFB das Erscheinungsbild seiner Schlappekicker umgestaltet, die jetzt nicht mehr von einem Trainer auf den Platz geschickt werden. Kaiser Franz, der Team-Chef, will den Balltretern, als Zeichen neu erworbener Einigkeit, wieder das alte DFB-Einheitsdress überstreifen. Und beim Thema Einigkeit fiel den Fußballfunktionären gleich noch die dritte Strophe des Deutschlandliedes ein. Dafür lohnt es doch, den Fernseher zur Live-Übertragung anzustellen. ARD natürlich.

WERDEN SIE TEILHABER

Professor Dr. Theo Schiller, Marburg, Mitherausgeber der „liberalen drucksachen“, schrieb vor einiger Zeit u.a.:

Für die Herausgeber, die Redaktion und die Geschäftsführung der „liberalen drucksachen“ wende ich mich mit einem „Hilferuf“ an Sie: Die „liberalen drucksachen“ sind notwendig — aber sie sind immer noch in einer finanziellen Krise. Wir brauchen daher dringend Ihre Hilfe.

Im Herbst 1982 wurden die „ld“ gegründet als dringend notwendiges Kommunikationsorgan der liberalen Opposition gegen die Wende. Der organisatorische Aufbau, von einigen Freunden mit großem Idealismus bewerkstelligt, mußte weitgehend improvisiert werden — wir konnten nicht warten, bis Anzeigenpolster oder sonstige Finanzierungsgrundlagen aufgebaut waren. Die spontan erreichte Abonnentenzahl von ca. 1.000 machte den Start möglich und ließ auf weitere Aufwärtsentwicklung hoffen. Aber der erste Impuls erlahmte: die notwendige Abonnentenzahl von gut 1.500 wurde bisher nicht erreicht.

Wir machen nun einen erneuten Versuch, den Teufelskreis zu durchbrechen. Trotz überwiegend ehrenamtlicher Tätigkeit der Redaktion und extrem sparsamer Herstellungsweise lautet der Teufelskreis so: Die jetzige Abonnentenzahl deckt die Kosten nicht, Defizite und Liquiditätsprobleme führen zu Herstellungsverzögerungen und Unregelmäßigkeiten — die jetzigen Abonnenten werben keine neuen, notwendige Maßnahmen der Anzeigenwerbung und der Abonnentenwerbung müssen unterbleiben usw. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen.

Eine wesentliche Verbesserung der Lage ist möglich, wenn in einem Zeitraum des (nachgeholten) planvollen Aufbaus gleichzeitig mehrere Maßnahmen ergriffen werden:

1. Die finanzielle Grundlage der „ld-GmbH“ wird wesentlich erweitert. Als Finanzierungsbasis für die Aktivitäten der nächsten Jahre sollen ca. 100.000,— DM aufgebracht werden. Dies ist erreichbar, wenn 100 Freunde der „liberalen drucksachen“ je 1.000,— DM (Einzahlung 700,— DM) Anteile als stille Gesellschafter in einer absolut seriösen Beteiligungsform zeichnen (oder auch je Einzahler 500,— DM, Einzahlung: 350,— DM).
 2. Eine neue Struktur der „Geschäftsführung“ und der Verlagsorganisation garantiert die Effektivität und Regelmäßigkeit der drucksachen-Herstellung und -Auslieferung.
 3. Das „politische Spektrum“ der Zeitschrift, repräsentiert durch den „Herausgeberbeirat“ und die „Redaktion“, wird verbreitert.
 4. Die Arbeitsperspektiven werden neu festgelegt.
- (Die Maßnahmen 2 — 4 sind weitgehend vollzogen.)

Wir sind überzeugt, daß es ein so breites Interesse an Liberalität und an Liberalismus-Diskussion gibt, daß eine Abonnentenzahl von 1.500 — 2.000 in ein bis zwei Jahren erreichbar ist (und außerdem einige Anzeigenaufträge). Dann werden sich die „liberalen drucksachen“ selbst tragen. Aber für den Start auf dem Weg dorthin brauchen wir Ihre Hilfe. ...

gez. Theo Schiller

Ausführliche Informationen stehen auf Abruf für Sie bereit:

Liberaler Drucksachen Verlagsgesellschaft mbH

Steinweg 5

3300 Braunschweig

Tel.: 0531/40294 - 5

Kinder — und die Welt, in der sie leben

Hans Peter Bleuel

mit einer Einführung von Walter Bärsch, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes

236 Seiten, 29,80 DM, ISBN 3-88657-011-8

Inhalt: In vier übersichtlichen Komplexen schildert der Autor die Bedingungen und Einflüsse, unter denen Kinder heute heranwachsen und die das Verhalten von Eltern und Erziehern mitbestimmen: Familie — Entwicklung — Erziehung — Umwelt. Zu diesen Themenbereichen werden Fakten, Untersuchungsergebnisse und wissenschaftliche Aussagen zusammengetragen und Zusammenhänge hergestellt, die Anstöße zu eigenen Überlegungen geben und die Einsicht in das eigene Verhalten erleichtern sollen: denn nicht nur dem pädagogischen Laien, den Eltern fällt es schwer, sich einen Überblick über die Situation von Kind und Familie und die Einrichtungen der öffentlichen Erziehung in unserer Gesellschaft zu verschaffen. Die Gliederung durch prägnante Zwischentitel und ein Stichwortverzeichnis erleichtern den Zugang. **Autor:** Hans Peter Bleuel arbeitet als freier Schriftsteller und hat mehrere Bücher zur sozialen Situation von Kindern, alten Menschen und privilegierten Schichten in der Bundesrepublik veröffentlicht. Er ist Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller im DGB.

Kinder und Jugendliche in seelischer Not

Möglichkeiten der pädagogischen und therapeutischen Intervention durch Berater, Lehrer, Eltern und Erzieher

Ernst Meyer (Hrsg.)

396 Seiten, 39,80 DM, ISBN 3-88657-015-0

Inhalt: 32 Beiträge vermitteln Analysen aus unterschiedlichen Praxisfeldern (Familie, Schule, Jugendarbeit, Elternbildung u.a.) zu zentralen Themen wie Reifungsstörung, Aggressivität, Sucht, Kriminalität. Die Beiträge verweisen aus verschiedenen Sichtweisen (u.a. gesellschaftskritisch, psychologisch, psychoanalytisch, verhaltenstheoretisch, theologisch) auf bedeutsame Handlungszusammenhänge, die als „Wege zu kindgerechtem Handeln“ thematisiert werden. Lösungen werden in zahlreichen Fallstudien erkennbar.

Herausgeber: Dr. phil. Ernst Meyer ist Professor der Erziehungswissenschaft in Heidelberg, Leiter des Europäischen Pädagogischen Symposions und Vizepräsident des Weltbundes für Erneuerung der Erziehung.

SIPRI

Stockholm International Peace Research Institute
(Hrsg.)

Kriegsführung durch Beeinflussung der Umwelt Eine Bewertung: technisch — rechtlich — politisch

ca. 120 Seiten, ca. 54,— DM

ISBN 3-88657-300-1

Mario R. Dederichs schrieb zu diesem Buch im „Stern“ 38, 1984: „Können zielgenaue Atomraketen Vulkan-Katastrophen auslösen wie den Ausbruch des Mount St. Helens im Jahre 1980? Können Überschwemmungen und Wirbelstürme in der Sowjetunion künstlich herbeigeführt werden? Können so erzeugte Springfluten New York gefährden?“

Was früher als Science-fiction abgetan wurde, gehört heute zu den geheimsten Überlegungen der Militärs für einen Krieg der Zukunft: Urkräfte der Natur entfesseln, um Tod und Vernichtung zu säen. Wissenschaftler warnen vor den Anfängen einer neuen Kriegsführung. Denn ihre Folgen können unübersehbar und am Ende auch unkontrollierbar sein.“

Herbizide als Kriegswaffen

Langzeitwirkungen auf Mensch und Umwelt
ca. 230 Seiten, ca. 67,50 DM

ISBN 3-88657-301-X

Dieses Buch ist ein erstes Ergebnis eines Programms zur Erforschung ökologischer Auswirkungen militärischer Aktivitäten in Kriegs- und Friedenszeiten.

Ersteinsatz atomarer Waffen?

Eine Bewertung

ca. 280 Seiten, ca. 32,— DM

ISBN 3-88657-302-8

Die Option für den Ersteinsatz atomarer Waffen ist für viele unterschiedliche Gruppen zu einer Herausforderung geworden: für kirchliche Gruppen, für Fachleute des Internationalen Rechts, für militärische Strategen, für Debattenredner bei den Vereinten Nationen und für viele Bürger unseres Landes. Dieses Buch versammelt die Argumente von Befürwortern und Gegnern dieser Strategie und prüft die politischen und militärischen Implikationen.

Auslieferung: Frühjahr 1985